

**Sonderthema:**  
**Ausblick auf das neue Jahr**  
 Was kommt 2012? SEITE 1-12

**ALTE UND NEUE ENERGIE**

Woher kommt der Strom? Eine Reise auf den Spuren der Energiewende

SEITE 9

**ALTER UND NEUER HERRSCHER**

Nach dem Tod von Nordkoreas Diktator bleibt die Macht in der Familie

SEITE 13

# Das Parlament

Berlin, Montag 2. Januar 2012

www.das-parlament.de

62. Jahrgang | Nr. 1 bis 3 | Preis 1 € | A 5544

**KOPF DER WOCHE**

**Begeistert für Europa**

**Helle Thorning-Schmidt** Die erste Auslandsreise führte die neue dänische Ministerpräsidentin nach Brüssel. Das ist kein Zufall.



Thorning-Schmidts linksliberales Bündnis regiert seit Oktober 2011 und setzte gleich ein Zeichen: Die umstrittenen Grenzkontrollen der Vorgängerregierung wurden einkassiert. Durch Zusammenarbeit mit den Nachbarländern könne man gegen Schmuggel cleverer vorgehen, hieß es in Kopenhagen. Und in welchem Rahmen ließe sich das besser machen als in der EU? Ausgerechnet die europaskeptischen Dänen, die nun die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen haben, wollen näher an Brüssel heranrücken. Ihre Regierungschefin, 45 Jahre und die erste Frau in diesem Amt, kennt sich dort bereits bestens aus: 1999-2004 saß Thorning-Schmidt im Europa-Parlament. *ahe*

**ZAHLE DER WOCHE**

236

**Mal** hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) in der 16. Legislaturperiode die Lacher auf seiner Seite. Die Betreiber der Internetseite bundestag.de haben die Plenarprotokolle nach dem Stichwort „Heiterkeit“ durchsucht. Ergebnis: Der Präsident ist unangefochtener Spitzenreiter. Ihm folgen die SPD-Abgeordneten Peer Steinbrück (171) und Ludwig Stiegler (77).

**ZITAT DER WOCHE**

»Ich bleibe gedämpft zuversichtlich.«

**Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU)** bewertet die Sicherheitslage am Hindukusch bei seinem vorweihnachtlichen Besuch in Afghanistan vorsichtig.

**IN DIESER WOCHE**

- THEMA**  
**Roman Herzog** Über den Vertrauensverlust in die politischen Institutionen **Seite 2**
- Paragrafen-Feuerwerk** Überblick über die neuen Gesetze im Jahr 2012 **Seite 3**
- Rente** Bundestag sucht nach Instrumenten gegen Altersarmut **Seite 5**
- Nordafrika** Welche Kräfte setzen sich nach dem Arabischen Frühling durch? **Seite 8**
- Finanzen** Koalition will 2012 Steuersenkungen auf den Weg bringen **Seite 11**

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
 Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
 60268 Frankfurt am Main



4 194560 401004 03

## Die Unvollendete

**EUROPA** In der Krise steckt die List der Vernunft, ihr Druck beschleunigt die Einigung des Kontinents

**D**ie Bewältigung der Euro-Krise kann durchaus zum vierten Gründungsakt der Europäischen Union werden. Der erste war der Kalte Krieg infolge der Stalinisierung Ostmitteleuropas nach dem Sieg der Alliierten über Hitler-Deutschland 1945. Der zweite die deutsch-französische Versöhnung, die 1963 im Elysée-Vertrag gipfelte. Und den dritten stieß die Selbstbefreiung Ostmitteleuropas von der sowjetischen Kuratel infolge der „samtenen Revolution“ 1989 an.

Noch vor etwa einem Jahr war es ja in der EU verpönt, die Bezeichnung Vereinigte Staaten von Europa im Mund zu führen, von der schon 1946 Winston Churchill und 2004 Giscard d'Estaing gesprochen hatten. Jetzt wurde sie wieder als Fluchtpunkt bezeichnet, der am Horizont des europäischen Einigungsprozesses liegt – und nicht nur von intellektuellen Träumern, sondern auch von nüchtern kalkulierenden Politikern wie dem deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Die jüngsten Brüsseler Gipfelbeschlüsse wurden von vielen Kommentatoren prompt zur Gründung einer Fiskalunion stilisiert, die wiederum der Vorhof jener politischen Union sei, die den Euro von Anfang an hätte flankieren sollen.

Nun macht das Gerede allein, selbst der Beschluss eines EU-Gipfels, noch keine Nägel mit Köpfen. Der „Krönungsweg“ von der Währungs- zur politischen Union sieht anders aus als die halbherzige Brüsseler Verständigung der 26 EU-Staaten vom 9. Dezember 2011. Eine Realunion müsste eine zentrale Kompetenz für Steuereinnahmen und Ausgaben, eine gemeinsame Lohn-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik bedeuten. Und die ist ebensowenig in Sicht wie eine Aufwertung des europäischen Parlaments zur faktischen Legislative, die Einrichtung einer europäischen Länderkammer als „EU-Senat“ und die Umwandlung der Kommission zu einer echten EU-Regierung. Und das alles festgeschrieben in einem neuen Vertrag, der in einer EU-weiten Volksabstimmung akzeptiert worden wäre? Eine realitätsferne Utopie!

Auch wenn der Euro nach wie vor ein Fleckwerk ist, gelang der EU dennoch ein Meilenstein auf den Fluchtpunkt der Vereinten Staaten von Europa zu. Wegen des britischen Vetos ist er nicht ganz abgeschlossen, doch die 26 Kontinentaleuropäer – darunter auch notorische Euroskeptiker in Stockholm, Prag und Budapest – haben sich zu einer stärkeren Fiskaldisziplin verpflichtet. Das Verdikt, Europa sei grundsätzlich unfähig, sich zu einer politischen Union zu entwickeln, wird immer wieder durch den Verweis auf die europäische Vielfalt, die Sprachenverwirrung, die nationalen, kulturellen, religiösen, mentalen Unterschiede und schließlich gegenseitlichen wirtschaftlichen Interessen bekräftigt.

**Kraftakt Europa** Es fehlt auch nicht an historischen Beispielen für diese These. Das antike Imperium Romanum spaltete sich in Ost- und Westrom und zerfaserte im Westen infolge der Völkerwanderung. Das Heilige Römische Reich wiederum gab im 16. Jahrhundert seinen universellen Anspruch auf, verengte sich zur „deutschen Nation“ und siechte dahin, bis es ein französischer Imperator kurzerhand auflöste. Sein Kraftakt eines Europa unter französischen Fittichen scheiterte genauso wie der eines böhmischen Gefreiten 150 Jahre später unter „großdeutschen“. Es gibt keinen Grund, die Habsburger Monarchie für ein geglücktes Modell eines vereinten Europa zu halten. Zu viel Gewalt, eklatanter Rechtsbruch und dynastischer Eigensinn lagen ihr zugrunde. Die Sissi-Nostalgie hält sich im Donauraum in Grenzen.

Auch andere Föderationen und Unionen, die in Europa je geknüpft wurden, stehen heute kaum im Rampenlicht. Man muss nicht gleich die Sowjetunion oder Jugoslawien als Beleg anführen. Die Kalmarer Union in Skandinavien dauerte 126 Jahre, bis sie zerfiel. Die polnisch-litauische hatte zwar



Europa und der Stier: Mit dem Gründungsmythos verbindet sich – wie hier bereits auf einer Karrikatur aus dem Jahr 1913 – die Hoffnung auf Einigung des Kontinents.

ganze 400 Jahre Bestand, davon etwa 250 Jahre sogar recht erfolgreich. Dann aber verloren ihre Träger den Stein der Weisen. Die polnisch-litauische Adelsrepublik verfiel in Selbstgenügsamkeit und verwehrte im 17. Jahrhundert die Erweiterung der politischen Nation auf alle Stände, Ethnien und Konfessionen. Innere Stagnation und Hilflosigkeit gegenüber den machtpolitischen Ambitionen der Hohenzollern, Romanows und der Habsburger waren die Folge. Die Reformbewegung Ende des 18. Jahrhunderts kam zu spät. Die „Rzeczpospolita“ wurde fast zeitgleich mit dem Heiligen Römischen Reich von der europäischen Karte ausgeradiert.

Dieser historische Rückblick ist notwendig, wenn man die Chance, die in der jetzigen EU-Krise steckt, verstehen und aufgreifen will. Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt betonte in seiner großen Rede auf dem jüngsten SPD-Parteitag erneut, dass im 21. Jahrhundert Europa nur als eine mehr oder weniger vereinte Entität im globalen Wettbewerb mit neuen Potenzen in Asien oder Südamerika bestehen kann. Das ist mehr als ein Fluchtpunkt, das ist nachweisbare Realität. Keine europäische Volkswirtschaft, auch nicht die stärkste, kein Nationalstaat, auch nicht der effizienteste, können die Herausforderungen alleine meistern.

**Kein Vasall** Auch wenn in aller Herren Ländern Schindluder mit nationalen Stereotypen und historischen Klischees getrieben wird, ist europaweit ein Lernprozess im Gange. Die deutschen Boulevardmedien sprechen – ganz in der Tradition Friedrichs des Großen – von Gebietsannexionen („verkauft mal die Inseln“) in Griechenland; die griechischen oder italienischen wiederum zeichnen die Bundeskanzlerin in einer Nazi-Uniform, die polnischen Nationalkonservativen tönen vom „IV. Deutschen Reich“, dem der polnische Außenminister mit seiner Berliner Rede zum Abschluss der polnischen EU-Ratspräsidentschaft eine Lehnhuldigung geleistet habe. Von wegen Huldigung!

Das Bekenntnis Radoslaw Sikorskis, er fürchte weniger deutsche Aktivitäten als deutsche Untätigkeit, war eher ein Schub nach dem Motto: Nun macht endlich etwas für Europa, ihr seid doch nicht allein der Nettozahler, sondern als Exportnation auch der größte Nutznießer der EU. Sikorski zählt dies genau auf und wies auf die Notwendigkeit politischer Reformen hin, wenn die EU nicht wie einst Jugoslawien zerfallen oder einer inneren Lähmung erliegen soll, wie einst der Staat Polen-Litauen. So redet kein Vasall. Und so wurde es auch verstanden.

**Druck** Der entschiedene Ruf aus Polen nach „mehr Europa“ – auch Sikorski erwähnte die Vereinigten Staaten von Europa –, ist ein Beleg dafür, dass Deutschland und Polen – in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wohl die schwierigsten Nachbarn in Europa – inzwischen eine wahrlich europäische Interessengemeinschaft entwickelt haben. Damit kein Missverständnis entsteht: Es sind nach wie vor asymmetrische Größen. Doch es trennt sie kein historischer, mentaler und wirtschaftlicher Andreasgraben mehr. Polen hat die ersten Phasen der Finanzkrise souverän überstanden. Selbst mit Deutschland hat es eine positive Handelsbilanz. Und mit Donald Tusks erneutem Sieg bei den Parlamentswahlen hat es auch seine politische Berechenbarkeit bewiesen, die auf die Region mit stabilisierend wirkt.

Die EU-Krise wirkt europaweit als politischer Beschleuniger einer europäischen Gesinnung. Die Debatten über die politischen Reformen schwappen über in die politologischen think tanks, Redaktionsstuben und Hinterzimmer der Politik. Der Schubs – nun macht doch was“ mag von der Euro-Krise verursacht sein, doch das Echo hat die TV-Talkshows und Rednerpulte nationaler Parlamente erreicht. Die griechischen oder spanischen „Wutbürger“ mögen laut protestieren, Gegenentwürfe haben sie nicht. Die programmatischen Europa-Debatten werden unter dem Druck der Krise mittlerweile

in den nationalen Parlamenten geführt, wo es nicht nur um Zinssätze geht, sondern darum, ob man zugunsten von mehr Europa auch auf Teile der eigenen nationalen Vorrechte zu verzichten bereit ist. Im polnischen Sejm jedenfalls wurde während der Europadebatte vor Weihnachten Klartext gesprochen. Jaroslaw Kaczynskis nationalkonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ für den Euro beteiligen. „Es lohnt sich eher, an die EU zu glauben, als nicht zu glauben“, sagte Donald Tusk im Sejm – anspielend auf die berühmte rationale Glaubenswette des französischen Wissenschaftlers Blaise Pascal aus dem 17. Jahrhundert. Oder, wie der Staatspräsident Bronislaw Komorowski es unlängst formulierte: „Lasst uns Polen bis an die Kopfschmerzen in die EU einbindeln, mitsamt dem ganzen Ullan-Ischako, der vier-eckigen Krakauer Mütze und den Mohair-Baretts“ – gemeint sind die Symbole der polnischen Aufstände, der Folklore und des autistischen Nationalkatholizismus. Weder Deutschland noch Polen werden im 21. Jahrhundert ganz in Europa aufgehen, doch europäischer werden sie allemal. Dass jedenfalls Kroatien ausgerechnet während der Krise der Gemeinschaft beiträgt und die nächsten Anwärter nachdrängen, belegt die Vitalität der EU.

**»Es lohnt sich eher an die EU zu glauben, als nicht zu glauben.«**  
 Donald Tusk

Adam Krzeminski

Der Autor ist Redakteur der Zeitung „Polityka“ und gilt in Polen als einer der besten Kenner Deutschlands. Für seine Verdienste um die Verständigung wurde er unter anderem mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

**EDITORIAL**

**Zufrieden in der Krise**

VON JÖRG BIALLAS

Eigentlich geht es uns zu Beginn dieses neuen Jahres gut. Jedenfalls sagen das alle statistischen Erhebungen. Das Konsumverhalten ist munter. Das Geschäftsklima stimmt. Und laut Umfrage eines Versicherungskonzerns sehen die Deutschen ihr persönliches Dasein derzeit weit optimistischer als vor Jahresfrist. Das ist beruhigend, auch wenn dieser Befund so gar nicht zu den Krisen des letzten Jahres passen will. Dieses 2011 hatte es in sich: Ehec-Hysterie, Tsunami-Katastrophe, Amoklauf in Norwegen und Neonazi-Morde in Deutschland. Ereignisse mithin, die auf das politische Geschehen im Bundestag großen Einfluss genommen haben, wie besonders der Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie nach Fukushima zeigt. Fast nebenbei entschließt sich ein Großteil der arabischen Welt zum Aufbruch in ein neues Zeitalter. Und als wäre all das nicht spannend genug, muss auch noch um die gemeinsame europäische Währung gebangt werden. Innenpolitische Themen werden, wiewohl aufgeregt verhandelt, zu Petitesse. Fast vergessen: 2011 war das „Superwahljahr“ mit sieben Landtagswahlen. In Baden-Württemberg stürzte die CDU nach Jahrzehnten an der Regierungsmacht, Winfried Kretschmann wird erster grüner Ministerpräsident. Oder die Plagiatsaffäre des Karl-Theodor zu Guttenberg, Guido Westerwelles Rücktritt vom FDP-Parteivorsitz, die Debatte um Bundespräsident Christian Wulff. Die Zeitläufte werden sich 2012 kaum beruhigen. Da ist die alles überspannende Herausforderung, die Finanzmärkte in Europa neu zu justieren. Innenpolitisch muss vorrangig das unvorstellbare Ausmaß rechtsextremem Gewaltbereitschaft eingedämmt werden. Schließlich gilt es, sich verstärkt erneuerbaren Energietechniken zuzuwenden. Keine leichten Aufgaben für die Politik. Zumal das Volk angesichts der Bundestagswahl im Folgejahr Haltungsnotens notieren wird – bei aller einstweiligen Zufriedenheit.

GASTKOMMENTARE

GIBT ES 2012 EINEN WEG AUS EUROPAS KRISE ?

Fundament für Europa

PRO



Heribert Prantl  
»Süddeutsche Zeitung«

Wie lässt sich Demokratie in Europa, in einer Union von 450 Millionen Bürgern, verwirklichen? Am besten so, dass man couragiert damit anfängt. Das Grundgesetz hat nun, mehr als sechs Jahrzehnte lang, den Weg nach Europa gewiesen; es war ein Wegweiser zu den europäischen Sternen. Die deutsche Politik ist dieser Weisung gefolgt, nicht immer auf geradem Weg. Sie hat Vertrag um Vertrag unterschrieben, Verträge, die den Namen verschiedenster europäischer Städte tragen – Rom, Brüssel, Luxemburg, Den Haag, Maastricht, Amsterdam, Nizza, Lissabon – und schon damit zeigen, wie weit man gekommen ist. Aber nun ist man dort angekommen, wo der Bundesstaat Europa beginnt. So weit reichte das Grundgesetz noch. Als Verfassung für ein Deutschland als Teil eines europäischen Staats reicht es nicht mehr. Es verweigert sich einer weiteren Ab- und Aufgabe von souveräner Staatlichkeit – weil der Kern der deutschen Staatlichkeit vom alten Grundgesetz unabänderbar garantiert ist. Ein Wegweiser kann zum Ziel weisen. Eine Landkarte für den Ort, zu dem er gewiesen hat, ist er nicht. Deutschland ist daher am Ende des Grundgesetzes in seiner jetzigen Form angelangt – buchstäblich und im übertragenen Sinn. Buchstäblich deshalb, weil der letzte Artikel vorschreibt, wie es weitergehen muss; Artikel 146 verlangt einen Volksentscheid für den Fall, der jetzt eintritt: Die Grundgarantien und Grundprinzipien des alten Grundgesetzes können nur mit einer neuen Verfassung geändert werden. Und nur auf dem Weg des Volksentscheids darf die deutsche Staatlichkeit substantiell eingeschränkt und an Europa übertragen werden.

Die Kraft fehlt

CONTRA



Daniel Goffart  
»Handelsblatt«

Bei der Einschätzung der europäischen Politik machen die Deutschen gerne zwei Fehler: Sie betrachten die Entwicklung vom gut gepolsterten Hochsitz der heimischen Konjunktur aus und ignorieren dabei allzu oft die ökonomischen Alarmzeichen in der Nachbarschaft. Zweitens wird in typisch deutscher Manier viel zu stark auf Verträge, Paragraphen und Rechtsfragen geachtet. Als ob es in der europäischen Politik wirklich darauf ankommt! Der Maastrichter Vertrag mit den strikten Defizitgrenzen wurde 68 Mal verletzt – ohne irgendeine Konsequenz. Selbst wenn es gelingt, die Daumenschrauben der Fiskalpolitik enger zu ziehen – zwischen Gipfelbeschlüssen und tatsächlicher Umsetzung liegt ein weiter Weg mit vielen Abzweigungen. Es sieht nicht so aus, als ob das krisengeschüttelte Europa jetzt inmitten größerer Turbulenzen auf einmal rechtstreuer wird. Italien befindet sich in der Rezession und in Griechenland, Spanien und Belgien streiken die Bürger gegen notwendige Spargesetze. Vor allem ist das dringend benötigte Wachstum in Südeuropa außer Sichtweite. Ohne große politische Beachtung blieb ferner die Meldung, dass die Europäische Zentralbank den Kreditinstituten eine halbe Billion Euro geliehen hat. Diese Großzügigkeit der Zentralbank entspringt purer Panik, denn der Interbankenmarkt steht wie 2008 nach der Lehman-Pleite erneut kurz vor dem Zusammenbruch. Selbst wenn die künstliche Geldflut der EZB den großen Crash verhindert, wird die Unsicherheit tiefe Brems Spuren in der realen Wirtschaft hinterlassen. Die Krise kommt zurück und wird die Politik so sehr unter Zugzwang setzen, dass ihr zu institutionellen Reformen, neuen EU-Verträgen oder Grundgesetzänderungen die Kraft fehlt.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 und 8.  
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Professor Herzog, was sind die entscheidenden Herausforderungen für das Jahr 2012?

Kurzfristig natürlich die Schuldenkrise. Ich wage allerdings keine Prognose, weil die Situation völlig neu ist. Eine Krise wie diese hat es noch nicht gegeben. Das heißt, es gibt auch keinen, der damit Erfahrung hat. Das ist die eigentliche Schwierigkeit.

Wie bedrohlich ist die gegenwärtige Schuldenkrise für die Demokratie?

Die Krise könnte eine Bedrohung für die Demokratie werden. Das Fundament der Demokratie ist das Vertrauen in die Institutionen und die Menschen, die diese Institutionen bewegen. Wenn die Institutionen nicht mehr funktionieren, dann sinkt das Vertrauen. Aus den Meinungsumfragen und auch aus Zuschriften, die ich erhalte, lässt sich ein Prozess des Vertrauensverlustes schon ablesen. Aber Vertrauen lässt sich natürlich auch wieder gewinnen.

Wie?

Das Erste, was Vertrauen schafft, ist der Erfolg. Das Zweite ist Transparenz. Das Dritte ist, die gemachten Fehler auszumeren. Ein Beispiel für einen solchen Fehler ist die Aufnahme Griechenlands in die Eurozone.

Für wie dramatisch halten Sie den Vertrauensverlust der Bevölkerung in die politischen Institutionen?

Der Vertrauensverlust ist dramatisch. Er trifft vor allem die EU. Warum etwa lassen es die Mitgliedsstaaten scharf kontrolliert und denen, die dabei nicht mitmachen, kein Geld mehr gibt und ihnen die Mitsprache darüber, was mit der Eurozone passiert, entzieht? Wenn eine Gemeinde einen Staatskommissar bekommt, weil sie überschuldet ist, dann sitzt der Bürgermeister auch nicht mit im Kabinett.

Geht der Weg in Richtung eines Kern-europas?

Ja und nein. Ich vertrete seit Jahren die Auffassung, dass es nicht primär darum geht, die EU einfach zu vergrößern. Wenn es darum geht, die Stimme Europas in der Welt zu erheben, etwa um die Einhaltung der Menschenrechte zu fördern, dann kann das nur von den EU-Staaten gemacht werden, die dazu stark genug sind. Staaten, die aus wirtschaftlichen Gründen Rücksichten nehmen müssen, wird man da nicht mitnehmen können. Es gibt in den Mitgliedsstaaten aber für einzelne Staaten, die das wollen, die Möglichkeit, enger zusammenzuarbeiten. Das muss stärker mobilisiert werden.

Wie weit soll die Integration gehen? Brauchen wir die Vereinigten Staaten von Europa?

Ich halte den Begriff, mit Verlaub, für unbrauchbar. Diejenigen, die dem das Wort reden, sagen doch noch nicht einmal, was sie damit genau meinen.

Als Orientierungspunkt gelten die Vereinigten Staaten von Amerika.

Das ist völlig undenkbar. Die Europäische Union ist nicht als Superstaat konzipiert. Sie kann so nicht funktionieren. Wir leben in einer Welt, in der es auf Flexibilität, auf individuelle Initiativen der Staaten ankommt. Schon heute lähmen doch die Massen von Vorschriften, die Brüssel produziert, die Europäische Union.

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Vorkühle, hat kürzlich in einer Podiumsdiskussion mit Parlamentspräsident Lammer gesagt, die schlechende Transformation in einen europäischen Bundesstaat habe längst begonnen. Er pocht darauf, den Übergang demokratisch zu legitimieren. Was ist Ihre Position?

Ich stimme ihm zu. Die EU ist für die Aufgabe, sich in der sich neu ordnenden Welt

»Die EU ist kein Super-Staat«

ROMAN HERZOG Der frühere Bundespräsident warnt vor einem dramatischen Vertrauensverlust in die Institutionen



Steuerungsorgan neben der Regierung zu sein, über die Wupper gegangen. Auch bei der Schuldenkrise wurde im Parlament daher nicht ausreichend diskutiert.

Karlsruhe hat das vom Bundestag beschlossene Neuner-Gremium vorerst gestoppt, das zu Entscheidungen in Sachen Euro-Rettungsschirm berufen ist. Muss das Parlament vor seinen eigenen Entscheidungen geschützt werden?

Darüber mache ich mir keine Sorgen. Wir haben ein selbstbewusstes Parlament. Allerdings: Wenn der Bundestag für eine Sache zuständig ist, dann ist das Verhältnis von 620 zu neun Abgeordneten schon ein wenig auffällig.

Herr Professor Herzog, Sie haben im „Konvent für Deutschland“, dem Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft angehören, ebenfalls die Schuldenkrise diskutiert. Mit welchem Ziel?

Wir sind angetreten, die Reformfähigkeit der Institutionen zu befördern. Gerade auf europäischer Ebene ist das viel zu tun. So rächt es sich, dass keine Institution geschaffen wurde, die über die Einhaltung der Stabilitätskriterien tatsächlich wachen kann. Ich bin fest davon überzeugt, dass eine EU-Haushaltsaufsicht für Schuldenstaaten mit weitreichenden Prüfungs- und Sanktionsmöglichkeiten eingeführt werden muss.

Eine gravierende institutionelle Veränderung wäre die Einführung einer Wirtschaftsregierung in Brüssel.

Da bin ich entschieden dagegen. Was braucht es denn? Jedenfalls keinen gewöhnlichen Haushaltsplan aus Brüssel für Griechenland oder Deutschland. Wohl aber Eckdaten, die für alle Mitgliedsstaaten verbindlich sind und auch durchgesetzt werden; etwa eine Ober- und Untergrenze der Staatsquote, eine Obergrenze für Personalkosten und eine Mindest-Investitionsquote. Dafür braucht man aber keine eigene Wirtschaftsregierung.

Themenwechsel. Das Bundesverfassungsgericht hat die Fünf-Prozent-Klausel bei der Europawahl gekippt. Hat das Auswirkungen für die Bundestagswahl?

Ich halte die Fünf-Prozent-Klausel in der Bundesrepublik nach wie vor für gerechtfertigt, weil wir ein parlamentarisches System haben. Die Klausel hat ihren Ausgangspunkt in der Zersplitterung des Parteiensystems in der Weimarer Republik. Ziel war es, stabile Regierungsverhältnisse zu schaffen. Das ist weiterhin wesentlich. In Europa ist das anders. Das EU-Parlament hat zwar Kompetenzen, nicht aber die, die Regierung einzusetzen. Infolgedessen gibt es auch keine Notwendigkeit, dass die Kommission mit einer stabilen Mehrheit arbeiten muss.

Ist es richtig, ein neues NPD-Verbotsverfahren anzustrengen?

Es ist richtig, ein Verbotverfahren anzuschreiben – unter der Voraussetzung, dass man mit hoher Wahrscheinlichkeit den Prozess gewinnt. Das heißt nicht zwingend, alle V-Leute abzuziehen. Das Bundesverfassungsgericht hat 2003 lediglich moniert, dass der Verbotantrag wesentlich mit Aussagen von V-Leuten begründet worden war. Grundsätzlich gilt: Wenn ich einen verfassungsfeindlichen Gegner habe, ob der links oder rechts steht, ist mir gleichgültig, dann muss ich aus allen Rohren feuern. Dazu gehört auch, ihm die Organisations- und Rekrutierungsbasis wegzunehmen.

Das Interview führten Jörg Biallas und Monika Pilath.

Professor Roman Herzog (77) war von 1987 bis 1994 Präsident des Bundesverfassungsgerichts und von 1994 bis 1999 Bundespräsident. Er engagiert sich heute im „Konvent für Deutschland“.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

»Elder statesman« in Grün: Wolfgang Wieland

Damals in den 1970er Jahren: die Haare lang, die Parka oliv und die Gesinnung links bis links außen, jedenfalls aber gegen „die da oben“. Und heute? Heute gibt's die Piraten-Partei. Wolfgang Wieland schmunzelt. „Ja, stimmt schon“, sagt der Mitbegründer der Alternativen Liste in seiner Heimatstadt Berlin dann mit blitzenden Augen, „da gibt es Parallelen.“ Als die grüne Bewegung sich anschickte, eine politische Partei zu werden, sei es „ähnlich unsortiert“ und ebenso „herrlich unbedarft“ zugegangen. Und doch sieht der 63-Jährige einen entscheidenden Unterschied: „Wir hatten 1.000 Ideen und deutlich mehr Inhalte als die Piraten.“ Als Manko der neuen Bewegung will Wieland diese Aussage aber nicht verstanden wissen. „Die kommen doch sympathisch rüber“, sagt er und rät Politikern aller Couleur, sich mit Kritik zu rückzuhalten. „Entzaubern können nicht andere die Piraten, entzaubern können die sich nur selbst.“ Zauber und Entzaubern, Auf und Ab seiner eigenen Partei hat Wolfgang Wieland über Jahrzehnte hautnah miterlebt. Als Mitglied und Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus, als Justizsenator und Bürgermeister, schließlich als Bundestagsabgeordneter. Heute ist der Jurist so etwas wie ein „elder statesman“ seiner Partei. Einer, dem sie zuhören, dessen Rat sie schätzen. Wie zuletzt, als die Hauptstadt-Grünen sich nach der Wahl-Niederlage von Renate Künast so beharreten, dass nach der Option einer Regierungsbeteiligung auch die Fraktion im Abgeordnetenhaus zu zerbersten drohte.

Inzwischen gilt seine Partei, einst als Bürgerschreck angetreten, vielen als konservativ. Warum? „Natürlich sind wir mittlerweile etabliert“, weicht Wieland zunächst halbblau aus, um dann doch entschlossen zu antworten: „Das bedeutet aber nicht, dass wir auf Kreativität und Esprit verzichten.“ Winfried Kretschmann, der im vergangenen Jahr in Baden-Württemberg gewählte erste grüne Ministerpräsident – ein Mann mit Esprit? „Der gute Winfried



»Wir müssen Lehren aus den Nazi-Morden ziehen, das ist ein zweiter 11. September gewesen.«

ist eigenwillig, manchmal auch eigensinnig, auf jeden Fall ein Original.“ Ein Grüner, vielleicht kein typischer, aber gewiss ein bemerkenswerter. Ein wichtiger Punkt in der politischen Bilanz des alten Jahres ist für Wolfgang Wieland – selbstredend – der Beschluss zum Ausstieg aus der Atomenergie, den seine Partei seit ihrer Gründung gefordert hat. Wie gut und richtig dieses Votum gewesen sei, ist für Wieland schon daran abzulesen, dass die Bevölkerung alternative Energien bereitwillig annehme: „Die wollen den Ausstieg, daraus kann die Industrie, kann die Wirtschaft etwas machen.“

Und 2012? Was bringt das neue Jahr? Natürlich die ungelösten Fragen rund um Europa. Emotional, sagt Wieland, werde das Thema schon deshalb behandelt, „weil dann jeder sofort an sein Portemonnaie denkt“. Die komplexen Zusammenhänge des europäischen Finanzsystems und die komplizierten Mechanismen der Euro-Rettung seien für Laien fast nicht zu durchdringen. Da machen Bundestagsabgeordnete keine Ausnahme: „Es fällt mir schwer, eine fundierte eigene Meinung zu bilden.“ Oft sind Sätze wie diese in der Politik nicht zu hören. Im Unterschied zur Finanz- ist Wolfgang Wieland in der Innenpolitik Fachmann. In seiner zweiten Legislaturperiode im Bundestag ist er Fraktionssprecher für innere Sicherheit sowie Mitglied und Obmann im Innenausschuss. Die jüngsten Entwicklungen in der rechtsextremen Szene hält der verheiratete Vater zweier Kinder für eine enorme Herausforderung: „Wir müssen Lehren aus den Nazi-Morden ziehen, das ist ein zweiter 11. September gewesen.“ Welche Lehren? Ein NPD-Verbot? „Ja“, sagt er und warnt gleichzeitig: „Die rechtsextreme Gewalt ist damit aber nicht erledigt.“ Dagegen müsse mit allen Mitteln vorgegangen werden. Wie übrigens auch gegen die so genannten national befreiten Zonen, die Neonazis willkürlich als Hoheitsgebiete beanspruchen und Ausländern den Zutritt verwehren. „Die müssen wir ihnen wegnehmen.“ Besonders auf diesem Gebiet will Wolfgang Wieland helfen, diese Gesellschaft zu verändern. Entschlossen und leidenschaftlich, so wie damals im Parka und mit langen Haaren. Jörg Biallas

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)  
Anschrift der Redaktion  
(äußer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
http://www.das-parlament.de  
E-Mail:  
redaktion.das-parlament@bundestag.de  
Chefredakteur  
Jörg Biallas (jbi)  
Verantwortliche Redakteure  
Dr. Bernard Bode (bob)  
Claudia Heine (che)  
Alexander Heinrich (ahe), stell. Cvd  
Michael Klein (mik)  
Hans Krump (kru), Cvd  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Monika Pilath (mpi)  
Annette Sach (as)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)  
Fotos  
Stephan Roters  
Redaktionsschluss  
28. Dezember 2011

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kuhseisenstraße 4-6  
64546 Mörfelden-Walldorf  
Anzeigen-/Vertriebsleitung  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantwortl.)  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Leserservice/Abonnement  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: parlament@fs-medien.de  
Anzeigenverkauf  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-43 75  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de  
Anzeigenverwaltung, Disposition  
Zeitungsanzeigengesellschaft  
RheinMainMedia mbH  
Andreas Schröder  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-41 33  
Telefax (0 69) 75 01-41 34  
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unerlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.  
„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)  
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Paragrafen-Feuerwerk direkt aus dem Reichstagsgebäude: Nach dem Jahreswechsel gelten viele neue Gesetze, die das deutsche Parlament im vergangenen Jahr verabschiedet hat.

# Vom Landarzt bis zum Garantiezins

**NEUE GESETZE** Bürger müssen sich 2012 auf umfassende Änderungen einrichten. Legislative überarbeitete mehr als 100 Regelwerke

**W**ir machen nach meiner festen Überzeugung in Deutschland nicht zu wenig, sondern zu viele Gesetze“, hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) gleich zu Beginn des vergangenen Jahres gesagt und damit einiges Aufsehen erregt. Er sei „heilig“, dass es auch Sitzungswochen ohne eine Überfülle von Gesetzgebungsabsichten gebe, so Lammert. Aber auch 2011 wurden nicht gerade wenig Regelwerke umgesetzt: 148 zuvor von Bundestag und Bundesrat verabschiedete Gesetze wurden verkündet. Einige wichtige Neuerungen, die 2012 in Kraft treten, finden sich in der folgenden Übersicht:

**Gesundheit** Jeder Bürger soll auch künftig eine Arztpraxis in der Nähe seines Zuhauses finden. Das zum 1. Januar 2012 in Kraft tretende Versorgungsstrukturgesetz sieht dazu unter anderem höhere Arzthonorare in ländlichen und strukturschwachen Regionen vor. Verbessert werden soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zur Entlastung der Hausärzte sollen die Krankenhäuser stärker in die Notfalldienste einbezogen werden. Zudem entfällt die Residenzpflicht. Landärzte müssen dann nicht mehr dort wohnen, wo sie praktizieren, sondern können in der Stadt leben. Zum Abbau der ärztlichen Überversorgung vor allem in einigen Großstädten können die kassenärztlichen Vereinigungen leichter Praxen aufkaufen. Eingeführt wird ein neuer spezialfachärztlicher Versorgungsbezirk zur ambulanten Behandlung besonders schwerer oder seltener Erkrankungen wie Krebs oder Multiple Sklerose. Zu dem umfangreichen Gesetzespaket gehört die Reduzierung der „vermeidbaren Wartezeiten“ auf einen Facharzttermin. Wenn die eigene Krankenkasse Pleite zu gehen droht, wird für Versicherte der Wechsel in eine neue Kasse erleichtert. Wer dringend einen Arzt braucht, wählt künftig die Nummer 116117. Unter dieser ist bundesweit der Bereitschaftsdienst zu erreichen.

**Anti-Terror-Gesetze** Auch mehr als zehn Jahre nach den Terror-Anschlägen vom 11. September 2001 bleiben sie – mit Modifizierungen – erhalten: die sogenannten Anti-Terror-Gesetze, die es den Nachrichtendiensten ermöglichen, bei Banken, Fluggesellschaften und Telekommunikationsunternehmen Auskünfte über Terrorverdächtige einzuholen. Die Nachrichtendienste hatten nach den Anschlägen von New York und Washington die neuen Befugnisse mit dem rot-grünen „Terrorismusbekämpfungsgesetz“ erhalten. Mit dem „Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz“ vom Januar 2007 verlängert und ergänzte die Große Koalition die befristeten Befugnisse. Sie wären am 10. Januar 2012 ausgelaufen, hätte nicht Schwarz-Gelb sie – auch mit den Stimmen der oppositionellen SPD-Fraktion – mit dem Ende Oktober beschlossenen „Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes“ mit Ausnahme bestimmter Regelungen um weitere vier Jahre verlängert. Das neue Gesetz tritt am Dienstag kommender Woche in Kraft. Neu eingeführt wird dann für die Nachrichtendienste des Bundes die Möglichkeit der zentralen Datenabfrage bei Computerreservierungen für Flüge. Auch wird ihnen die Ab-

frage von Kontostammdaten von Betroffenen ermöglicht. Die bisherige Höchstspeicherfrist von 15 Jahren für personenbezogene Daten „in bestimmten Bereichen der Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden“ reduziert sich wieder auf zehn Jahre. Bei der Erhebung von Vertragsdaten bei Telediensten im Zusammenhang mit einem Terrorverdacht gibt es eine Mitteilungspflicht an den Betroffenen. Zum Ausbau der parlamentarischen Kontrolle wird die Mitwirkung der sogenannten G10-Kommission des Bundestages bei der Einholung von Auskünften von Fluglinien und von Unternehmen der Finanzbranche ausgeweitet.

**Arbeitslose** Arbeitslose sollen vom kommenden Jahr an „passgenauer“ gefördert werden. Dies ist das Ziel des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, das der Bundestag am 23. September 2011 verabschiedet hat. Im Einzelnen sieht es vor, die Integration in Erwerbsarbeit zu beschleunigen, den Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung neu zu ordnen, die Kompetenzen der Arbeitsvermittler vor Ort zu stärken und Fördermaßnahmen neu zu strukturieren. So wird zum Beispiel der Gründungszuschuss von einer Pflicht- in eine Ermessensleistung umgewandelt und dessen Förderdauer verkürzt.

**Rente** Ab 2012 wird es ernst für die umstrittene Rente mit 67. Dann steigt die Altersgrenze für die Jahrgänge 1947 bis 1964 schrittweise um zwei Jahre an. Ab dem Jahrgang 1964 gibt es die Rente ohne Abzüge ohnehin erst ab Vollendung des 67. Lebensjahres. In diesem Jahr geht zunächst der Jahrgang 1947 mit 65 Jahren plus einem Monat regulär in Rente. 2013 müssen dann die nächsten Neurentner, der Jahrgang 1948, zwei Monate länger arbeiten.

**Kommunen** Der Bund entlastet die Haushalte der Kommunen ab 2012 bei den Sozialausgaben. Das Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen sieht vor, dass der Bund ab 2012 seine Beteiligung an den Kosten für

die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhöht und so die Kommunen bei diesen Ausgaben entlastet. Ab 2013 soll die Bundesbeteiligung in einem zweiten Schritt nochmals steigen, bis 2014 diese Ausgaben vollständig vom Bund übernommen werden. Im Gegenzug senkt der Bund seine Beteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung.

**Berufsqualifikationen** Ausländische Berufsqualifikationen sollen künftig schneller und leichter anerkannt werden. Das „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ tritt im Frühjahr 2012 in Kraft. Damit soll einerseits die wirtschaftliche Einbindung von Fachkräften mit Auslandsqualifikationen verbessert werden, andererseits soll die Integration von Migranten in den deutschen Arbeitsmarkt gefördert werden. Mit dem Gesetz wurde im Zuständigkeitsbereich des Bundes der Anspruch auf eine individuelle Prüfung geschaffen: Betroffene sollen nun leichter die Gleichwertigkeit ihrer ausländischen Berufsqualifikationen mit deutschen Referenzqualifikationen prüfen lassen können. Das Gesetz enthält allgemeine Kriterien für die Bewertung und das Überprüfungsverfahren. Zudem werden die Bestimmungen für einzelne Berufsgruppen geregelt.

**Haushalt** Zum 1. Januar ist der Bundeshaushalt 2012 in Kraft getreten: Er sieht Einnahmen und Ausgaben von insgesamt 306,2 Milliarden Euro vor. Die Neuverschuldung soll höchstens 26,1 Milliarden Euro betragen. Nach der Schuldenbremse wäre in diesem Jahr eine maximal zulässige Nettokreditaufnahme von 40,49 Milliarden Euro möglich. Für Investitionen sind 26,86 Milliarden Euro eingeplant. Die Einnahmen aus Steuern sollen in diesem Jahr insgesamt 249,19 Milliarden Euro betragen. Wegen des auf 2012 vorgezogenen Rettungsschirms ESM wird es zudem einen Nachtragshaushalt geben.

**Verkehr** Die Luftverkehrssteuer für Starts von deutschen Flughäfen ist zum 1. Januar ge-

senkt worden. Weil die Fluggesellschaften in den EU-weiten Handel mit CO2-Verschmutzungszertifikaten einbezogen werden, wurden die nach Entfernung gestaffelten Steuersätze reduziert. Für kurze Strecken werden daher statt acht Euro rund 7,50 Euro fällig.

**Verteidigung** Bundeswehrsoldaten und Zivilbedienstete des Bundes, die während eines Auslandseinsatzes eine schwere Verletzung erleiden, werden seit dem Jahreswechsel deutlich besser versorgt. Gleiches gilt für die Hinterbliebenen getöteter Soldaten und Zivilisten. So erhalten schwer verletzte Soldaten und Zivilisten, deren Erwerbsfähigkeit dauerhaft um 50 Prozent gemindert ist, zukünftig eine einmalige Entschädigungszahlung von 150.000 statt 80.000 Euro. Die Einmalzahlungen an die Ehefrauen und Ehemänner sowie die Kinder getöteter Soldaten und Zivilbeschäftigter steigen von 60.000 auf 100.000. Zudem wird durch das Gesetz der Stichtag für die Anwendung des Einsatz-Weiterverwendungsgesetz vom 1. Dezember 2002 auf den 1. Juli 1992 vorgezogen. Danach können verwundete Berufssoldaten und Zivilbeschäftigte ab einer Erwerbsminderung von jetzt 30 statt früher 50 Prozent eine Weiterbeschäftigung beantragen.

**Familie** Berufstätige haben seit Jahresbeginn die Möglichkeit, mit ihrem Arbeitgeber eine Familienpflegezeit zu vereinbaren, um kranke Angehörige zu pflegen. Ein Rechtsanspruch auf eine Familienpflegezeit besteht allerdings nicht. Das seit dem 1. Januar geltende Gesetz zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sieht vor, dass ein Arbeitnehmer bis zu zwei Jahre lang seine Wochenarbeitszeit auf bis zu 15 Stunden verringern kann. Der Lohn wird in dieser Zeit jedoch nur halb so stark gekürzt wie die Arbeitszeit. Nach Beendigung der Pflegezeit muss der Beschäftigte dann so lange zum verminderten Lohn arbeiten, bis die Differenz ausgeglichen ist. Der Arbeitgeber kann zur Finanzierung der vorgezogenen Lohnzahlung einen zinslosen Kredit beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben beantragen. Der Beschäftigte muss allerdings eine Versicherung abschließen, um das Ausfallrisiko für den Arbeitgeber beispielsweise im Fall einer Berufsunfähigkeit abzudecken. Während der Familienpflegezeit genießt der Arbeitnehmer Kündigungsschutz und seine Rentenansprüche bleiben erhalten.

**Lebensversicherungen** Der gesetzliche Garantiezins für neu abgeschlossene Lebensversicherungen sinkt auf 1,75 Prozent. Bis Ende 2011 waren es noch 2,25 Prozent. Diese Verzinsung müssen Lebensversicherer auf die Guthaben der Kunden mindestens zahlen. Die meisten Gesellschaften zahlen mehr, senken aber die freiwilligen Zinsen, weil die Renditen für zehnjährige deutsche Staatsanleihen binnen Jahresfrist von 2,3 auf 1,8 Prozent gesunken sind. Die Gelder der Versicherten werden zumeist in Staatstiteln angelegt.

**Steuervereinfachung** Der jährliche Arbeitnehmer-Pauschbetrag wird von 920 auf 1.000 Euro erhöht. Außerdem treten eine

ganze Reihe weiterer Maßnahmen zur Steuervereinfachung in Kraft. So wird für volljährige Kinder (in Schul- oder Berufsausbildung) das Kindergeld unabhängig von deren Einkommen gezahlt. Bisher betrug die Höchstgrenze für eigenes Einkommen der Kinder 8.004 Euro. Kinderbetreuungskosten werden steuerlich leichter absetzbar. Die bisherige Voraussetzung, dass beide Elternteile berufstätig sein müssen, entfällt.

**Geldwäsche** Der Kampf gegen die Geldwäsche wird intensiviert. Nach dem vom Bun-

regierung den Ausbau Erneuerbarer Energien noch schneller voranzubringen. Seit 1. Januar gelten daher für die Stromerzeugung neue Regelungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Die Ausbauziele für Erneuerbare Energien wurden dafür erhöht. Danach sollen bis 2020 in Deutschland 35 Prozent des Stroms aus Erneuerbaren Energien stammen. Bis 2050 sollen 80 Prozent des Stroms aus Energieträgern wie Biomasse, Windkraft oder Photovoltaik gewonnen werden. Besonders stark gefördert werden ab 2012 Windparks auf hoher See. Die Fördersätze für die Solarenergie wurden hingegen um 15 Prozent gekürzt. Auch bei Biomasse und Biogasanlagen wurden Fördersätze gekappt. Damit soll der Anstieg der Stromkosten abgedämpft werden. Die Verbraucher finanzieren mit der EEG-Umlage die Zuschüsse für Anbieter grünen Stroms mit. Die Ökostromumlage soll künftig 3,5 Cent pro Kilowattstunde nicht überschreiten.

**Auslandseinsätze** Zehn Jahre nach Beginn des Afghanistan-Einsatzes will die Bundesregierung 2012 den Abzug der Bundeswehr einleiten. Die Mandatsverlängerung (17/8166) im Rahmen des Isaf-Einsatzes steht im Januar auf der Tagesordnung des Parlaments. Die Obergrenze der eingesetzten Bundeswehrsoldaten soll erstmals herabgesetzt werden. Statt derzeit maximal 5.350 Soldaten sollen noch bis zu 4.900 Dienst am Hindukusch tun. Bis Ende 2014 soll die Sicherheit des Landes in den Händen von afghanischer Armee und Polizei liegen.

Neben dem Isaf-Mandat hat der Bundestag über sieben weitere Verlängerungen von Auslandseinsätzen zu entscheiden, darunter im Juni über den KFOR-Einsatz zur Stabilisierung des Kosovo (derzeit bis zu 1.850 Soldaten) und über der Unifil-Einsatz an der Küste des Libanon. Ende des Jahres laufen die Mandate für den Stabilisierungseinsatz in Bosnien-Herzegowina (Eufor, derzeit bis zu 800 Soldaten) und den Einsatz zur Terrorismusbekämpfung im Mittelmeer-Raum (Operation Active Endeavour) aus. Außerdem entscheiden die Abgeordneten, ob Deutschland weiterhin Soldaten an das Horn von Afrika zur Bekämpfung der Piraterie schickt (EU-Operation Atalanta) und sich weiter an den Stabilisierungsmissionen in Darfur im Sudan (Unamid) und im Südsudan (Unmiss) beteiligt. Redaktion Das Parlament

**Parlamännchen**  
Politik für Kinder

**Gesetze**

Ein Staat macht Gesetze, um das Zusammenleben der Bürger zu regeln. In der Straßenverkehrsordnung steht zum Beispiel, dass man nicht bei Rot über die Ampel geht. Im Strafrecht steht, dass man nicht stehlen darf. Gesetze sind sehr wichtig. Ohne sie könnten die Starken die Regeln bestimmen. Die würden dann nur das durchsetzen, was gut für sie selbst ist. In Demokratien machen Abgeordnete die Gesetze. Sie machen Vorschläge für neue Gesetze oder ändern alte Gesetze. Dann stimmen sie darüber ab. Sie müssen dabei immer an die Bürger denken. Denn wenn die Abgeordneten keine gute Arbeit machen, können die Bürger andere Abgeordnete wählen.

destag beschlossenen Gesetz werden die Meldepflichten erweitert und die Bußgelder bei Verstößen erhöht. Unternehmen des Finanzsektors und Spielbanken müssen Geldwäschebeauftragte ernennen.

**Kranken-/Lebensversicherungen** Die Höhe der Provisionen für Versicherungsvertreter in der privaten Krankenversicherung und der Lebensversicherung wird begrenzt.

**Graumarkt** Kapitalanleger auf dem „Grauen Kapitalmarkt“ werden besser geschützt, wenn sie ihr Geld zum Beispiel in geschlossenen Fonds anlegen. Anbieter müssen bessere Informationen in Produktinformationsblättern geben. Beratungsgespräche sind zu protokollieren. Verkäufer dieser Produkte müssen sich registrieren lassen und eine Berufshaftpflichtversicherung haben.

**Energiewende** Nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima will die Bundes-



Beim Landarzt sollen Patienten künftig schneller einen Termin bekommen.

**STICHWORT**

**BUNDESTAG – Statistische Daten 2011**

> **Gesetzentwürfe** 217 Gesetzesinitiativen wurden im vergangenen Jahr in den Bundestag eingebracht. Dabei kamen 139 Entwürfe von der Bundesregierung, 9 vom Bundesrat und 69 von den Fraktionen und Abgeordneten des Bundestags. Im vergangenen Jahr wurden 148 Gesetze, die von Bundestag und Bundesrat verabschiedet wurden, verkündet.

> **Aktuelle Stunden** 2011 debattierten die Abgeordneten in 35 Aktuellen Stunden über politische Themen. Es gab in den 68 Plenarsitzungen 16 Regierungserklärungen und 20 Fragestunden.

> **Drucksachen** In 3909 Drucksachen wurden 2011 Gesetzentwürfe, Beschlussempfehlungen und andere Vorlagen des Bundestags veröffentlicht. (Stand: 22.12.2011)

# Operation Schöner Dienen

**BUNDESWEHR** Mit einem Reformbegleitgesetz soll die Truppe personell neu ausgerichtet und attraktiver werden

Mit dem Aussetzen der Wehrpflicht im vergangenen Sommer ist die Bundeswehr faktisch zu einer Berufsarmee geworden – auch wenn man den Ausdruck im Verteidigungsministerium nicht gerne hört und dort lieber von einer Freiwilligenarmee redet. Doch die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Die deutschen Streitkräfte werden sich zukünftig aus 170.000 Zeit- und Berufssoldaten zusammensetzen sowie 5.000 bis 15.000 Freiwilligen, die sich für einen sechs- bis 23-monatigen Wehrdienst verpflichten können. Aber auch das Aufgabenspektrum der Truppe erfordert deutlich professionellere Soldaten als in der Vergangenheit. Bis zu zwei große und mehrere kleinere Auslandseinsätze soll die Bundeswehr nach den Planungen von Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) stemmen können. „Das Jahr 2011 war in der Tat ein Jahr vieler sehr, sehr wichtiger Entscheidungen für die Bundeswehr“, betonte der Minister in der abschließenden Lesung des Verteidigungshaushaltes Ende November noch einmal vor dem Bundestag. Für de Maizière und seine Truppe gilt es nun, die Streitkräfte-reform umzusetzen. Schon in den vergangenen Jahren hatte die Bundeswehr ihre liebe Not, ausreichend qualifizierten Nachwuchs für eine Offizierslaufbahn beispielsweise als Jet-Pilot oder Mediziner zu gewinnen. Angesichts eines sich verschärfenden Wettstreits um Fachkräfte auf dem deutschen Arbeitsmarkt werden die Probleme für die militärische Nachwuchsgewinnung noch größer werden. Deutlich verkleinert wird aber nicht nur die uniformierte Truppe. Auch bei den Beamten und Zivilbeschäftigten im Ministerium und der Wehrverwaltung muss kräftig abgespeckt werden: von derzeit 76.000 auf 55.000 Stellen.

**Personalabbau** Die Personalplaner im Bendlerblock in Berlin, dem dortigen Dienstszitz des Verteidigungsministers, stehen somit vor einer doppelten Herausforderung. Zum einen müssen sie den Bestand von derzeit rund 200.000 Berufs- und Zeitsoldaten in den kommenden Jahren abbauen. Zum anderen müssen sie aber kontinuierlich jungen und geeigneten Nachwuchs rekrutieren, wenn die Truppe nicht überaltert soll. Dies wird allerdings nur gelingen – und an diesem Punkt herrscht Einigkeit zwischen Regierung und allen Bundestagsfraktionen –, wenn der Dienst in den Streitkräften erheblich attraktiver wird.

»2011 war ein Jahr vieler sehr, sehr wichtiger Entscheidungen für die Bundeswehr.«

Thomas de Maizière (CDU)

Eng mit der Personalplanung verbunden ist das neue Standortkonzept der Bundeswehr, das de Maizière im vergangenen Herbst präsentierte. Demnach werden in den kommenden Jahren 31 Standorte komplett geschlossen und weitere 91 um mehr als die Hälfte oder um mindestens 500 der dort stationierten Soldaten verkleinert. An 33 der 91 Standorte werden künftig sogar weniger als 15 Soldaten Dienst tun. In Zukunft werden sich die Streitkräfte auf insgesamt 264 Standorte in Deutschland verteilen.

**Reformprogramm** Die Schließungen von Standorten werden der Bundesregierung nicht nur zähe Verhandlungen mit den Ministerpräsidenten der betroffenen Bundesländer über mögliche Kompensationen und Hilfen einbringen. Für die Soldaten und ihre Familien verbinden sich damit weitere Belastungen durch Umzüge oder das Pendeln zwischen Stützpunkt und Wohnung. Um die Bundeswehr als Arbeitgeber trotzdem konkurrenzfähig zu machen und ihren personellen Umbau sozialverträglich zu gestalten, hat de Maizière für dieses Jahr ein Reform- und Attraktivitätsprogramm angekündigt. Da weite Teile des Programms vor allem status-, besoldungs- und versorgungsrechtliche Belange der Soldaten, Beamten und Zivilbeschäftigten der Bundeswehr betreffen, müssen diese aber durch den Bundestag in Form von Gesetzen abgesegnet werden. Kleinere Teile des Reformprogramms – etwa die bessere Vergütung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes und der Rufbereitschaft in Bundeswehrkrankenhäusern, die Stellenzulage für die Führer von unbemannten Großluftfahrzeugen (Drohnen) und die Personalgewinnungszuschläge für die Einstellung von hochqualifizierten Fachkräften – sind bereits in das Fachgewinnungsgesetz (17/7142) eingeflossen, das der Bundestag noch in der letzten Sitzungswoche vor Weihnachten verabschiedet hat.

**Begleitgesetz** Den weitaus größeren Teil des Reform- und Attraktivitätsprogramms wird de Maizière in Form eines Reformbegleitgesetzes durch den Bundestag bringen müssen. Nach den derzeitigen Planungen soll der Gesetzentwurf noch im Januar in die parlamentarischen Beratungen eingebracht werden. Nach dem Willen des Verteidigungsministeriums sollen beispielsweise die im vergangenen Jahr kurzfristig eingeführten Verpflichtungsprämien für freiwillige Wehrpflichtige auf alle Laufbahnen in der Bundeswehr ausgeweitet, die Kinderbetreuung durch bessere finanzielle Unterstüt-



Dienstantritt: Die Bundeswehr muss um qualifizierten Nachwuchs werben.

zung der Familien gestärkt und das System der Berufsförderung für Zeitsoldaten weiterentwickelt werden. Gleichzeitig soll der für das Jahr 2017 prognostizierte Überhang von rund 9.200 Berufssoldaten abgebaut werden. Die Planer im Bendlerblock hoffen zwar, den Personalüberhang bereits um ein Drittel zu reduzieren, indem die Zahl der Neuverpflichtungen von Berufssoldaten zeitlich befristet reduziert wird und Berufssoldaten auch auf den Dienstposten von Zeitsoldaten eingesetzt werden. Für den Großteil der überzähligen Berufssoldaten sollen jedoch andere Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst und auf dem privaten Arbeitsmarkt gesucht werden. Da diese Möglichkeiten aber voraussichtlich nicht ausrei-

chen, werden etliche Soldaten den Gang in den vorläufigen Ruhestand antreten. So sollen Berufssoldaten ab dem 50. Lebensjahr bei Gewährung der vollen Pensionsansprüche vorzeitig ausscheiden können. Die gleiche Regelung soll für zivile Beamte ab dem 55. Lebensjahr gelten.

**Vorruhestandsregelungen** Auch für die 40- bis 50-jährigen Berufssoldaten, die mehr als 20 Jahre Dienst geleistet haben, sind Vorruhestandsregelungen eingeplant. Sie sollen dann zwar nur eine Pension in Höhe der bis dahin erworbenen Ansprüche erhalten, als Ausgleich jedoch steuerfreie Einmalzahlungen in Höhe von 5.000 Euro für jedes Jahr bekommen, das sie den Dienst früher beenden.

Den schnellen und sozialverträglichen Umbau der Truppe wird sich der Bund einiges kosten lassen müssen. Für die Umsetzung des Reformbegleit- und Attraktivitätsprogramms sind für dieses Jahr bereits 200 Millionen Euro im Verteidigungshaushalt eingeplant. Nach der Finanzplanung der Regierung sollen im Jahr 2013 weitere 250 Millionen Euro und in den Jahren 2014 und 2015 jeweils 300 Millionen Euro bereitgestellt werden. Das Sparziel von 8,3 Milliarden Euro in den kommenden Jahren, das de Maizières Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) noch angepeilt hatte, hat die Bundesregierung längst aufgegeben. Während de Maizière die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP in dem anstehenden Gesetzgebungsverfahren hinter sich

weiß, stoßen seine Pläne bei der Opposition auf ein geteiltes Echo. SPD und Bündnis 90/Die Grünen tragen den Umbau der Streitkräfte zumindest prinzipiell mit, äußern aber heftige Kritik an ihrer konkreten Umsetzung. Die Linke wiederum lehnt die Reform generell ab. Sie fordert eine deutlich kleinere Armee, die sich an Auslandseinsätzen nicht mehr beteiligt. An einem Punkt herrscht zwischen den drei Oppositionsfraktionen jedoch weitgehend Einigkeit. Die Reform der Bundeswehr, so lautet die einhellige Mahnung, dürfe nicht auf dem Rücken der Soldaten und der Zivilbeschäftigten sowie ihrer Familien ausgetragen werden. Diese Forderung unterschreiben die Abgeordneten der Koalition jedoch genau so gerne. Alexander Weinlin

## Freiheitsrechte versus Bevölkerungsschutz

**SICHERUNGSVERWAHRUNG** Bis Mitte 2013 muss ein neues Konzept beschlossen sein. Bis dahin gelten Übergangsregelungen

Sicherungsverwahrung für rückfallgefährdete Straftäter – die Diskussion um das Für und Wider, das Wo und Wie wird 2012 weitergehen. Nicht nur in der medialen, gesellschaftlichen, sondern vor allem auch in der politischen Debatte wird das polarisierende Thema erneut für Aufmerksamkeit sorgen. Im Bundestag steht es auf der Agenda des Rechtsausschusses für 2012 ganz oben. Die Regierungskoalition hatten bereits Ende Oktober 2010 den „Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Rechts der Sicherungsverwahrung und zu begleitenden Regelungen“ (17/3403) in das Parlament eingebracht. Nach der entsprechenden Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses (17/4062) vom 1. Dezember 2010 und seiner anschließenden Verabschiedung im Plenum trat das Gesetz damals zwei Tage vor Weihnachten in Kraft.

**Schutz der Allgemeinheit** Die Koalition hatte die Neuordnung des Rechts der Sicherungsverwahrung mit folgender Argumentation heraus beschlossen: Obwohl 2002 die vorbehaltene und 2004 die nachträgliche Sicherungsverwahrung in Deutschland eingeführt worden seien, könne „es in besonderen Konstellationen dazu kommen, dass die Anordnung der Sicherungsverwahrung ausscheidet“, obgleich sie angebracht wäre. Das würden aktuelle Gerichtsentscheidungen zeigen. „Ziel ist die Schaffung eines Systems, das einen angemessenen Schutz der Allgemeinheit vor gefährlichen Straftätern ermöglicht, dabei aber die rechtsstaatlichen Anforderungen an dieses ‚letzte Mittel der Kriminalpolitik‘ wahrt“, schrieben die Koalitionsfraktionen. Zwar wollten sie die Sicherungsverwahrung auf schwerste Fälle wie Mord oder Vergewaltigung beschränken, um dem Ausnahmecharakter der Maßnahme Rechnung zu tragen. Bereits bei Ersttätern sollte aber die Möglichkeit bestehen, Sicherungsverwahrung anzuordnen, also im Urteil vorzube-



In einem Staatsvertrag haben zwischenzeitlich einige Bundesländer die „elektronische Fußfessel“ festgeschrieben.

halten. Im Mittelpunkt des neuen Gesetzes stand die sogenannte elektronische Fußfessel, die aus dem Gefängnis entlassene Straftäter in bestimmten Fällen tragen sollten. Die Regierung verspricht sich davon eine bessere Aufenthaltsüberwachung. Was folgte, war Ernüchterung: Vier Sicherungsverwahrte hatten Verfassungsbeschwerden in Karlsruhe eingereicht. Am 4. Mai 2011 gab das Bundesverfassungsgericht den Beschwerden statt und erklärte alle Vorschriften zur Sicherungsverwahrung

für verfassungswidrig. Bis Juni 2013 muss der Gesetzgeber eine neue Regelung suchen. Für sogenannte Altfälle gelten Übergangsregelungen. Das Gericht sah in dem Gesetz unter anderem eine Verletzung des Freiheitsgrundrechts und des Vertrauensschutzes und forderte eine völkerrechtsfreundlichere Auslegung des Grundgesetzes. Sechs Monate nach dem Urteil legte Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) im Herbst einen neuen Gesetzentwurf vor, „der die Vorgaben

des Bundesverfassungsgerichts eins zu eins umsetzt“. Er sei „weitestgehend“ mit den Ländern abgestimmt und werde dafür sorgen, „dass die Sicherungsverwahrung künftig als wirksames Instrument erhalten bleibt“, teilte die Ressortchefin mit. Nach Auskunft ihres Ministeriums erfolgt derzeit die Ressortabstimmung sowie die Abstimmung mit den Ländern. Zwar stehe noch nicht fest, wann der Gesetzentwurf ins Kabinett eingebracht werde, aber definitiv im Jahr 2012, denn „die Zeit drängt“. ver

## Gemeinsam gegen Nazis

**RECHTSEXTREMISMUS** Entscheidung über Verbunddatei

Die im November vergangenen Jahres bekannt gewordene Mordserie von Neonazis wird Politik, Justiz, Sicherheitsbehörden und Öffentlichkeit auch im neuen Jahr beschäftigen. Neben der Aufklärung der Morde und der Debatte über ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren geht es dabei um die weitere Umsetzung des Maßnahmenpakets zur verschärften Bekämpfung des Rechtsextremismus, auf das sich die Innen- und Justizminister von Bund und Ländern im Kern bereits am 18. November verständigt hatten. Im Zentrum standen dabei die Einrichtung einer Verbunddatei für gefährliche Rechtsextreme sowie ein Gemeinsames Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus (GAR). Ziel ist, wie Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am 22. November im Bundestag erläuterte, eine „bessere Verzahnung von Polizei und Verfassungsschutz“ sowie „zwischen der Ebene Bund auf der einen Seite und der Ebene Länder auf der anderen Seite“.

**Unter einem Dach** Am 16. Dezember eröffnet, hat das GAR bereits seine Arbeit aufgenommen. Entsprechend dem zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus seit Ende 2004 bestehenden Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum (CTAZ) soll es die Kooperation und Koordination der Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Rechtsterrorismus und -extremismus verbessern. Unter seinem Dach arbeitet eine beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln angesiedelte „nachrichtendienstliche Informations- und Analyseinheit“ (Nias) sowie eine beim Bundeskriminalamt (BKA) in Mекkenheim verortete „polizeiliche Informations- und Analyseinheit“ (Pias). Dabei sind in der Pias neben dem BKA auch die Landeskriminalämter, die Bundespolizei, der Generalbundesanwalt sowie Europol vertreten, während die Nias außer BfV-Vertretern auch Experten der Landesämter für Verfas-

sungsschutz und des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) umfasst. Dabei ist auch eine Einbindung des Bundesnachrichtendienstes (BND) möglich. Diese Vertreter der Sicherheitsbehörden treffen sich in einem wöchentlichen Plenum sowie in festen Arbeitsgruppen, um Erkenntnisse auszutauschen, Gefährdungspotenziale zu analysieren oder auch neue Bekämpfungsansätze zu entwickeln. In der Aufbauphase ist das GAR mit etwa 130 bis 140 Mitarbeitern gestartet – davon je 50 vom BfV und BKA –, doch werden vor allem die beiden letztgenannten die Zahl ihrer Mitarbeiter noch aufstocken.

**Genauerer Gesamtbild** Während die Einrichtung des GAR per Erlass zu regeln war, muss die Verbunddatei noch den Gang durch die Gesetzgebung antreten. In dieser zentralen Datei – vergleichbar mit der Anti-Terror-Datei für den Bereich Islamismus – sollen die Erkenntnisse aller Polizei- und Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern über die rechtsextremistische Szene zusammengeführt werden, wie Friedrich im Anschluss an die Innenministerkonferenz vom 8./9. Dezember sagte. Bislang führten zwar Polizei und Nachrichtendienst jeweils eigene Dateien zum Rechtsextremismus, doch gebe es keine Verknüpfung dieser Datenbestände, heißt es dazu aus seinem Haus. Eine Verbunddatei ermögliche demgegenüber ein genaueres Gesamtbild: „Dieser Verbund von Daten aus dem repressiven Bereich und aus der Vorfeldbeobachtung ergibt einen realen Mehrwert gegenüber den bisherigen Insellösungen.“ Nachdem der entsprechende Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums in die Ressortabstimmung ging, plant das Ministerium, dazu noch im Januar einen Kabinettsbeschluss herbeizuführen. Wann die Datei, die dem GAR als Instrument dienen soll, tatsächlich steht, hängt dann von den weiteren Beratungen über das Gesetz in Bundestag und Bundesrat ab. sto

# Was vom Arbeitsleben übrig bleibt

**SOZIALES** Der »Regierungsdialog Rente« zielt auf ein Konzept gegen Altersarmut. Bis zum Sommer soll daraus ein Gesetz werden.

Seit gestern ist es soweit: Um abschlagsfrei in Rente gehen zu können, genügt es nicht mehr, seinen 65. Geburtstag zu erreichen. Einen Monat länger müssen Neu-Rentner seit dem 1. Januar arbeiten. Schrittweise erhöht sich das Renteneintrittsalter bis zum Jahr 2029 auf diese Weise auf 67 Jahre. Trotz dieser Fakten bleibt die Rente mit 67 umstritten. Opposition und Gewerkschaften kritisieren, dass eine ausreichende Erwerbsbeteiligung Älterer nicht gegeben sei. Die Koalition verweist dagegen auf die Fortschritte. Tatsächlich hat sich in den vergangenen Jahren einiges getan: Im Jahr 2000 arbeiteten nur 37 Prozent der 55- bis unter 64-Jährigen. 2009 ist diese Zahl auf 56 Prozent gestiegen. Eine Entwicklung in die gewünschte Richtung kann man darin sicher erkennen, aber auch, dass sich noch viel tun muss, um ältere Arbeitnehmer länger im Job zu behalten.

Handlungsbedarf besteht für die schwarz-gelbe Koalition auch in einem anderen Bereich: dem Kampf gegen die Altersarmut. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes haben Ende 2009 rund 764.000 Menschen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhalten. Rund die Hälfte davon (400.000) waren im Rentenalter. Das entspricht einem Anteil von rund zwei Prozent an den über 65-Jährigen. Das klingt zunächst nicht viel, doch sagen sämtliche Prognosen hier einen deutlichen Anstieg voraus.

Frauen sind von Altersarmut überproportional betroffen, denn 61,5 Prozent der Empfänger von Grundsicherung im Alter waren 2009 weiblich. Im Niedriglohnbereich ergibt sich ein ähnliches Bild. Mehr als 6,5 Millionen Beschäftigte in Deutschland arbeiten derzeit im Niedriglohnbereich – das entspricht einem Anteil von 22 Prozent der Erwerbstätigen. Frauen sind auch hier mit fast 70 Prozent überdurchschnittlich vertreten.

**Anerkennung der Lebensleistung** Menschen mit schmaler Rente sprach Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) also vor allem an, als sie im September 2011 zum Start des Regierungsdialogs Rente sagte: »Geringverdienende, die ein Leben lang gearbeitet haben, müssen eine Rente bekommen, die deutlich über der Grundsicherung liegt.« Der mehrmonatige, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) gestartete Dialog mit Rentenversicherung, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Arbeitgebern soll die Auswirkungen einer veränderten Arbeitswelt für das Armutsrisiko im Alter untersuchen. Anfang dieses Jahres soll dieser Dialog in ein Gesetzgebungsverfahren münden, das bis zur Sommerpause abgeschlossen und 2013 umgesetzt werden soll.

Einen Vorschlag hatte von der Leyen aber schon zu Beginn der Gesprächsrunde parat: die sogenannte Zuschussrente, die seitdem aus der Kritik nicht herauskommt. Geringverdienende sollen demnach ab 2013 ihre Altersrente auf 850 Euro (das wären fast 200 Euro mehr als in der Grundsicherung) aufgestockt bekommen, wenn sie mindestens 45 Versicherungsjahre vorweisen können und zusätzlich privat vorgesorgt haben. Für die ersten zehn Jahre nach Inkrafttreten dieses Modells soll es Übergangsregelungen geben, wonach zunächst nur 40 Versicherungsjahre und fünf Jahre zusätzlicher Vorsorge ausreichen sollen.

Die Pläne zur Zuschussrente ergänzt das BMAS um Änderungen bei der Erwerbsminderungsrente und den Hinzuvordienstmöglichkeiten für Rentner. So soll die Zurechnungszeit für die Erwerbsminderungsrente schrittweise angehoben werden. Bislang wird der Empfänger einer solchen Rente so gestellt, als hätte er bis zur Vollendung des



Für viele Menschen wird es in Zukunft schwieriger werden, von ihrer Rente zu leben. Die Koalition sucht nach Lösungen.

60. Lebensjahres gearbeitet und Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt. Hier soll künftig das 62. Lebensjahr gelten. Außerdem sollen Rentner künftig deutlich mehr als 400 Euro zu ihrer Rente hinzuverdienen dürfen, ohne Abschlüsse zu riskieren.

**Kritik der Opposition** Bei den Oppositionsfractionen des Bundestages stößt diese Idee auf wenig Gegenliebe. Sie sieht darin kein geeignetes Mittel, um Altersarmut zu bekämpfen. Die Bedingungen für den Erhalt der Zuschussrente würden dafür sorgen, dass die meisten von Armut Bedrohten oder bereits Betroffenen keinen Anspruch darauf hätten, kritisiert etwa Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke. »Sie ist ein reines Nachsorge-Modell, das Anreize für Minijobs setzt, die im Alter dann mit einer Zuschussrente nachlaufend, aber nicht einmal arbeitsrechtlich geschützt werden sollen.« Seine Fraktion fordert stattdessen, Altersarmut nicht erst im Rentenalter zu bekämpfen, sondern schon vorher die Akzente durch Mindestlöhne neu zu setzen. Als »Notbremse« gegen Altersarmut fordert Die Linke eine »Solidarische Mindestrente« in Höhe von 900 Euro, die nicht an Zugangskriterien geknüpft sein soll.

Auch die SPD erkennt in der Zuschussrente »keinen Schritt hin zur Armutsbekämpfung im Alter« sondern »un-erfüllbare Bedingungen«. Deren Rentenexperte Anton Schaaft stellt dagegen fest: »Wenn man 45 Jahre lang gearbeitet und 35

Jahre geriestert hat und dann nicht über 850 Euro Rente kommt, dann stimmt etwas im System gar nicht mehr. Da brauche ich auch keine Zuschussrente.« Mit diesem Modell legitimiere man im Nachhinein den Niedriglohnbereich, sagte er Mitte Dezember im Interview mit der Zeitung »Das Parlament«.

Wolfgang-Strengmann Kuhn warnt davor, die Zuschussrente an eine »unrealistische Idealbiografie« zu knüpfen, wie dies nach den derzeitigen Plänen der Fall sei. Wichtig sei dagegen, ein Mindestniveau für langjährig Versicherte in der Rentenversicherung einzuführen. Die Grünen schlagen deshalb eine Garantierente bei einer Mindestversicherungszeit von 30 Jahren vor. »Wer so lange versichert ist, muss die Garantie haben, eine Rente über dem durchschnittlichen Grundsicherungsniveau zu erhalten«, sagt der rentenpolitische Sprecher der Grünen. Er fordert eine parteiübergreifende Initiative zur Bekämpfung der Altersarmut.

**Frage der Verhandlungen** Gegenwind erhielt von der Leyen auch von der Deutschen Rentenversicherung. Deren Präsident Herbert Rische hatte die Zuschussrente als »nur bedingt geeignet« im Kampf gegen Altersarmut bezeichnet, da bei den von ihr erfassten Personengruppen das Risiko der Altersarmut »eher unterdurchschnittlich« sein dürfte. Außerdem sei die Zuschussrente »stark von Elementen des Fürsorgeprinzips geprägt«, was der Rentenversicherung »fremd« sei. Rische sieht aber auch Vorteile. So begrüßte er in seinem Bericht an die Mitte Dezember tagende Bundesvertreterversammlung der Rentenversicherung die Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten und die Kombi-Rente mit besseren Hinzuvordienstmöglichkeiten.

Die Ministerin hält unterdessen an ihrer Idee fest. Es sei »erstaunlich«, Menschen, die 30 oder 40 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben, mit einem Schulterzucken in die Fürsorge zu verweisen, verteidigte sie sich gegen die Kritik Risches. Die Zuschussrente helfe zu einem Großteil Frauen, die »alles richtig gemacht« und über Jahrzeh-

## »KOMPAKT

> **Rente mit 67** Seit Januar 2012 müssen Neu-Rentner für eine abschlagsfreie Rente einen Monat länger arbeiten. Bis 2029 wird so schrittweise das Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre angehoben.

> **Zuschussrente** Von der Zuschussrente sollen vor allem Geringverdienende profitieren. Damit diese im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen sind, soll ihre Rente auf 850 Euro aufgestockt werden. Noch sind das allerdings nur Pläne.

> **Demografie** Von den 82 Millionen Deutschen sind 20 Millionen Rentner. Ihre Zahl steigt weiter. 2030 werden 28 Prozent der Deutschen 65 Jahre und älter sein.

ten in kleinen Jobs oder in Teilzeit gearbeitet, Kinder erzogen und Ältere gepflegt hätten, so von der Leyen. Die Diskussion wird weitergehen. Auch innerhalb der Koalition ist sie noch nicht beendet, sondern wird immer wieder um neue Rezepte gegen die Altersarmut erweitert. So forderte der sozialpolitische Sprecher der Unions-Fraktion, Peter Weiß, unlängst, eine gesetzliche Rentenversicherungspflicht für Selbstständige. Damit würde diese Gruppe in vergleichbarer Weise wie Arbeitnehmer verpflichtet, Vorsorge gegen Armut im Alter zu ergreifen, sagte Weiß. Der Widerspruch vom Koalitionspartner FDP kam prompt. »Eine solche Pflichtversicherung machen wir definitiv nicht mit«, entgegnete FDP-Sozialexperte Heinrich Kolb. Doch Peter Weiß ist überzeugt, dass ein Kompromiss eine Frage der Verhandlungen im Rahmen des Rentendialogs sei. Am Ende werde eine Paketlösung stehen. Auf das Aufschneiden darf man also gespannt sein. *Claudia Heine*

# Schröder will keinen Kulturkampf ums Kind

**FAMILIE** Streit um Betreuungsgeld und Frauenquoten

Für den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder war es 2002 noch »Gedöns«. Frauen, Familie, Kinder. Zehn Jahre später würde sich wohl kein Politiker mit Karriereambitionen trauen, das Politikfeld derartig zu unterschätzen. Mehr noch: 2012 könnte zum Jahr der wegweisenden familienpolitischen Entscheidungen werden. Im Mittelpunkt der Debatte wird dabei das Betreuungsgeld stehen: Auf diese Leistung hatte sich die schwarz-gelbe Koalition im November geeinigt. Doch wirklich geklärt ist dabei allenfalls die Höhe der Zuwendung. So soll das Betreuungsgeld ab dem 1. Januar 2013 zunächst 100 Euro monatlich betragen, ab 2014 steigt es auf 150 Euro an. Doch darüber, an wen das Geld geht,

Gutscheine favorisiert auch die FDP. So sagt Sibylle Laurischk: »Wenn wir Geld in Familien investieren wollen, sollte das hauptsächlich in Bildungsmaßnahmen fließen.« Für deutlich wichtiger halte sie eine Reform der Regelungen zum Unterhaltsvorschuss, die man sich für 2013 auf die Agenda gesetzt habe. Für die Liberalen ist das Betreuungsgeld eine Kröte im Koalitionsvertrag, die sie nur ungern schlucken. Sollten die damit verbundenen Kosten aufgrund einer Ausweitung des Empfängerkreises massiv steigen, ist ihre Zustimmung gefährdet. Laurischk warnt: »Der Sache sind schlicht Grenzen im Bundeshaushalt gesetzt.« Die Union müsse daher zunächst ihren internen Klärungsprozess abschließen, bevor man überhaupt über die Details diskutieren könne.

»Ich habe Zweifel, dass die Koalition sich überhaupt einigen wird.«

Caren Marks (SPD)

Für die Opposition ist klar: Das Betreuungsgeld müsste bei einem Regierungswechsel 2013 wieder gekippt werden. Noch hegt die SPD-Familienpolitikerin Caren Marks allerdings Hoffnungen, dass das Betreuungsgeld bis dahin gar nicht steht: »Ich habe Zweifel, dass die Koalition sich überhaupt einigen und die entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung stellen wird.« Dafür lägen im Moment viel zu viele Vorschläge zum Betreuungsgeld auf dem Tisch. Zudem: »Unsinn bleibt Unsinn.« Auch Ekin Deligöz, familienpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Bundestag, vermutet, »dass die Ministerin es nicht hin bekommen wird«. Was aus Deligöz Sicht gut wäre – denn Schröder mit ihrer konservativen Ideologie entwerfe »ein Frauenbild, das in der Realität kaum noch existiert«. Und für Die Linke ärgert sich Jörn Wunderlich, es sei »eine Unverschämtheit«, Eltern, deren Kinder eine Krippe besuchen, »die Erziehungsleistung abzusprechen« und Frauen daheim zu halten. Angesichts des drohenden Fachkräftemangels gehe es vielmehr darum, sie für den Arbeitsmarkt zu gewinnen. Dort sollen sie nicht nur Personallücken stopfen, sondern auch in Führungspositionen arbeiten. Doch Zustimmung für das Vorhaben, sofern es dafür im Gegenzug eine größere Anrechnung von Erziehungsjahren bei der Rentenversicherung geben würde. »Wenn es darum geht, Frauen zu unterstützen, die eine Jobpause gemacht haben, um sich um ihre Kinder zu kümmern, muss das nachhaltig sein«, sagt Rita Pawelski, CDU-Familienexpertin. »Bargeld geht in den Haushalt, davon haben die Frauen langfristig nichts.« Denkbar seien deshalb Gutscheine für Bildungsleistungen oder Zuschüsse zur Altersvorsorge.

»Der Sache sind schlicht Grenzen im Bundeshaushalt gesetzt.«

Sibylle Laurischk (FDP)

**Herzensprojekt** Doch der ist längst entbrannt – auch innerhalb der Unionsfraktion. Insbesondere die CDU-Frauen würden das Herzensprojekt der CDU am liebsten verhindern, signalisierten aber im Dezember Zustimmung für das Vorhaben, sofern es dafür im Gegenzug eine größere Anrechnung von Erziehungsjahren bei der Rentenversicherung geben würde. »Wenn es darum geht, Frauen zu unterstützen, die eine Jobpause gemacht haben, um sich um ihre Kinder zu kümmern, muss das nachhaltig sein«, sagt Rita Pawelski, CDU-Familienexpertin. »Bargeld geht in den Haushalt, davon haben die Frauen langfristig nichts.« Denkbar seien deshalb Gutscheine für Bildungsleistungen oder Zuschüsse zur Altersvorsorge.

auch hier gibt es Streit. Die Debatte um die Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten hat bereits begonnen und wird sich im kommenden Jahr fortsetzen. Ministerin Schröder kommt nun ein rauer Wind vor allem aus den eigenen Reihen entgegen: Ihre Vorstellung einer FlexiQuote, deren Höhe und Ausgestaltung den Unternehmen obliegt, wird nicht nur von Kabinettskollegen und Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU), die eine gesetzliche 30-Prozent-Regelung will, für unzureichend gehalten. *Susanne Kailitz*

# »Noch bürgerfreundlicher«

**PETITIONEN** Internetseite des Ausschusses wird neu gestaltet

Seit dem 1. Januar 2012 gilt bei öffentlichen Petitionen eine neue Mitzeichnungsfrist. Vier statt wie bisher drei Wochen stehen jetzt zur Verfügung, um das Quorum von 50.000 Mitzeichnungen zu erfüllen, das erforderlich ist, damit die Petition in einer öffentlichen Ausschusssitzung beraten wird. Mit der im November 2011 beschlossenen Änderung der Verfahrensgrundsätze hat der Petitionsausschuss auch die Frist für das Schreiben von Diskussionsbeiträgen zu einzelnen öffentlichen Petitionen im Internetforum des Ausschusses angepasst. Damit können seit Anfang dieses Jahres alle im Internet veröffentlichten Petitionen vier Wochen lang mitgezeichnet und diskutiert werden. Bislang war dies sechs Wochen lang möglich, ohne dass aber die Mitzeichnungen der letzten drei Wochen für die Erreichung des Quorums relevant gewesen wären. Den Änderungen sei ein »langer, oft mühsamer Diskussionsprozess vorausgegangen«, sagt die Ausschussvorsitzende Kersten Steinke (Die Linke). Die Unterteilung in zwei Fristen für die Mitzeichnung öffentlicher Petitionen sei sehr unpraktisch gewesen, weshalb man sich zu der Vereinheitlichung entschieden habe. Ab Mitte des Jahres, wenn die neue Internetplattform des Ausschusses online geht, soll auch die elektronische Mitzeichnung von Petitionen in pseudonymisierter Form möglich sein. Dabei wird es sich jedoch im Gegensatz zum Diskussionsforum nicht um frei wählbare Pseudonyme handeln, sondern um eine vom System vor-

gegebene standardisierte Form. Aus Sicht Kersten Steinkes ein richtiger Schritt. »Die Internetplattform wird dadurch noch bürgerfreundlicher gestaltet«, lautet ihr Fazit. Dass die öffentliche Petition von der Ausnahme zur Regel wird, wie unlängst im Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) gefordert, erwartet Steinke, »in naher Zukunft nicht«. Dagegen sprächen nicht zuletzt auch datenschutzrechtliche Gründe. Viermal wird der Ausschuss im Jahr 2012 dennoch öffentlich tagen. Geplant ist dies am 5. März, 7. Mai, 15. Oktober und 5. November.

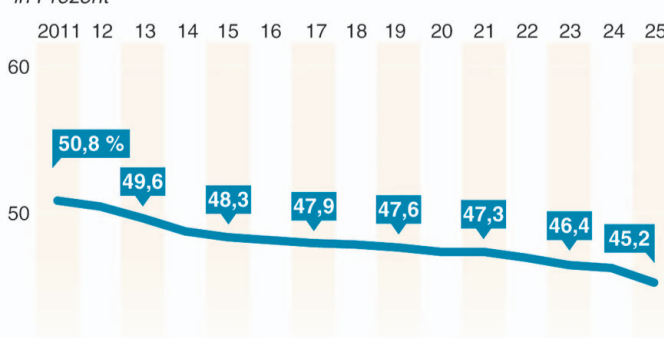


Kersten Steinke, Vorsitzende des Petitionsausschusses

Ein weiterer wichtiger Termin im neuen Jahr ist die Tagung der Vorsitzenden der Petitionsausschüsse des Bundes und der Länder vom 23. bis 25. September in Erfurt. Zu dem Treffen sollen auch Vertreter staatlicher Petitionseinrichtungen aus Europa eingeladen werden. *Götz Hausding*

## Das Rentenniveau

Sicherungsniveau vor Steuern: Höhe der Rente, die ein Durchschnittsverdiener nach 45 Arbeitsjahren erhält, gemessen am jeweiligen Durchschnittseinkommen



Quelle: aktuelle Zahlen und Rentenversicherungsbericht 2010 dpa-15296

# Das Jahr der Pflege 2.0

**REFORM** Im Bundestag stehen harte Auseinandersetzungen über ein zentrales Zukunftsthema an



INNENPOLITIK 2012 ▶▶

Jede zweite Frau und jeder dritte Mann müssen laut aktuellem Pflegereport damit rechnen, im Laufe des Lebens an Demenz zu erkranken. Die Koalition hat versprochen, Demenzkranke bei der Pflege besserzustellen.

Die Pflegeexperten der Oppositionsfaktionen sind bislang nicht als Heißsporne des Parlaments in Erscheinung getreten. Die von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) vorgelegten Eckpunkte einer Pflegereform treiben den Dreien jedoch in Nullkommanichts die Zornesröte ins Gesicht. „Es ist unverfroren zu behaupten, die Pflegeversicherung werde damit auf eine nachhaltigere Grundlage gestellt“, empört sich Elisabeth Scharfenberg von den Grünen. Ihre SPD-Kollegin Hilde Mattheis ergänzt: „Bahr lässt mit seiner Pflegereform alle im Stich.“ Und Kathrin Senger-Schäfer von der Linksfaktion moniert, eine „umfassende Pflegereform“ sei „auf unbestimmte Zeit verschoben, die „geschürten Erwartungen“ seien „enttäuscht“ worden.

**Rückblende** Bahrs Vorgänger Philipp Rösler, heute FDP-Chef und Bundeswirtschaftsminister, hatte 2011 zum „Jahr der Pflege“ erklart. Was folgte, war ein monatelanger Streit der Koalitionspartner CDU, CSU und FDP vor allem über die Frage, wie die Pflegeversicherung künftig zu finanzieren ist. Die angekündigte Präsentation der Eckpunkte verzögerte sich, bis sich der Koalitionsausschuss am 31. Tages des „Jahres der Pflege“ auf Grundzüge einigte. Mehr Geld für Demenzkranke, der Aufbau einer privaten Zusatzversicherung, eine Beitragsan-

bung um 0,1 Prozentpunkte, Unterstützung für pflegende Angehörige und die Förderung neuer Wohnformen – so lauten die Eckpunkte, die Bahr im November vorstellte. Konkreteres, etwa wie der besondere Betreuungsaufwand für Demenzkranke berücksichtigt werden kann, ist bislang das Geheimnis des Gesundheitsministeriums.

Die Opposition fucht insbesondere, dass die Umsetzung des neuen Pflegebegriffs „auf die lange Bank geschoben wird“, wie es Senger-Schäfer formuliert. Bislang werden zwar körperliche Beeinträchtigungen als pflegebedürftig berücksichtigt, geistige hingegen nicht, weshalb etwa Demenzkranke und ihre Angehörigen bei Pflegeleistungen in die Röhre gucken. Die Konzepte liegen seit gut zweieinhalb Jahren auf dem Tisch, Bahr will zur Ausarbeitung der Details jedoch zunächst den Pflegebeirat reaktivieren. Auf den allseits geschätzten Sozialexperten Jürgen Gohde an der Spitze des Gremiums muss Bahr allerdings verzichten. Gohde lehnte es kurz vor Weihnachten nach wochenlangen Vorgesprächen enternert ab, den Vorsitz zu übernehmen. „In der aktuellen Wahlperiode kann nicht mehr mit einer Umsetzung des neuen Pflegebegriffs gerechnet werden“, sagt Senger-

Schäfer. Sie fügt hinzu, die Behauptung, die angekündigten Leistungsverbesserungen für Demenzkranke, finanziert durch eine Beitragserhöhung ab 2013, seien ein Vorgriff auf den neuen Pflegebegriff, entbehre jeder fachlichen Grundlage. Eine kostenneutrale Umsetzung des Pflegebegriffs bedeute „de facto Leistungskürzungen für die jetzt Betroffenen“, betont Senger-Schäfer.

Scharfenberg ist sich sicher, dass die angekündigten Leistungsverbesserungen mit der geplanten Beitragssatzanhebung „allenfalls kurzfristig“ zu finanzieren sind. „Die zentralen Herausforderungen geht die Koalition nicht an, nämlich eine solide und nachhaltige Finanzierung und die überfällige Reform des Pflegebegriffs“, unterstreicht die Grünen-Parlamentarierin.

Auch die als „Pflege-Bahr“ bekannt gewordene private Zusatzversicherung nach Vorbild der Riester-Rente stößt bei der Opposition auf Widerstand. Davon würden „nicht die Pflegebedürftigen oder ihre Angehörigen profitieren, sondern vornehmlich die privaten Versicherungsunternehmen“, ärgert sich Hilde Mattheis. Gerade ärmere Menschen, „die ein höheres Pflegeisiko haben, werden sich die freiwillige Zusatzversicherung nicht leisten können“, sagt sie.

»Bahr lässt mit seiner Pflegereform alle im Stich.«

Hilde Mattheis (SPD)

Gegenwind kommt jedoch nicht nur von der Opposition. Unzufrieden hat sich auch die Junge Gruppe der Unionsfraktion gezeigt. Sie kritisiert, dass der Koalitionsvertrag gebrochen worden sei. Tatsächlich sieht dieser vor, neben dem bestehenden Umlageverfahren „eine Ergänzung durch Kapitaldeckung“ einzuführen, „die verpflichtend, individualisiert und generationengerecht ausgestaltet sein muss“. Ziel war es demnach, eine Rücklage zu schaffen, aus der künftig steigende Pflegeaufwendungen bezahlt werden können. Der Sprecher der Jungen Gruppe in der Unions-Fraktion, Marco Wanderwitz (CDU), bemängelt, was den jüngeren Generationen versprochen worden sei, werde „nicht geliefert“.

**Kritik zurückgewiesen** Die pflegepolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Christine Aschenberg-Dugnus, lässt die Kritik so nicht gelten. Mit den vereinbarten Eckpunkten sei „endlich der Einstieg in die freiwillige private Zusatzvorsorge für das Pflegeisiko gemacht“. Schließlich lasse sich nicht „alles, was in den letzten Jahren versäumt“ wurde, „auf einen Schlag“ beheben. „Der Weg für eine bessere Pflege ist aber gebnet“, betont die FDP-Abgeordnete. Auch der Pflege-Experte der Unions-Fraktion, Willi Zylajew (CDU), findet lobende Worte: „Die Eckpunkte zeigen deutlich unsere Schwerpunkte auf, nämlich erstens eine bessere Berücksichtigung von Demenzkranken, zweitens

eine weitere Stärkung des Grundsatzes ‘ambulant vor stationär’ und drittens die Entlastung von pflegenden Angehörigen.“ Die Oppositionsfaktionen plädieren unterdessen für die Einführung einer Bürgerversicherung auch in der Pflege und haben dazu jeweils eigene Ansätze entwickelt. Im Bundestag steht zum Thema Reform der Pflegeversicherung ein Jahr harter Auseinandersetzungen bevor.

Monika Pilath

## »KOMPAKT

> **Demenzkranke** Altersverwirrten Menschen will die Bundesregierung „kurzfristig verbesserte Leistungen“ gewähren.

> **Pflegende** Wer Angehörige zu Hause pflegt, soll leichter „eine Auszeit“ und Reha-Maßnahmen durchsetzen können.

> **Beitrag** Der Beitragssatz der sozialen Pflegeversicherung soll zum 1. Januar 2013 um 0,1 Punkte auf 2,05 (Kinderlose: 2,3) Prozent steigen. Erwartete Mehreinnahmen: 1,1 Milliarden Euro.

> **»Pflege-Bahr«** Den Aufbau einer freiwilligen zusätzlichen privaten Pflegeversicherung will die Bundesregierung steuerlich à la Riesterreife fördern.

## NS-Vergangenheit im Fokus

**KULTUR UND MEDIEN** Im Jahr 2012 gehört der Vergangenheit die Zukunft. Der Ausschuss für Kultur und Medien wird sich mit dem Erhalt des kulturellen Erbes befassen und will zudem die nationalsozialistische Vergangenheit deutscher Ministerien aufklären. Letzteres ist den Oppositionsfaktionen ein besonderes Anliegen.

Die Linksfaktion fordert in einem Antrag (17/3748) eine generelle Aufklärung der „NS-Vergangenheit in Bundesministerien“. Die SPD-Fraktion will laut Antrag (17/6297) deren Geschichte der „frühen Nachkriegszeit hinsichtlich NS-Vorgängereinrichtungen“ untersuchen. Die „Kontinuitäten und Brüche“ dieser Zeit müssen laut Grünen-Antrag (17/6318) analysiert werden. Die Fraktion fordert zudem in weiteren Vorlagen (17/4696, 17/4586) die Veröffentlichung entsprechender Berichte über das Verbraucherschutzministerium und eine Diskussion über die „Verantwortlichkeit der Bundesregierung“ in den Fällen der beiden Kriegsverbrecher Klaus Barbie und Adolf Eichmann.

Fraktionsübergreifend begrüßen die Abgeordneten die Einrichtung der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB). Sie soll bereits in diesem Jahr online gehen und jedermann den virtuellen Zugriff auf Bücher, Bilder und weitere Inhalte ermöglichen. Die Digitalisierung des kulturellen Erbes wird den Ausschuss trotzdem weiterhin beschäftigen. Die FDP-Fraktion fordert eine „Digitalisierungsoffensive“ (17/6315), die SPD-Fraktion will sie „beschleunigen“ (17/6296) und die Linksfaktion will sie als „gesamtstaatliche Aufgabe umsetzen“ (17/6096).

Außerdem will der Ausschuss 2012 seine Expertengespräche zur „Zukunft des Qualitätsjournalismus“ fortsetzen. Als mögliche Schwerpunkte gelten neben der Pressefreiheit in Europa auch die Ausbildung und die soziale Lage von Journalisten.

ver

## Wagt München neuen Anlauf?

**OLYMPIA** Der Sportausschuss richtet seinen Blick im Supersportjahr 2012 mit Fußball-EM und Olympischen Sommerspielen in die olympische Zukunft. Neben der Frage, ob sich München nach der gescheiterten Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018 sofort wieder für die Spiele 2022 bewerben soll, wird auch der Stand der Vorbereitung auf die Olympischen Winterspiele im russischen Sotschi 2014 diskutiert. Ein Dauerbrenner bleibt der Anti-Doping-Kampf. So soll der Evaluierungsbericht der Bundesregierung über die Anwendung des Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport ebenso Thema im Ausschuss werden wie der Anti-Dopingbericht 2011. Dem Problem der Gewalt in und um Fußballstadien wird sich der Ausschuss ebenfalls annehmen. Doch nicht immer steht nur der Spitzensport im Mittelpunkt der Beratungen. Die Abgeordneten wollen sich auch dem Thema „Sport und Adipositas“ (Fettleibigkeit) „insbesondere bei Kindern und Jugendlichen“ widmen. Diskutiert werden soll auch der Glücksspielstaatsvertrag und der „Nachhaltige Sportstättenbau in Zeiten des demographischen Wandels und der Urbanisierung“.

hau

## Alphabetisierung soll gefördert werden

**BILDUNG** Bund und Länder planen »Grundbildungspakt«. SPD mit eigenem Antrag

Im Bildungsbereich steht im Jahr 2012 unter anderem die Alphabetisierung im Fokus. So wird sich der Bildungsausschuss mit einem „Grundbildungspakt“ beschäftigen, auf den sich Bund und Länder geeinigt haben. Die SPD-Fraktion hatte bereits im Frühjahr 2011 in einem eigenen Antrag (17/5914) einen Grundbildungspakt gefordert. Ziel der Abgeordneten ist es, die Zahl der Analphabeten in Deutschland zu halbieren. Nach Plänen der SPD soll der Bund jährlich mindestens 20 Millionen Euro für den Pakt bereitstellen. Im Februar gibt es zu dem Thema ein öffentliches Fachgespräch im Bildungsausschuss.

**Statistik** Eine 2010 vom Bildungsministerium in Auftrag gegebene Studie hat ergeben, dass in Deutschland rund 2,3 Millionen Analphabeten leben. Sie können einzelne Wörter lesen und schreiben, aber keine ganzen Sätze. Rund 7,5 Millionen Menschen sind darüber hinaus von funktionalem Analphabetismus betroffen: Sie können einzelne Sätze lesen oder schreiben, jedoch keine Texte. Von ihnen sind laut Studie etwa 57 Prozent erwerbstätig. Der Grundbildungspakt soll sich nach Regierungsplänen in mehrere Bereiche gliedern und Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und weitere gesellschaftliche Akteure vernetzen. Unter anderem sollen Alphabetisierung und Grundbildung am Arbeitsplatz ausgebaut werden und die Unternehmen für Grundbildungsdefizite sensibilisiert werden. Alphabetisierung soll zudem Bestandteil der

Arbeitsmarktförderung werden: Die Unterstützung der Lese- und Schreibkompetenz soll dazu beitragen, Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Auch außerhalb von Arbeitsplatz und Arbeitsmarkt sind Initiativen geplant: Länder und Kommunen wollen Grundbildungszentren in Volkshochschulen oder Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Familienzentren und Schulen schaffen. Ergänzend soll die Alphabetisierungs- und Grundbildungsarbeit weiter professionalisiert und die Forschung zu diesen Themen ausgeweitet werden. So wird ein Programm

zur arbeitsplatzorientierten Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Alphabetisierung und Grundbildung mit rund 20 Millionen Euro starten.

**Unis und Hochschulen** Auch die Hochschulen werden die Bildungspolitik in diesem Jahr beschäftigen: So könnten die doppelten Abiturjahrgänge auch in diesem Jahr noch eine Herausforderung darstellen. Der Qualitätspakt Lehre geht in die zweite Förderrunde, zudem sollen die Geistes- und Sozialwissenschaften stärker gefördert werden.

Tatjana Heid

## FÜNF FRAGEN ZUR: LESE- UND SCHREIBKOMPETENZ



PETER HUBERTUS  
Geschäftsführer des Bundesverbandes Alphabetisierung und Grundbildung

»Wir tun uns besonders schwer damit, Hilfen für Betroffene umzusetzen.«

**In Deutschland leben fast zehn Millionen Menschen, die nur unzureichend lesen und schreiben können. Wie sieht es in anderen Ländern aus?**

Es gibt in allen Wissensgesellschaften das Phänomen, dass Erwachsene keine ausreichenden Lese- und Schreibkompetenzen haben, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden. Insofern ist das keine deutschlandspezifische Situation. Aber wir tun uns besonders schwer damit, Hilfen für Betroffene umzusetzen.

**Wo liegen die größten Defizite im Umgang mit Analphabetismus?**

Die größten Defizite bestehen darin, Erwachsene zu motivieren, Lernangebote wahrzunehmen. Dort wird zu wenig gemacht. Es ist auch ein Problem, dass Menschen ohne Arbeit kaum intensive Lernmöglichkeiten haben. Hier gibt es keine Finanzierung. Außerdem brauchen wir nicht nur einzelne Projekte, sondern eine verlässliche Infrastruktur für die Alphabetisierungsarbeit.

**Viele Betroffene schämen sich. Wie kann man sie erreichen?**

Es ist wichtig, dass die Betroffenen sich selbst für ihre Interessen und die ihrer Mitbetroffenen einsetzen. Hier gibt es gute Ansätze. So wird dem Vorurteil begegnet, diese Menschen seien weniger intelligent. Sie sind – auch notgedrungen – sehr clever, schließlich bewältigen sie eine doppelte Herausforderung: Sie müssen den Anforderungen der schriftlichen Welt gerecht werden, und das so organisieren, dass ihre Probleme nicht auffallen.

**Welche Ursachen hat Analphabetismus?**

Manche Jugendliche verlassen die Schulen ohne ausreichend lesen und schreiben zu können. Das liegt zwar auch an den Schulen, dennoch müssen wir feststellen, dass die Chance auf Bildung sozial vererbt wird. Hier muss die Gesellschaft kompensatorisch eingreifen: Alle Bildungseinrichtungen vom Kindergarten an müssen einen Beitrag leisten. Das Problem wird sonst von den El-

tern an die Kinder weitergegeben. Dieses Schwarze-Peter-Spiel können wir uns nicht leisten.

**Regierung und Länder planen 2012 einen Grundbildungspakt zur Förderung der Alphabetisierung. Wie bewerten Sie das Konzept?**

Der Pakt ist eine historische Chance. Allerdings verhindert das Kooperationsverbot nach wie vor ein konsistentes Angebot. Die Länder werden hoffentlich demnächst mehr tun als bisher und der Bund wird weitere Projekte fördern. Aber zusätzlich muss ein dritter Bereich in den Blick genommen werden, der bundesweit die Ansprache und Beratung von Betroffenen sowie eine Medienkampagne etabliert. Das ist keine Sache, die länderweise erfolgen kann oder die projektbezogen in wenigen Jahren abgearbeitet ist. Diese Vorhaben müssen die Pfeiler der Alphabetisierungsarbeit werden. Aber eine Verzahnung ist noch nicht erkennbar.

Die Fragen stellte  
Tatjana Heid.



Alphabetisierungskurs in München: Fast 10 Millionen Menschen in Deutschland können nur unzureichend lesen und schreiben.

# Fahren auf Sicht

**EUROPA** Trotz Gipfeldiplomatie in hoher Frequenz herrscht in der EU weiter Unklarheit über den Weg aus der Finanzkrise

Das neue Jahr wird so beginnen, wie das alte endete: Mit einem EU-Gipfel. Voraussichtlich noch im Januar will EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy die 27 Staats- und Regierungschefs nach Brüssel einberufen und die Konsequenzen aus den Beschlüssen vom Dezember besprechen. Acht EU-Gipfel fanden im abgelaufenen Jahr statt, ein Rekord in der Geschichte der EU. Im Oktober tagten die Staats- und Regierungschefs gar zwei Mal in derselben Woche, auch das ein Novum. Dem Ziel, die europäische Wirtschafts- und Währungsunion künftig krisenfester zu gestalten und damit den Euro zu stabilisieren, sind sie bisher jedoch nur in kleinen Schritten näher gekommen.

Deshalb wird die EU auch 2012 in ihrem Krisen-Modus verharren. Zu viele Probleme sind unerledigt, als dass eine schnelle Rückkehr zum routinemäßigem Arbeitsmodus vor der Krise absehbar wäre. „Diese Gemühtlichkeit auf hohem Niveau, wo man keine großen Sorgen hat, weil die Dinge ohnehin funktionieren, das wird eine Zeit lang vorbei sein“, sagte die österreichische Finanzministerin Maria Fekter. 2011 war aber nicht nur wegen der zahlreichen Krisensitzungen ein Ausnahmejahr. 2011 war auch das Jahr, in dem Tabus fielen. 2011 war das Jahr, in dem der Ton in der EU rauer wurde, in dem die Sichtweise nationalistischer wurde und in dem sich das Gewicht zwischen den Institutionen deutlich verschoben hat. All dies deutet darauf hin, dass 2012 sogar noch turbulenter werden könnte. Denn die alten Gewissheiten existieren nicht mehr.

**Die alte Vorstellung, dass die Eurozone in ihrer Größe unabänderlich ist, ist dahin.**

**Kollektiver Katzenjammer** Der größte Einschnitt im vergangenen Jahr war ohne Zweifel, dass das bisher Undenkbare laut ausgesprochen wurde: Dass ein Land die Eurozone verlassen könnte. Als der damalige griechische Ministerpräsident Georgios Papandreu Ende Oktober völlig unerwartet ein Referendum seines Landes ankündigte, gaben ihm Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy im Vorfeld des G20-Gipfels in Cannes sehr deutlich zu verstehen, dass sie sich den Euro auch ohne Griechenland vorstellen könnten. Die alte Vorstellung, dass die Eurozone in ihrer Größe unabänderlich ist, war dahin. Und die Zukunft der EU ist offener denn je.

Was die Krise für die politischen Akteure so zermürbend macht, ist die Tatsache, dass niemand auch nur annähernd weiß, in welchem Stadium man sich befindet. Nach den

EU-Gipfeln ging im vergangenen Jahr jedes Mal ein kollektiver Seufzer der Erleichterung durch Europa. Selbst die Börsen teilten die Euphorie. Wenige Tage danach setzte dann aber meist kollektiver Katzenjammer ein, weil sich die Beschlüsse im Detail als unzureichend oder übermäßig komplex herausstellten. Da wundert es nicht, dass sich Politiker zunehmend macht- und einfluss fühlen – was wiederum die Stimmung anschwellen lässt. So bezeichnete der ungarische EU-Kommissar für Soziales László Andor die Gipfelbeschlüsse zur Fiskalunion schlicht als „einen Witz“. Diplomatie ist etwas anderes.

**Nationalistische Töne** In der Krise hat der Nationalismus deutlich zugenommen. Das zeigt sich im Kleinen, wenn Länder etwa die Arbeit der europäischen Bankenaufsicht Eba behindern, um nationale Champions zu schützen. Im Großen hat es sich am deutlichsten manifestiert, als Großbritannien Merks Konzept einer Fiskalunion ablehnte und einen Alleingang bevorzugte. Die Kanzlerin kommentierte dies am 20. Jahrestag der Unterschrift des Vertrags von Maastricht kühl mit dem Verweis, dass die Briten ja auch ohne Euro auskämen. Aber die ablehnende Haltung Großbritanniens kommt trotzdem zu einem ungünstigen Zeitpunkt für Europa. Eine Spaltung tut der Gemeinschaft nicht gut. In einer viel beachteten Rede betonte der polnische Außenminister Radek Si-

korski kürzlich in Berlin, dass die Gemeinschaft aktuell zwei Optionen habe: „Engere Integration oder den Zusammenbruch“. Angela Merkel zielt mit der von ihr angestoßenen Fiskalunion auf Ersteres. In diesem Jahr schon sollte klarer werden, ob sich das Ziel weiterer Integration im aktuellen Klima überhaupt erreichen lässt.

Bis März soll der zwischenstaatliche Vertrag stehen, den die 26 EU-Staaten ohne Großbritannien beim Dezember-Gipfel beschlossen haben. Schon jetzt zeichnen sich in den Mitgliedsländern Vorbehalte ab. Der französische Präsidentschaftskandidat François Hollande etwa möchte die Beschlüsse am liebsten komplett kippen.

**Rolle der Institutionen** Auf dem Weg zu mehr Integration stellt sich die spannende Frage, wer denn überhaupt die politische Führung übernehmen wird. Die EU-Kommission, die dafür prädestiniert wäre, ist seit Ausbruch der Krise vor über zwei Jahren von den Mitgliedstaaten mehr und mehr an den Rand gedrängt worden. EU-Präsident José Manuel Barroso hat sein verbleibendes An-



**EUROPA UND DIE WELT 2012** ▶▶

Viele Stimmen an einem Tisch: Auch im neuen Jahr bleiben die EU-Mitglieder in der Krise gefordert, womöglich noch stärker als im Jahr 2011.

sehen vergangenen Sommer verspielt, als er in einem ungeschickten Brief die europäischen Politiker zu mehr Eile bei der Eurorettung aufrief und so die Finanzmärkte auf Talfahrt schickte. Berliner Spitzenbeamte zeigen mittlerweile unverhohlen, dass sie Barroso nicht ernst nehmen.

Die Kanzlerin hat mit ihrem Vorstoß zu einer Fiskalunion gezeigt, dass sie durchaus gewillt ist, die Führung zu übernehmen. Allerdings ist eine Führungsrolle für Deutschland immer schwierig, heißt es doch schnell, Deutschland wolle die Gemeinschaft dominieren. Zeigt sich Deutschland dagegen zögerlich, was bei der Euro-Rettung durchaus der Fall war, wird der Vorwurf der Führungsunfähigkeit laut. Polens Außenminister Sikorski forderte bei einer Rede En-

de November Deutschland sehr deutlich auf, in Europa aktiv zu werden: „Ich fürchte deutsche Macht weniger, als dass ich deutsche Untätigkeit zu fürchten beginne“ (siehe Seite 1).

Merkel war bisher klug genug, auf die deutsch-französische Achse zu setzen. Die enge Abstimmung mit Frankreich ließ den Begriff Merkozy entstehen, der jedoch in die Irre führt. Deutschland spielt derzeit eine ungleich größere Rolle als Frankreich.

Je wichtiger die Mitgliedstaaten werden, desto mehr muss das Europäische Parlament darauf achten, nicht an Einfluss zu verlieren. Der wachsende Intergouvernementalismus, der direkte Draht zwischen Berlin und Paris, ist keine gute Neuigkeit für die Europa-Abgeordneten.

„Scheitert der Euro, dann scheidet Europa“, hat die Kanzlerin mehrfach betont. Diese Erkenntnis teilen viele in Europa. Aber zum jetzigen Zeitpunkt zeichnet sich nicht ab, dass Einigkeit über die Wege aus der Krise herrschen würde. Der scheidende polnische Ratspräsident Donald Tusk bemerkte kürzlich, dass sich die Einigkeit in Europa im vergangenen Halbjahr nicht erhöht habe.

Im kommenden Jahr müssen Länder wie Italien und Spanien umfangreiche Kredite an den Finanzmärkten aufnehmen. Das europäische Krisenmanagement dürfte erneut getestet werden. Selbst wenn den Europäern die Euro-Rettung gelingen sollte, haben sie international schon viel Ansehen verspielt. „Die Europäer machen sich kein Bild davon, wie verärgert und frustriert die Welt über das

europäische Krisenmanagement ist“, sagt Ted Truman vom Washingtoner Thinktank Peterson Institute, der als Sherpa für US-Finanzminister Timothy Geithner gearbeitet hat. US-Präsident Barack Obama betont zwar, dass sein Land Interesse an einer schnellen Lösung der europäischen Probleme hat, möchte aber beispielsweise nicht die Mittel des Internationalen Währungsfonds aufstocken, wie das den Europäern vorschwebt. Auch aus Ländern wie China und Brasilien kommen verstärkt kritische Töne. Europa kann in Zukunft auf der internationalen Bühne nur selbstbewusst auftreten, wenn es den Euro erhält. *Silke Wettach*

Die Autorin ist EU-Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

## Schritt für Schritt zurück

**AFGHANISTAN** Bundestag plant Absenkung der maximalen Truppenstärke auf 4.900 Soldaten

Der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan nimmt 2012 erstmals konkrete Formen an. Erstmals sieht der Regierungsantrag (17/8166) zur Verlängerung des Isaf-Mandats (Isaf: Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe) eine Absenkung der Obergrenze der eingesetzten Bundeswehrsoldaten vor. Ab Februar sind demnach nur noch bis zu 4.900 Soldaten in Afghanistan vorgesehen. Gegenwärtig sind maximal 5.350 Bundeswehrsoldaten in dem Land am Hindukusch stationiert. Die Kosten für die Fortsetzung der deutschen Beteiligung am Isaf-Einsatz belaufen sich dem Antrag zufolge bis Ende Januar 2013 auf etwas mehr als eine Milliarde Euro. Die Abgeordneten werden den Antrag voraussichtlich noch im Januar abschließend beraten. Neben den Koalitionsfraktionen hat auch die SPD in der ersten Lesung des Regierungsantrags im Dezember ihre Zustimmung signalisiert. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen wollen nicht zustimmen.

Die wirtschaftliche und soziale Transformation eines der ärmsten und am wenigsten entwickelten Länder der Welt bleibe eine „Generationsaufgabe“, schreibt die Bundesregierung weiter. Im Hinblick auf Qualität und Transparenz von Regierungsführung und Demokratie sei in Afghanistan noch einiges zu leisten. In den vergangenen zehn Jahren habe das Land mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft aber gezeigt, dass es jenseits der Gewalt eine Perspektive für seine Bürger bieten kann. Diese positive Entwicklung trage mittel- und langfristig zu Sicherheit und Stabilität in Afghanistan bei.

**Krisenherd Afghanistan** „Unser Ziel bleibt es, dass von Afghanistan nie wieder eine Gefahr für die Welt ausgeht“, heißt es in dem „Bericht der Bundesregierung zur Lage in Afghanistan 2011“, der als Unterrichtung (17/8180) vorliegt. Aus dem Krisenherd Afghanistan müsse ein souveräner

und verantwortlicher Staat werden, der als gleichberechtigtes Mitglied der Staatengemeinschaft nachhaltig zu Frieden und Stabilität in der Region beiträgt. Eine dauerhafte Stabilisierung des Landes erfordere einen politischen Friedensprozess, der die Einbeziehung der legitimen Interessen aller afghanischen Gruppen ermöglicht. Dies schließt auch die Taliban ein.

Wie aus dem Bericht weiter hervorgeht, hat das militärische und zivile Engagement in den vergangenen zehn Jahren den „Aufbau eines afghanischen Staats ermöglicht, der ab Ende 2014 selbst für seine Sicherheit sorgen soll“. Die afghanischen Sicherheitskräfte hätten mit 305.600 Mann ihre Sollstärke von 352.000 fast erreicht. Jetzt liege der Schwerpunkt auf der weiteren Qualifizierung von Polizei und Armee. Diese Aufgabe werde auch nach dem Abzug der internationalen Kampftruppen 2014 fortbestehen. Der Trend einer sich von Jahr zu Jahr verschlechternden Sicherheitslage sei vorerst gebrochen, heißt es in dem Bericht. Die Sicherheitslage habe sich 2011 trotz spektakulärer Anschläge konsolidiert. Im Hinblick auf Regierungsführung und Demokratie bleibe in Afghanistan noch viel zu tun. Die Menschenrechtslage in dem Land verbessere sich, allerdings nur langsam. So seien die universellen Menschenrechte in der afghanischen Verfassung zwar verankert, aber bei Weitem noch nicht verwirklicht.

**Friedensprozess** Anfang Dezember vorigen Jahres fand in Bonn die internationale Afghanistan-Konferenz statt, auf der Vertreter aus 85 Ländern über die Zukunft des Landes nach dem Abzug der internationalen Truppen 2014 berieten. Ihre Zusage: Die internationale Staatengemeinschaft wird Afghanistan auch über dieses Datum hinaus unterstützen. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) sicherte deutsche Hilfen für den zivilen Aufbau mindestens bis 2024 zu. Die Befriedung des Landes und



Besuch des Verteidigungsministers Thomas de Maizière (CDU) bei den Bundeswehrsoldaten in afghanischen Masar-i-Sharif

den politischen Versöhnungsprozess mit den Taliban, soll das Land zunehmend selbst in die Hand nehmen. Außerdem fordert die Staatengemeinschaft auf der Konferenz, Kabul solle mehr Reformen einleiten sowie Drogenhandel und Korruption stärker bekämpfen.

Konkrete Zahlen wurden in Bonn nicht festgelegt. Über Höhe und Zeitraum der finanziellen Zusagen der Staatengemeinschaft soll eine Geberkonferenz im Juli in Tokio entscheiden.

Der amerikanische Präsident Barack Obama will in Mai einen zweitägigen Nato-Gipfel zum Militäreinsatz in Afghanistan veranstalten. Das Treffen soll am Rande des Gipfels der acht bedeutendsten Wirtschaftsnationen (G8) in Obamas Heimatstadt Chicago stattfinden. Obama hofft sicherlich, dass Afghanistan bis dahin noch einmal stabiler geworden ist und der afghanische Präsident Hamid Karzai fester im Sattel sitzt. Und es wäre nicht verwegen zu sagen: Deutschland hofft mit ihm. *Bernard Bode*

## Was vom Gipfel übrig ist

**FISKALPAKT** Gemeinsamer Sparplan und viele offene Fragen

Es soll der Durchbruch sein, der die Europäische Union und damit auch den Euro in eine neue Stabilitäts- und Fiskalunion überführt. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich im Dezember beim EU-Gipfel in Brüssel darauf, bis März 2012 neben dem Vertrag von Lissabon einen neuen Pakt – den „Euro-Plus-Vertrag“ – mit strikteren Regeln zum Schuldenabbau und engerer wirtschaftspolitischer Koordination abzuschließen. Der Sparverpflichtung der 17 Euro-Staaten schlossen sich neun der zehn Nicht-Euro-Länder in der EU an. Einzig Großbritannien weigerte sich. Mit seinem Nein zu einer EU-Vertragsreform hat der britische Premier David Cameron dabei nicht nur die EU vor den Kopf gestoßen, sondern auch in seiner Heimat viel Kritik geerntet.

**Rettungsschirm** Zugleich einigten sich die Regierungen auch auf weitere Schritte, um angeschlagene Euro-Staaten notfalls besser unterstützen zu können. Dazu gehört die auf Juli 2012 vorgezogene Aktivierung des dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM. Er soll den provisorischen Rettungsschirm EFSF ablösen und erfordert von den teilnehmenden Staaten nunmehr eine reale Einlage und nicht – wie bisher – nur Garantien. So wird der ESM nicht nur mit Bürgschaften über 720 Milliarden Euro ausgestattet, sondern auch mit einem Kapitalstock in Höhe von 80 Milliarden Euro. Deutschland zahlt dabei 21,7 Milliarden Euro in fünf Raten ein. Zumindest die erste Tranche über 4,3 Milliarden Euro wird dabei vorgezogen, damit der ESM früher einsatzfähig ist. Ursprünglich sollten die Beträge mit Blick auf die Schuldenbremse in fünf Jahrestanchen ab 2013 überwiesen werden. Offen ist bislang, welche Summen zu welchem Zeitpunkt freigegeben werden können. Wegen der deutschen Zahlungen hat sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bereits für einen Nachtragshaushalt ausgesprochen (siehe Seite 12).

Auch soll der Internationale Währungsfonds (IWF) künftig eine größere Rolle bei Rettungsaktionen spielen. So prüfen die EU-Staaten, dem Fonds über ihre Notenbanken bilaterale Kredite von insgesamt 200 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen – dabei sollen 150 Milliarden Euro von den Euro-Ländern kommen und 50 Milliarden von den zehn Nicht-Euro-Staaten in der EU. Damit haben sich Deutschland und Frankreich weitgehend durchgesetzt. Sie wollten erreichen, dass vom EU-Gipfel ein starkes politisches Signal für eine engere Zusammenarbeit der Euro-Zone ausgeht.

**Rechtliche Bedenken** Das „starke Signal“ aus Brüssel wirft allerdings die Frage auf, ob sich der Fiskalpakts durchsetzen lässt. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Staatspräsident Herman Van Rompuy bestätigten, dass der geplante zwischenstaatliche Vertrag von 26 Staaten juristische Probleme aufwerfe. Rechtlich betrachtet, werde es nicht einfach sein, den Fiskalpakts bindend zu machen. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) will prüfen lassen, ob die Brüsseler Gipfelbeschlüsse mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vereinbar sind. Es müsse geklärt werden, ob sich verfassungsrechtliche Probleme etwa „durch direkte Eingriffe der EU-Kommission oder eines europäischen Währungskommissars in die nationalen Haushalte und damit das parlamentarische Budgetrecht ergeben“, sagte Lammert.

Trotz aller besonders an den Finanzmärkten geäußerten Enttäuschungen über die schleppende Lösung der Krise genießt die Euro-Zone weiter Kredit. Der Euro-Rettungsschirm EFSF konnte vor Weihnachten ohne Probleme wieder knapp zwei Milliarden Euro bei Investoren einsammeln. Und Spanien musste für Einjahrespapiere im Wert von fünf Milliarden Euro vier Prozent Zinsen zahlen – nach mehr als fünf Prozent bei der vorhergehenden Auktion. *Christoph Birnbaum*

# Auf dem Weg

**ARABISCHER FRÜHLING** Den Umstürzen folgt ein Wahlmarathon. Ob der in diesem Jahr jedoch die Demokratie in den Nahen und Mittleren Osten bringt, bleibt völlig offen



EUROPA UND DIE WELT 2012 ▶▶

Die Proteste gehen weiter: Ägypter fordern im November 2011 auf dem Tahrir-Platz in Kairo einen Machtwechsel.

Morgen werden abermals Millionen Ägypter zu den Urnen strömen. Dann wird die dritte und letzte Wahl- etappe für das erste neue Parlament nach dem Sturz von Husni Mubarak eingeläutet. Über zwei Monate zog sich der Wahlprozess hin. Der in Kairo regierende Militärrat hat das Nilland dreigeteilt. In jeder Etappe wählen neun Provinzen. Die Sicherheitskräfte könnten nicht gleichzeitig im ganzen Land den Wahlvorgang absichern, außerdem gebe es nicht genügend Juristen, um alle Wahllokale zu überwachen, heißt es zur Begründung. Denn die Verantwortung für einen fairen und demokratischen Ablauf des Urnengangs liegt in Ägypten in der Hand der Justiz. Setzt sich die Tendenz aus den ersten beiden Wahlgängen fort, so haben die islamischen Parteien einen fulminanten Sieg erungen. Sie werden die Mehrheit der Sitze bekommen und haben dadurch erheblichen Einfluss auf die neue Verfassung, die von diesem Parlament erarbeitet werden soll.

**Vertreter des Neuanfangs** Der Trend hin zu islamischen Parteien ist durchaus eine Folge des Arabischen Frühlings. Auch in Tunesien und Marokko sind die Islamisten die stärkste Kraft aus den Wahlen hervorgegangen. Im Jemen, wo Ende Februar Wahlen stattfinden sollen, ist ähnliches zu erwarten. Und auch in Libyen, wo im März gewählt wird, sind die islamischen Parteien auf dem Vormarsch. Das liegt zum einen daran, dass die vordem herrschenden Diktatoren keine ernst zu nehmende Konkurrenz, sprich Op-

positionsparteien, duldeten. Sie wurden verboten, deren Mitglieder verfolgt oder vom eigenen Sicherheitsapparat unterwandert, bis sie von innen heraus auseinanderfielen und sich auflösten. Allah und die Religion konnten indes nicht verboten werden, zumal der Islam in den meisten arabischen Ländern Staatsreligion ist. So bildeten sich religiöse Zirkel, die karitative Arbeit leisteten und durch Gebet und Spiritualität den Menschen den Alltag in der Diktatur erträglicher machten. Diese Basisarbeit kommt ihnen jetzt überall zugute. Ein weiterer Grund des Erfolgs islamischer Parteien liegt natürlich auch darin begründet, dass diese nicht Teil des früheren Establishments sind und unbefleckte Westen tragen. Viele ihrer Mitglieder waren im Gefängnis, sind misshandelt oder außer Landes getrieben worden, wie der Fall Rachid Ghannouchi in Tunesien zeigt. Und obwohl sie nicht Auflöser der Umbrüche waren, gelten sie doch als Vertreter des Neuanfangs, die einen umfassenden Regimewechsel möglich erscheinen lassen.

„Wenn die nichts bringen, wählen wir sie das nächste Mal wieder ab“, hört man dieser Tage oft in Ägypten, voller Vertrauen in die Fortsetzung des Demokratieprozesses. Erneute Wahlen werden also zeigen, ob sich die islamischen Parteien auf Dauer etablieren können. In allen Ländern des Arabischen Frühlings wird dieses Jahr reichlich gewählt: Parlament – erste und zweite Kammer – Präsident, Verfassung und unzählige Referenden. Ein regelrechter Wahlmarathon wird in Gang gesetzt. „Die arabische Welt wird nicht mehr dieselbe sein“, prophezeit Amr Moussa, früherer Chef der Arabischen Liga und potentieller Präsidentschaftskan-

didat Ägyptens. Doch die Einschätzung des Fortgangs dieser Umbrüche ist schwierig, da Natur, Hintergrund und Ziele der Protestbewegung von Land zu Land sehr unterschiedlich sind und eine enorme Differenzierung erfordert. Dabei ist eines im vergangenen Jahr über deutlich geworden: Die „arabische Welt“ gibt es nicht mehr, in der eine Gleichförmigkeit herrscht, die Diktaturen eigen ist.

**Keine klare Linie** Doch welchen Kurs diese Länder in Zukunft steuern, ist zumeist noch völlig offen. Der Sturm der Veränderungen ist noch nicht zu Ende. Nirgends zeichnet sich eine klare Linie ab. Ob in Syrien tatsächlich die letzte Stunde für Bashar

Assad geschlagen hat und im Jemen Ali Abdullah Saleh wirklich seine Macht abgibt, wird uns dieses Jahr hinreichend beschäftigen. Wie es in Marokko und Jordanien mit den Reformen der Königshäuser weitergeht und ob Saudi-Arabien wie ein Fels in der Brandung den Sturm übersteht oder doch Zugeständnisse machen muss? Ob es in Tunesien gelingen wird, eine Demokratie islamischen Zuschnitts zu etablieren, am Nil weiter die Militärs herrschen oder tatsächlich die Macht an eine Zivilregierung abgeben? Fragen, die für die Korrespondenten vor Ort eine enorme Herausforderung bedeuten, denn die Verwirrung ist in Umbruchzeiten auf allen Seiten groß.

Politische Umstürze brauchen Zeit, wie die Erfahrungen mit Osteuropa zeigen. Auch in der arabischen Welt handelt es sich um 20, wenn nicht gar mehr Länder und die dazugehörigen Regime mit einer Bevölkerung von mehr als 200 Millionen Menschen. Dabei sind Rückschläge nicht auszuschließen, wie man aus der Geschichte weiß.

Hinzu kommt, dass es kaum theoretische Konzepte für die Errichtung arabischer oder islamischer Demokratien gibt. Deshalb wird derzeit auch begeistert auf die Türkei geschaut, die sich als eines der wenigen Beispiele verstärkt als Vorbild anbietet. Für 2012 und für alle kommenden Jahre ist zu hoffen, dass der gezeigte Freiheitswille des Arabischen Frühlings nicht nachlassen wird. Einen Despoten zu stürzen, ist eine Sache. Ein Regime zu ändern, eine andere. Und freie Wahlen allein machen noch keine Demokratie.

Birgit Svensson

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin in Bagdad.

## Auf der Suche nach dem saubereren Wachstum

**ENTWICKLUNG** Beim Weltgipfel in Rio de Janeiro stehen die »Grüne Wirtschaft« und die Armutsbekämpfung im Mittelpunkt

Er gilt als Meilenstein für nachhaltige Entwicklung: Auf dem „Weltgipfel“ der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro verständigte sich die internationale Staatengemeinschaft 1992 erstmals auf eine globale Entwicklungspartnerschaft. Zum ersten Male diskutierte man hier im großen Rahmen die Herausforderung Umwelt- und Klimaschutz. 178 Staaten folgten damals einer simplen Einsicht: Die Ressourcen der Erde sind endlich. Sie verpflichteten sich unter anderem dazu, eigene nationale Strategien zu entwickeln: Um Armut zu bekämpfen und Umwelt und Artenvielfalt zu schützen. Im Juni 2012 treffen sich die Staats- und Regierungschefs erneut in der brasilianischen Metropole, nicht nur um Rio I zu bilanzieren, sondern auch – so wünscht es die UN – um die Entwicklung einer „Grünen Wirtschaft“ und den Kampf gegen Armut voranzutreiben.

In diese Richtung zielt auch ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen Union, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen (17/7182). In



Brandrodung im Regenwald

ihm fordern die Abgeordneten die Bundesregierung auf, „sich für eine deutliche Beschleunigung bei der weltweiten Transformation von nationalen Volkswirtschaften hin zu ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschaftsmodellen einzusetzen“. Auf internationaler Ebene machen die Abgeordneten zudem ein „Umsetzungs- und Koordinationsdefizit“ aus. Die Bundesregierung solle sich deshalb auch für institutionelle Reformen der UN-Organisation und eine Straffung der Aufgaben stark machen, fordert etwa der Unionsabgeordnete Marcus Weinberg. Für Michael Kauch (FDP) steht fest, dass Deutschland erkannt habe, dass „umweltverträgliches Wirtschaften“ nicht im Widerspruch zu Wachstum stehe, sondern im Gegenteil „Wachstumsmotor“ werden könne. Gerade dies stellen indes SPD, Grüne und Linke in Frage: Deutschland verfehle „regelmäßig die

selbst auferlegten Ziele zum Artenschutz“. Zudem lebten wir „immer mehr auf Kosten der kommenden Generationen, indem wir gigantische Schuldenberge auf türmen“, sagt Matthias Miersch von der SPD-Fraktion. Die Grünen-Abgeordnete Valerie Wilms leitet daraus die Forderung einer „demokratisch legitimierte globalen Regierung“ ab, die Standards für alle Länder setze. Und für die Linke wirft Ralph Lenkert der Koalition vor, von nachhaltigem Wachstum zu sprechen, bei der Armut in Deutschland aber nicht genau hinzuschauen. Kritik am Ziel einer „Grünen Wirtschaft“ kommt unterdessen von einigen Nichtregierungsorganisationen. Sie werfen den Industrieländern vor, mit einem „Green New Deal“ einen alten Wachstumsglauben fortzuschreiben und damit die Ursache der ökologischen und sozialen Krisen als Lösung zu verkaufen.

aha

## Sorge im Élysée-Palast

**FRANKREICH** Konkurrenz wächst vor Präsidentschaftswahl

Rund vier Monate vor der Präsidentschaftswahl ist noch völlig offen, wer Frankreich künftig führen und regieren wird. Der Amtsinhaber Nicolas Sarkozy strebt ein zweites Mandat an, hat seine Kandidatur aber noch nicht offiziell erklärt. Dies wird für Ende Januar erwartet. Sarkozys aussichtsreichster Herausforderer ist der Sozialist Francois Hollande. Der frühere Chef der Parti Socialiste (PS), der über keine Regierungserfahrung verfügt, setzte sich im Oktober in einer für alle Franzosen offenen Urwahl gegen vier Konkurrenten aus der PS und einer linken Splitterpartei durch. Einer repräsentativen Umfrage von Mitte Dezember zufolge käme Hollande im ersten Wahlgang auf 27 Prozent der Stimmen vor Sarkozy mit 24 Prozent. Bei einer Stichwahl zwischen beiden würde sich Hollande mit 57 Prozent gegenüber Sarkozy mit 43 Prozent durchsetzen.

**Knappe Entscheidung** Doch alles kann auch ganz anders kommen. Denn die Konkurrenz der Kandidaten ist groß. Über ein Dutzend Interessenten haben sich schon gemeldet. Nicht alle werden tatsächlich antreten können. Denn zur Kandidatur brauchen sie jeweils die Unterschriften von 500 Abgeordneten oder Bürgermeistern aus 30 Departements. Und die wird nicht jeder von ihnen bekommen. Dennoch werden sich die Stimmen vom linken wie rechten Wählerspektrum auf eine Vielzahl von Kandidaten aufsplitteln – wie bereits 2002 auf 16 Kandidaten und 2007 auf zwölf.

Auch Marine Le Pen vom rechtsextremen Front National sammelt Unterschriften für ihre Kandidatur. Die Tochter von Parteigründer Jean-Marie Le Pen käme der Umfrage zufolge derzeit auf 16 Prozent der Stimmen. Mit einem national-patriotischen Wahlkampf gegen Ausländer und gegen den Euro rechnet sie sich gute Chancen aus, den Überraschungscoup ihres Vaters zu wiederholen. Der hatte es in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl 2002 völlig unerwartet geschafft, den sozialistischen Favoriten und Premier Lionel Jospin aus dem Rennen zu werfen. Im Lager von Präsident Nicolas Sarkozy geht unterdessen die Angst um, der Staatschef selber könnte es womöglich gar nicht in die zweite Wahlrunde schaffen. Mit Sorge verfolgt der Élysée, dass sich immer mehr Kandidaten der Mitte melden, so etwa Ex-Premier Dominique de Villepin und vor allem der christdemokratisch-liberale Francois Bayrou. Der frühere Erziehungsminister – ein überzeugter Europäer –, der schon seit Jahren für den Abbau der öffentlichen Schuldenberge wirbt, schaffte es in knapp zwei Wochen auf 14 Prozent der Wählergunst. Politische Beobachter halten es deshalb durchaus für möglich, dass die Entscheidung in der ersten Runde sehr knapp ausfällt bei jeweils rund 20 Prozent für Sarkozy, Hollande, Le Pen und Bayrou. Dann wären für die zweite Runde alle Kombinationen vorstellbar.

Ursula Amtage, Paris

Die Autorin ist freie Korrespondentin.

## »Putin, Skier, Magadan!«

**RUSSLAND** Lautstarker Verdruss vor der Präsidentschaftswahl

Eigentlich gelten die russischen Präsidentschaftswahlen am 4. März als Formsache. Weil Wladimir Putin, Russlands starker Mann, kandidiert. Außer ihm treten sonst nur blasse Kandidaten an, sowie das übliche Personal: Nationalpopulist Wladimir Schirinowski, Kommunist Gennadi Sjuganow, Sergej Mironow, Führer der Duma-Fraktion von „Gerechtes Russland“ und ein alter Petersburger Vertrauter Putins, sowie der schon in den 1990er Jahren als ewig verhinderter Reform-er geltende Liberale Grigori Jawlinski. Sie alle sind lautstarke aber letztlich linientreue Oppositionelle. Auch der Wirtschafts-oligarch Michail Prochorow, der ebenfalls kandidieren will, gilt als Putin-Mann.

**Protest** Unabhängige politische Figuren, die Putin Konkurrenz machen könnten, wie etwa der Blogger und Korruptionsbekämpfer Alexei Nawalny, treten erst gar nicht an. „Weil die Wahlbehörden doch nur Kandidaten registrieren, die der Staatsmacht genehm sind“, so Nawalny. Trotzdem glauben viele Beobachter in Moskau, dass Putin bei diesen Wahlen Probleme bekommen wird. Denn außer mangelnder Konkurrenz sieht sich Russlands jahrzehntelanger Lieblingspolitiker plötzlich auch mit der Möglichkeit der Stimmenknappheit konfrontiert. Und mit einer wachsenden Protestbewegung.

Bei den jüngsten Massendemonstrationen gegen zehntausende Moskauer auf die Straße, um Putin nach Nordostsibirien zu wünschen: „Putin, Skier, Magadan!“ Nach Meinungsumfragen wollen nur 42 Prozent der

Wähler für Putin stimmen. Und das heißt: Putin droht ein zweiter Wahlgang. Spätestens bei den Duma-Wahlen Anfang Dezember ist die Stimmung in der Gesellschaft von apolitischem Stillschweigen in lautstarken Verdruss gekippt. Eine Überraschung bei der Wahl für das Präsidentenamt ist deshalb nicht auszuschließen. „Putin mag es im zweiten Wahlgang mit Sjuganow zu tun bekommen“, mutmaßt der Politologe Boris Meschujew. „Das könnte lustig werden.“ So bleibt der Staatsmacht nur die altbewährte, aber mittlerweile anrüchliche Methode: Durch Einschüchterung, Stimmenkauf und Wahlmanipulation Putins Ergebnis schon in der ersten Runde auf über 50 Prozent zu hieven. Das aber wird die neue Opposition zusätzlich mobilisieren, die sich vor allem als Opposition gegen Wahlfälschungen versteht. Schon jetzt sagt Nawalny, Putin werde kein legitimer Präsident sein. „Natürlich streben wir neue, faire Präsidentschaftswahlen an.“ Die Opposition hofft auf Straßenproteste, so massenhaft, dass sie das Regime zwingen, abzutreten. Putin selbst verspottet die Demonstranten mit altbekannter Rhetorik: Sie seien für Geld auf die Straße gegangen, würden von Kräften aus dem Ausland organisiert. Mittlerweile hat sich der Kreml auf sie zu bewegt: Noch-Präsident Medwedew kündigte unter anderem eine vereinfachte Zulassung von Parteien und die Wiedereinführung der Direktwahl der Provinzgouverneure an.

Stefan Scholl, Moskau

Der Autor ist freier Russland-Korrespondent.

## Der Traum verblasst

**USA** Der nächste Präsident steht vor riesigen Herausforderungen

Im Kampf um das Weiße Haus deutet alles auf einen Wettstreit zwischen Barack Obama und Newt Gingrich, ehemaliger Sprecher des Repräsentantenhauses, sowie Mitt Romney, früher Gouverneur von Massachusetts, hin. Wer für die Republikaner gegen den demokratischen Amtsinhaber ins Rennen geht, wird im Laufe des Vorauswahlmarathons in Amerika erst im Frühjahr absehbar sein. Wer auch immer nach der Wahl am 6. November dann Anfang 2013 als neuer US-Präsident in Washington vereidigt wird: Den künftigen Chef im Weißen Haus erwarten riesige Herausforderungen.

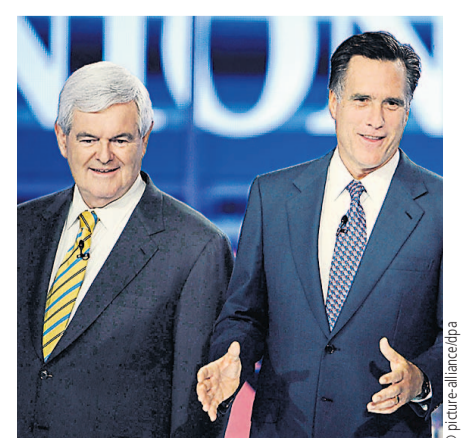
Die Supermacht ist in schlechter Verfassung. Die Infrastruktur zeigt landesweit Spuren von 30 Jahren Vernachlässigung. Die Krise auf dem Immobilienmarkt, die Hunderttausende um ihren Besitz gebracht hat, ist nicht ausgestanden. Weit über 20 Millionen Amerikaner sind ohne Job, und die gleiche Anzahl bewegt sich in Beschäftigungsverhältnissen, die man prekär nennen darf. 14 Millionen sind auf Lebensmittelkarten angewiesen.

**Soziale Schere** In der Mittelschicht ist der Glaube an den „american dream“ verblasst, wonach jeder die Chance zum Aufstieg hat, der hart genug dafür arbeitet. Die Einkommen der Mittelschicht stagnieren seit zwei Jahrzehnten. Dagegen haben die Reichen Zuwächse in dieser Zeit von mehr als 250 Prozent erzielt. Das Auseinanderdriften der Gesellschaft findet seinen Ausdruck in wachsender Wut auf die Entscheidungsträger in Washington. Die Zustimmungsraten für den Kongress, in dem sich die von der

Tea-Party-Bewegung radikalisierten Republikaner und die Demokraten regelmäßig blockieren, bewegen sich auf historischen Tiefständen. Um das Haushaltsdefizit von 15 Billionen Dollar abzutragen, sind bis 2022 pauschale Kürzungen in Höhe von 1,2 Billionen Dollar beschlossen. Hauptbetreffende: die vor Kostensteigerungen kollabierenden Sozialsysteme und das durch die Kriege im Irak und in Afghanistan aufgeblähte Militär. Dass der Verteidigungsetat um 500 Milliarden Dollar gekürzt werden soll, ist ein Politikum. Die Republikaner fürchten nicht nur den Wegfall von 1,5 Millionen Arbeitsplätzen. Sondern auch eine Schwächung der USA als globaler Streitschlichter.

Dirk Hautkapp, Washington

Der Autor ist Korrespondent der „WAZ“.



Herausforderer Gingrich (l.) und Romney





Zukunft und Vergangenheit: Im weltweit ersten Wasserstoff-Hybridkraftwerk in Prenzlau (links) wird aus nicht benötigter Windenergie Wasserstoff hergestellt. Das Kraftwerk in Berlin-Rummelsburg (rechts) wird mit Braunkohle beheizt. 2016 soll es geschlossen werden.

WIRTSCHAFT UND FINANZEN 2012 ▶▶

# Neues aus der Steckdose

**ENERGIEWENDE I** Eine Reise durch Deutschland auf den Spuren alternativer und herkömmlicher Energiequellen

Die Energiewende, das ist ein großes In-die-Hände-Spuken. Ein kräftiges Scheuern, und los geht es: „Uiih, das wird ja warm“, ruft Nick, die Augen weit geöffnet. Anja und Leander tun es ihm nach, reiben ihre Handflächen aneinander – und staunen über die Wärme. „Wie der Ofen da drüben“, sagt Rita Kantaut und zeigt in die Ecke. „Was eure Hände machen, macht da drüben der Strom aus der Steckdose.“ Willkommen im Haus der kleinen Forscher, in der Kita „Am Hain“ in Berlin-Friedrichshagen. Es ist Montag. In ihrer Werkstatt grübeln Nick, Anja, und Lea, alle drei Jahre alt, über alternative Stromgewinnung; altersgerecht aufbereitet durch ein Lehrprogramm einer Bildungsstiftung der Wirtschaft namens „Haus der kleinen Forscher“, die mit Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung naturwissenschaftliche Themen in die frühkindliche Erziehung einbringen will. „Woher kommt eigentlich der Strom für den Ofen?“, fragt Erzieherin Rita Kantaut. „Schaut mal her!“, sagt sie und verteilt handgroße Windräder mit grünen Lichtern, die aufleuchten, als die kleinen Forscher instinktiv pusten. „So kochen wir dann unseren Pudding“, jubiliert Anja. Wenn es nur so einfach wäre mit der Energiewende. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Markus Kerber, erklärte mit einem Bild, wie schwer es ist, die Energieproduktion zu reformieren: „Die deutsche Energiewende wird gelegentlich mit der Mondlandung verglichen“, schreibt Kerber in einem Gastbeitrag für die Zeitung „Die Welt“. „In puncto Komplexität geht sie aber weit darüber hinaus“, sagte er. Seit Ende Juni 2011 im Bundestag die Energiewende beschlossen wurde, diskutiert ganz Deutschland darüber, woher der Strom aus der Steckdose kommen soll. In der Kita „Am Hain“ ebenso wie im Bundestag oder am Stammtisch. Die Energiewende – eine Deutschlandreise.

weißes, grau gezieltes Häuschen, darauf blau gemalt: „Hybridkraftwerk“. Diese kleine Anlage macht möglich, dass man Wind tanken kann, dass Strom haltbar wird. „Damit wird Windkraft versorgungssicher“, sagt Werner Diwald. Lautlos ist es draußen wie drinnen. Was da in den 70 Stäben im Erdgeschoss bollert, erahnt man nur. „Das kennt man noch aus dem Chemieunterricht der siebten Klasse“, sagt der Vorstand der Betreiberfirma Enertrag. „In diesen Zellen spaltet eine Elektrolyse Wasser mit Hilfe des überschüssigen Stroms in Sauerstoff und Wasserstoff auf. „Im Chemieunterricht war das damals der Moment, in dem seltsame Blasen aufstiegen, und weißer Rauch. In Prenzlau fließt der Wasserstoff in die drei Tanks nach draußen. „Und liefern die Windräder nicht genug Strom, nutzen wir ein Blockheizkraftwerk“, sagt Diwald. „Das Gas mischen wir dazu mit dem Wasserstoff zur Energieerzeugung. Was es kostet, aus Wasserstoff wieder Strom zu machen, erfährt man nicht. Aber die Norm sieht so aus: Lastwagen bringen den Wasserstoff nach Berlin, zu einer Tankstelle am Ostbahnhof. Auch dort spricht man nicht gern über Geld. An der Total-Tankstelle stauen sich an einem Werktagmorgen die Autos. Diesel, Benzin oder Super, in der Rushhour um halb neun ist jeder Sprit begehrt – bis auf die beiden Zapfsäulen unter dem roten Banner mit weißen Lettern: „Wasserstoff –H2“. Kein Fahrzeug tankt hier. Hinter den Säulen rankt ein Holzhäuschen, und der Tankwart sitzt hin-

»Wir wollen Lösungen finden, bevor uns Öl und Gas ausgehen.«

Ove Tinnasand



Verbraucher von morgen: ein Kind im „Haus der kleinen Forscher“ in Berlin

ter einem Laptop. „Wir bedienen sechs bis acht Autos am Tag“, sagt Ove Tinnasand. Der Maschinenbauingenieur wurde vom norwegischen Ölkonzern Statoil nach Berlin geschickt. Noch gibt es nur einige wenige mit Wasserstoff betriebene Fahrzeuge, handgefertigt, für Firmen. Aber wer hier tankt, zahlt nicht mehr als für die Rohöldestillate. Wie viel die Station den Milliardenkonzern aus Stavanger kostet, weiß Tinnasand angeblich nicht. „Wir wollen halt Lösungen finden, bevor uns Öl und Gas ausgehen“, sagt Tinnasand und streicht sich über den Schnurbart. Immerhin zeigt der Wasserstoff Wege auf, wenn die Sonne mal nicht scheint, und der Wind nicht weht. Die regenerativen Energien boomen jedenfalls. Schon jetzt decken sie rund 20 Prozent der Stromerzeugung in Deutschland; bis 2020 sollen sie gemäß dem Energiekonzept der Bundesregierung mindestens 35 Prozent ausmachen.

**Fehlende Netze** Fragt sich nur, wie der Windstrom aus dem Norden in den weniger windigen Süden kommt? Eine Energiewende ohne den Ausbau des Stromnetzes wird es nicht geben. Doch dass die gewaltigen Infrastrukturausgaben oft stocken, zeigen hier an einem Donnerstag riesige Strommasten, die vor dem Örtchen Talkau im Kreis Herzogtum Lauenburg abrupt enden. Eigentlich will der Netzbetreiber 50Hertz hier eine „Windsammelschiene“ vorantreiben, Offshore-Windstrom aus der Ostsee von Schwerin nach Krümmel bei Hamburg bringen. Doch während die Trasse durch das Gebiet Mecklenburg-Vorpommerns längst fertig ist, endet sie vor der Grenze Schleswig-Holsteins, den letzten 20 Kilometern der Strecke. „Das Einverständnis der drei großen Waldbesitzer liegt längst vor“, schimpft Pressesprecher Volker Kamm am Telefon. „Es gibt tropfenweise einen Wunsch nach dem anderen von der Behörde.“ Er meint den Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr in Kiel. Der wendet, im Gegensatz zum Nachbarland, eine Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes an. „Warum die Behörde so lange für einen Planfeststellungsbeschluss braucht, erschließt sich uns nicht wirklich. Zumal man in Schwerin beträchtlich schneller war.“ Ob die Windsammelschiene wirklich nur deswegen nicht vorankommt, weil Bundesländer angeblich mit zweierlei Maß messen, unterschiedlich schnell arbeiten und unterschiedlich stark bürokratisch agieren – das lässt sich schwer feststellen. Aus Kieler Behördenkreisen jedenfalls reagiert man reserviert auf das Wehklagen von 50Hertz. Wie verlaubar, soll der Netzbetreiber „nicht rechtzeitig geliefert haben“. „Wir haben nicht mehr eingefordert als das, was recht-

lich vorgeschrieben ist, um das Verfahren wasserdicht zu machen.“ Immerhin: Beide, Land und Firma, sind optimistisch für das Jahr 2012. Wieder zurück in den Osten Berlins, in den Stadtteil Rummelsburg. Vorbei an verwiterten Vorgärten und von Grün überwucherten Müllhäuschen. Das letzte bewohnte Haus vor dem Heizkraftwerk Klingenberg trägt nur vietnamesische Namen an den Briefkästen. Hier ist nichts mehr Forschung, hier ist alles Tradition. Im Dezember 1926 wurde das Kohlekraftwerk in Betrieb genommen, und als die Arbeiter 1975 die alten Turbinen ausbauten, wirkten sie von innen wie neu. Die Augen von Georg Bartlau glänzen. „500.000 Wohneinheiten hängen an unserer Fernwärme.“ Der Produktionsleiter hat eine Mission. Jetzt im Winter soll kein Haushalt frieren. Dafür schaufeln zwei riesige Kräne heute 5.500 Tonnen aus den Prahmen, den Kähnen mit der Braunkohle aus der Lausitz. Das ist der Tagesverbrauch in Klingenberg.

Braunkohle ist das Stiefkind der Energiewende. Wegen des hohen Ausstoßes von Kohlendioxid passt es nicht mehr in die Zeit. Aber kein Land fördert mehr Braunkohle als Deutschland. Hier das Steuer umreißen ist mehr als ein kleiner Satz.

**Auslaufmodell Braunkohle** Im Kraftwerk riecht es nach Kohle, Staub legt sich auf den weißen Notzblock und ins Haar. Georg Batlau, 62, öffnet eine kleine Tür zum Kessel, dem innersten der Anlage. Weiße Ascheflocken tanzen durchs flirrende Orange des Feuers. 1000 Grad Celsius beißen entgegen. Georg Batlau zuckt mit den Schultern. „Auf lange Sicht geht es nicht mehr weiter, keine Frage“, sagt er. Für ihn ist 2014 Schluss. Dann geht er in Rente, nach 40 Jahren im Werk. 2016 dann wird auch im Heizkraftwerk der Stab übergeben: Gleich gegenüber entsteht ein neues Kraftwerk auf Basis von Gas und Biomasse; als Bestandteil einer Klimaschutzvereinbarung, die der Betreiber Vattenfall im Oktober 2009 mit dem Land

Berlin schloss. Georg Batlau schiebt mit einem kräftigen Ruck die Tür zum Heizkessel zu. „Noch wird man nicht wehmütig“, sagt er. „Aber das wird noch kommen.“ Die Reise entlang der Energiewende, vorbei an Neuem und Altem, zeigt vor allem eines: eine einfache, klare Lösung gibt es nirgendwo. Nur zähes Ringen. Und die Einsicht, dass die Erschließung neuer Energieformen leichter fällt, wenn Energie effizienter benutzt wird. Das hat das Haus der kleinen Forscher in der Kita „Am Hain“ herausgefunden. In der Werkstatt steigt Schokodüft vom Pudding auf. Die Kinder haben fürs Kochen doch den Strom aus der Steckdose genommen. Aber wenn schon, dann vielleicht drei Leuchtstäbe an drei Blockbatterien geschlossen. „Das ist ein bisschen viel Strom“, sagt Rita Kantaut. Da kommt den dreien eine Idee. Sie stecken alle Kabel an eine einzige Batterie. Drei Leuchtstäbe und drei Kindergesichter leuchten auf. Rita Kantaut lächelt: „Geht doch.“

Jan Rübel

## Verzögerung beim Masterplan

**ENERGIEWENDE II** Der Aufbruch ins regenerative Zeitalter ist teilweise ins Stocken geraten

Der Bundesumweltminister brachte es auf einen gemeinsamen Nenner: „Das Bekenntnis zur Energiewende war in allen Gesprächen vorhanden“, sagte Norbert Röttgen (CDU) am 16. November nach Gesprächen mit verschiedenen Branchenvertretern zur Energiewende. „Keiner stellt in Frage, sondern jeder will machen“, betonte Röttgen. Doch hier endet oft schon die Gemeinsamkeit. Denn an der Frage, wie die im Juni 2011 von der Bundesregierung beschlossene Energiewende umgesetzt werden soll, scheiden sich die Geister. Nicht nur zwischen den verschiedenen Branchen und zwischen Regierung und Opposition, sondern auch innerhalb der schwarz-gelben Koalition gibt es Meinungsverschiedenheiten. Der ambitionierte Masterplan, die Erneuerbaren Energien stärker zu fördern, die Stromnetze auszubauen und die Energieeffizienz zu verbessern, gerät in einigen Bereichen ins Stocken. So steckt derzeit das Gesetz zur steuerlichen Förderung bei der Gebäudesanierung im Bundesrat fest. Am 14. Dezember scheiterte im Vermittlungsausschuss erneut ein Einigungsversuch. Der Grund: Länder und Gemeinden wollen die dadurch verursachten Steuerbefreiungen nicht tragen. Bei den Erneuerbaren Energien kommt der Strom aus den Windparks in der Nordsee nicht in Gang. Nach Angaben der Deutschen Energie-Agentur (dena) befinden sich

derzeit 63 Windparks im Genehmigungsverfahren, von denen bislang aber nur 27 genehmigt sind. Sechs Windparks sind erst im Betrieb. Auch beim Ausbau der Netze kommt es zu Verzögerungen. Von 124 bis zum Jahr 2014 geplanten Ausbaumaßnahmen sind, nach dem Monitoringbericht der Bundesnetzagentur 2011, 73 nicht im Zeitrahmen. Streit über den zukünftigen Kurs gibt es derzeit auch zwischen dem Bundeswirtschafts- und dem Umweltministerium. Neben unterschiedlichen Auffassungen

über die Umsetzung der EU-Effizienzrichtlinie, wird auch die Frage neuer Großkraftwerke kontrovers diskutiert. Während sich Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) für den Bau neuer Kraftwerke ausspricht, erklärte sein Kabinettskollege Röttgen, es gebe bis 2020 ausreichend Kapazitäten. Der Energie-Experte Thomas Bareiß (CDU) brachte daher einen neuen Vorschlag, um die Energiewende voranzubringen: Er forderte die Schaffung eines Energieministeriums.

Annette Sach



Bundesumweltminister Röttgen (Mitte) beim Energiedialog mit Branchenvertretern

Im alten Jahr wurden die Weichen gestellt, im neuen Jahr folgt nun die Umsetzung. Als am 11. März 2011 um 14.47 Uhr Ortszeit vor der Ostküste Japans die Erde bebte, dachte in Deutschland niemand daran, dass dies auch die Eckpfeiler der deutschen Energiepolitik erschüttern könnte. Nach der Katastrophe von Fukushima, die zu Kernschmelzen in drei Atomreaktoren führte, kam es 2011 zu einer Zäsur in der deutschen Energiepolitik. Von einer Neubewertung unseres Sicherheitsverständnisses spricht etwa Ursula Heinen-Essen (CDU), Parlamentarische Staatssekretärin im Umweltministerium. „Fukushima hat uns vor Augen geführt, wie begrenzt der Mensch Natur und Technik beherrscht“, sagte Heinen-Essen Anfang November bei einer Feierstunde zum 40. Jahrestages des Instituts für Energierecht.

Als Reaktion auf die Ereignisse in Japan beschloss die Bundesregierung einen Fahrplan für neue Wege in der Energieversorgung in den kommenden Jahrzehnten: die Energiewende. Am 30. Juni 2011 wurde das entsprechende Gesetzespaket zur Umsetzung der beschleunigten Energiewende mit großer Mehrheit im Bundestag verabschiedet. Neben dem Ausstieg aus der Kernenergie, wonach das letzte Atomkraftwerk bis spätestens Ende 2022 vom Netz gehen soll, sieht das Energiekonzept ambitionierte Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren Energien vor: So soll der Anteil von Energieträgern wie Windkraft, Photovoltaik oder Biomasse bis zum Jahr 2050 mindestens 80 Prozent betragen. Gleichzeitig soll die Energieeffizienz steigen. Dabei soll der Verbrauch von Primärenergie – also der Energie, die in natürlich vorkommenden Energiequellen zur Verfügung steht – bis 2050 im Vergleich zum Jahr 2008 um 80 Prozent sinken. Weitere Schwerpunkte sind hier die Gebäudesanierung und der Ausbau der Elektromobilität. Geplant ist dabei auch, dass der Energieverbrauch im Verkehrsbereich bis zum Jahr 2050 um 40 Prozent sinken soll. Dafür müssten unter anderem bis 2030 rund sechs Millionen Elektrofahrzeuge auf deutschen Straßen rollen.

Als ein weiteres Ziel der Energiewende gilt die Minderung der Treibhausgase. Für Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) spielen neben einer starken moralischen Verpflichtung der Industrieländer auch Wirtschaftsinteressen eine Rolle: „Es geht um eine Bedrohung, aber es geht auch um enorme wirtschaftliche Chancen, weil Wachstum und wirtschaftlicher Erfolg ohne klimaschützende Technologien, ohne Ressourcenschutz bald schlicht nicht mehr möglich sein wird“, sagte Röttgen im Dezember am Rande des EU-Umweltrates in Brüssel.

Bei der Umsetzung der Energiewende drückte die schwarz-gelbe Koalition 2011 aufs Tempo: Fünf Gesetze aus dem Bereich des Bundesumweltministeriums traten bereits im August in Kraft. Das zentrale Gesetz für den Ausbau der erneuerbaren Energien, die sogenannte EEG-Novelle kommt zum 1. Januar 2012 (siehe Seite 3). Mit dem Netzausbau-Beschleunigungsgesetz und der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen für einen schnelleren Ausbau und die Modernisierung der Stromnetze geschaffen.

Nachdem mit einer großen Zahl von Gesetzen im vergangenen Jahr die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Energiewende gelegt wurden, müssen die beschlossenen Maßnahmen 2012 in die Praxis umgesetzt werden. Eine Aufgabe, die nicht nur zu Streit zwischen Regierung und Opposition, sondern wie beispielsweise bei der Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie auch zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalition führte (siehe Seite 9). Trotz erkennbarer Gemeinsamkeiten bei der Zielrichtung der Energiewende setzen die Fraktionen für das kommende Jahr eigene Schwerpunkte in der Umweltpolitik.

**Kosten überprüfen** Der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien wird einer der Schwerpunkte der Umweltpolitik der CDU/CSU-Fraktion bleiben. Mit der Novelle des EEG seien bereits „wichtige Weichenstellungen“ für das Erreichen der Ausbauziele gestellt worden: „Wir werden die Entwicklung beobachten und insbesondere die Kosten für die Bürger stetig überprüfen“, kündigte die umweltpolitische Sprecherin der Union, Marie-Luise Dött, an. Für sie ist ein weiteres wichtiges Anliegen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien „natur- und landschaftsverträglich“ erfolgt. Zum Er-



Windpark „Apha Ventus“ in der Nordsee: Bis 2030 soll die Off-Shore-Windleistung auf 25 Gigawatt ausgebaut werden.

# Modellprojekt Deutschland

**NEUE ENERGIEN** Über die Ziele herrscht Einigkeit. Bei der Umsetzung setzen die Fraktionen auf verschiedene Instrumente

reichen der Klimaziele soll nach dem Willen der Union auch das Potenzial der Erneuerbaren Energien im Wärmemarkt besser genutzt werden. Dafür muss das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz novelliert werden. „Wir haben mit dem Marktneuzugang ein gut ausgestattetes Förderprogramm für die Bürger“, sagt Dött. Die Union hat ein Gesetz vorgelegt, mit dem energetische Sanierungsmaßnahmen auch steuerlich subventioniert werden sollen. In der Sitzung des Vermittlungsausschusses am 14. Dezember konnte darüber aber erneut keine Einigung erzielt werden. In dem Streit zwischen Bund- und Länderkammer geht es darum, welchen Anteil der Steuerzufälle in Höhe von 1,5 Milliarden Euro die Länder tragen sollen.

Der Koalitionspartner FDP möchte bei den Erneuerbaren Energien 2012 „die Verengung der Debatte auf den Stromsektor beenden“, sagte ihr umweltpolitischer Sprecher Michael Kauch. Bei der angekündigten Novelle des Erneuerbare-Energie-Wärmegesetzes plant die FDP konkret „ein markt-

bezogenes Förderinstrument, das die Chancen für Ökoheizungen unabhängig vom Bundeshaushalt und vom Energie- und Klimafonds verbessert“, erklärte der FDP-Politiker. Daneben müsse der Netzausbau und die Netzintegration Erneuerbarer Energien weiter „politisch begleitet“ werden. Die SPD möchte der nach ihrer Meinung „lahmenden Energiewende“ durch gezielte Gesetzesinitiativen neuen Schwung geben. Sie setzt dabei auf einen effizienteren Umgang mit Ressourcen. „Ein rigoroses Effizienzgesetz ist unabdingbar“, betonte Michael Miersch. Für den umweltpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion muss ein solches Gesetz aber noch zusätzlich durch eine „verbesserte Wertstoffgesetzgebung“ und durch ein Ressourcen-Programm für nachhaltiges Wachstum flankiert werden.

Beim Klimaschutz setzt Miersch auf nationale Regelungen: „Wenn internationale Verhandlungen keine Durchbrüche mehr herbeiführen können, müssen wir gerade in Deutschland fortschrittlicher denken“, sagte er. Daher möchte seine Fraktion 2012 ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen. Schon heute, betonte Miersch, sei Umweltpolitik von einem „Kosten- zu einem Nutzenfaktor“ geworden. Seine Partei wolle daher 2012 ein ganzheitliches Struktur- und Konjunkturprogramm zur Energiewende vorschlagen.

**Mehr Schutz für Verbraucher** Die Fraktion Die Linke möchte die Energiewende nicht nur in energiewirtschaftlicher, sondern auch in sozialer Hinsicht mitgestalten. „Deutschland muss zum Leuchtturmprojekt in Sachen Energiewende werden“, forderte die umweltpolitische Sprecherin der Linken, Eva Bulling-Schröter. Ihre Fraktion weist darauf hin, dass viele Maßnahmen der Energiewende wie die energetische Gebäudesanierung zu Lasten der Mieter gehen könnten. Die Linke plant daher eine Reihe von parlamentarischen Initiativen zur Energieeffizienz-Richtlinie, zur Kraft-Wärme-Kopplungs-Novelle und zur energetischen Gebäudesanierung. Auch der Ausbau von

Energiespeichern und der Netzausbau müsse dabei verstärkt unter „Berücksichtigung von Bürgerbeteiligung und Naturschutz“ stattfinden, sagte die Vorsitzende des Umweltausschusses. Im Parlament werde sich die Linke, erklärte Bulling-Schröter, „gegen den Missbrauch von Lenkungsinstrumenten zu Gunsten von Konzernen und zu Lasten von Kleinunternehmern und Verbrauchern“ einsetzen.

**Verbindliche Minderungsziele** Bei den Grünen stehen die Energiewende und der Klimaschutz besonders im Mittelpunkt. „Ein entscheidender grüner Baustein ist ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen CO<sub>2</sub>-Minderungszielen“, sagte Dorothea Steiner als umweltpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen. Der umweltverträgliche Ausbau von Erneuerbaren Energien müsse durch „verlässliche Rahmenbedingungen für Investoren und ökologische Leitplanken“ vorangetrieben werden, erklärte sie. Außerdem wollen sich die Grünen 2012 für eine „ökologische Transformation“ der Chemieindustrie einsetzen. Schwerpunkte seien hier die Weiterentwicklung des Europäischen Chemikalienrechts Reach, die Verbesserung des Ökodesigns von Produkten, sowie die Verbesserung des Recyclings. Ein weiterer Schwerpunkt der grünen Umweltpolitik soll der Bodenschutz sein, da sich zerstörte Böden „grenzüberschreitend negativ auf Klima, Wassergewinnung und Artenschutz auswirken“, sagte die grüne Umweltpolitikerin. So vielseitig wie die Aspekte der Energiewende in den Fraktionen behandelt werden, so vielfältig sind auch 2012 die Fragen. „Tatsächlich liegt die Umsetzung der Energiewende noch vor uns“, schrieb Umweltminister Norbert Röttgen Mitte Dezember in einem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Sie sei das „größte Innovations- und Wachstumsprojekt der vergangenen Jahrzehnte“, erklärt Röttgen. Wenn dieses Projekt gelinge, werde „Deutschland international zum Modell für Wachstum, Ressourcenschonung, technologische Innovation und Nachhaltigkeit“. *Annette Sach* ■

## Wohin mit dem Atommüll?

**ENDLAGERFRAGE** Die Suche soll gesetzlich geregelt werden

2012 ist das Jahr Null nach dem Atomkonsens. Ein halbes Jahr ist es nur her, dass der Bundestag die Energiewende beschlossen hat. Soviel interfraktionelle Einigkeit wie im Juni 2011 über den Ausstieg aus dem Atomzeitalter und den Einstieg in die Erneuerbaren Energien erzielt wurde, herrscht auch bei der Tatsache, ein geeignetes Endlager für die radioaktiven Abfälle finden zu müssen: „Wir wollen einen Neustart bei der Endlagersuche“, sagt Dorothea Steiner, die umweltpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion. „Wir wollen bei der Endlagerung radioaktiver Abfälle vorankommen“, formuliert es die CDU/CSU-Abgeordnete Marie-Luise Dött und verspricht, ein „transparentes Auswahlverfahren zu starten, um den sichersten Endlagerstandort in Deutschland zu finden“. Und auch Michael Kauch von der FDP-Fraktion ist überzeugt, dass „nach dem Ausstiegsbeschluss zur Kernkraft endlich auch die Lösung der Endlagerfrage auf den Weg gebracht werden“ muss.

**Eignung infrage gestellt** Bei soviel Einigkeit wird diese Endlagerfrage auch auf der Agenda des Umweltausschusses des Bundestags 2012 ganz oben stehen. Doch an der Frage nach dem Wo scheiden sich die Geister. Denn an der Eignung des bisher einzig erkundeten Standorts Gorleben bestehen Zweifel. Was er könnte in das Lager eintreten. Darüber hinaus geben Erdgasvorkommen in der Nähe vor allem der Grünen-Fraktion Anlass zur Sorge. Deren stellvertretende Vorsitzende, Bärbel Höhn, wirft der Regierungskoalition vor, den Standort Gorleben aus „politischen Motiven“ zu wählen, während die Regierung immer wieder betont, dass die Endlagersuche „ergebnisoffen“ verlaufe. Gorleben, das liegt im äußersten Nordosten Niedersachsens. Befand es sich früher am Rande der Republik ist es mit der deutschen Einheit in ihr Zentrum gerückt; denn hier trifft Niedersachsen an die ostdeutschen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Bereits 1976 wird Gorleben als mögliches Atomwärmelager in der Politik diskutiert. Nur ein Jahr später beschließt der damalige CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht, in Gorleben ein nukleares Entsorgungszentrum zu gründen. 1980 beginnen Probebohrungen im Salzstock, zwei Jahre später die Bauarbeiten für das Zwischenlager. Der erste Castor-Behälter trifft 1995 ein.

**Untersuchungsausschuss** Parallel zur Endlagersuche wird die Geschichte Gorlebens aufgearbeitet. Im Auftrag der Oppositionsfaktionen hat der Bundestag 2010 einen entsprechenden Untersuchungsausschuss eingerichtet, der die Umstände klären soll, unter denen 1983 unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) entschieden wurde, ausschließlich Gorleben auf die Eignung als Endlager zu prüfen. Die Untersuchungen laufen, zuletzt tagte der Ausschuss im Dezember letzten Jahres. Zu Gast war Helmut Röthemeyer. Der ehemalige Abteilungsleiter der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) führte seine Einschätzungen einer Endlagersuche aus. „Man kann keinen sichersten Standort finden“, sagte der 73-Jährige. „Nur einen geeigneten kann man finden, vielleicht den am meisten geeigneten unter anderen.“ Der

Ausschuss wird seine Arbeit auch in diesem Jahr fortsetzen; er tagt jeweils donnerstags in den Sitzungswochen des Bundestags. Wann die Untersuchungen abgeschlossen werden, steht allerdings noch nicht fest. Die Dauer ist erst einmal bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode festgelegt.

**Bürgerproteste** Das Unternehmen Gorleben wurde von Anfang an von Bürgerprotesten begleitet. Nachdem die rot-grüne Landesregierung die Erkundungen in Gorleben aussetzte, wurden sie 2010 wieder aufgenommen. Derzeit lagern rund 100 Castorbehälter in Gorleben – unterirdisch. Aber ausgediente Brennelemente lagern auch an zwölf Kernkraftwerks-Standorten – oberirdisch. Beispielsweise auf dem Gelände des längst abgeschalteten Atommeilers im ostwestfälischen Würgassen, wie ein Mitarbeiter der Betreiberfirma bestätigte. Eva Bulling-Schröter, Abgeordnete der Linken-Fraktion und Vorsitzende des Umweltausschusses, betonte jüngst, dass ihre Partei „den außerparlamentarischen Kampf gegen eine verfehlte Endlagerpolitik“ unterstützen werde. Im Interesse der Bürger und der Politik soll eine schnelle Lösung gefunden werden. Salz, Ton und Granit seien besonders gut für die Einlagerung atomarer Abfälle geeignet, sagen Experten. Deshalb soll nun auch der Süden der Republik mit in die Standortsuche einbezogen werden. Zwar gibt es beispielsweise im Südwesten Deutschlands keine Salzstöcke wie in der niedersächsischen Tiefebene, aber Tonformationen, die ebenso geeignet sein könnten. Und trotzdem werde sich die Lösung der Endlagerfrage „über mehrere Wahlperioden hinziehen“, wie es Michael Kauch (FDP) ausdrückt. Konkret soll erst einmal bis 2021 die Suche auf zwei Standorte eingegrenzt werden. Aus den zwei verbleibenden Möglichkeiten soll dann das geeignete Endlager ausgewählt werden.

»Man kann keinen sichersten Standort finden.«

Helmut Röthemeyer

**Streitfall Gorleben** Ute Vogt (SPD), Obfrau im Gorleben-Untersuchungsausschuss kündigte jedoch kurz vor Weihnachten in einem Interview an, Gorleben solle aus der Standortsuche ausgenommen werden. Umweltminister Röttgen hatte zwar im Dezember angewiesen, dass es keinen weiteren Ausbau in Gorleben geben solle. Als Vergleichenstandort bleibe Gorleben jedoch erhalten, sagte Röttgen Mitte Dezember nach einem Treffen der „Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines neuen Endlagersuchgesetzes“.

Zuvor waren bei den Gesprächen erste Meilensteine der Standortsuche und Standortbestimmung sowie ein Zeitplan festgelegt worden. Sechs Phasen sind nun geplant, die zu einer Lösung für den sicheren Verbleib von Wärme entwickelnden radioaktiven Abfällen führen sollen: Bis Mitte des Jahres soll die Festlegung des Entscheidungsprozesses in einem Bundesgesetz erfolgen; ein Jahr später soll dann die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen und die Entscheidung über die erarbeiteten Vorschläge durch ein Bundesgesetz abgeschlossen werden. Für Ende 2019 sind dem Fahrplan nach die Standortauswahl und obertägige Erkundung geplant. Es folgen untertägige Erkundung und schließlich eine Standortentscheidung. Dann könnte zu Beginn der nächsten Dekade die Errichtung und Inbetriebnahme erfolgen. *Verena Renneberg* ■

Anzeige

## Studien zum Parlamentarismus



### Parlamente und ihre Evolution

Forschungskontext und Fallstudien  
Herausgegeben von Werner J. Patzelt  
2012, Band 11, ca. 360 S., Brosch., ca. 49,- €  
ISBN 978-3-8329-4276-2  
Erscheint ca. Februar 2012

Der Band eröffnet der Parlamentarismusforschung neue Möglichkeiten geschichtlicher Institutionenanalyse, bietet den am evolutionären Institutionalismus interessierten ein Lehrbuch und der Evolutionsforschung insgesamt Anwendungsbeispiele einer Evolutions-theorie, die von jedem Biologismus frei ist.

Weitere Informationen: [www.nomos-shop.de/11081](http://www.nomos-shop.de/11081)

**Nomos**



Ein Erdbeben löste die Reaktorkatastrophe von Fukushima aus. Die Regierung in Japan erklärte die Katastrophe jetzt angeblich für beendet.



Ein aus Verfassungsgründen notwendiger höherer Grundfreibetrag könnte der Köder sein, um eine Mehrheit auch zum Abbau der „kalten Progression“ im Bundesrat zu bekommen.

# Schäubles Steuer-Köder

**FINANZEN** Koalition lockt mit verfassungsrechtlich gebotener Tarifsenkung. Steinbrück: Fiskalpolitischer Schwachsinn

**E**uro-Krise, europäische Schuldenprobleme und ungewisse Wirtschaftsentwicklung: Die Koalition von Union und FDP lässt sich nicht beirren und will im Jahr 2012 eine wenn auch kleine Steuerreform auf den Weg bringen. 2013, im Jahr der Bundestagswahl, sollen die Bürger die beschlossenen Entlastungen in ihren Geldbörsen zu spüren bekommen. Die anderen Fraktionen zeigen sich vom Beschluss des Bundeskabinetts entsetzt und sprechen von „Steuerentlastungs-ideologie“ (SPD) und „Mogelpackung“ (Linke). Für die Grünen steht fest: „Die Regierung handelt nach der Devise: Nach uns die Sintflut.“ Die heftigen Kommentare zeigen, dass das neue Jahr für den von Birgit Reinemund (FDP) geleiteten Finanzausschuss im Zeichen des Steuertarifstreits stehen wird.

passung ist verfassungsrechtlich geboten. Schon heute zeichnet sich ab, dass in den Jahren 2013 und 2014 der Grundfreibetrag erhöht werden muss“, schreibt das Ministerium bereits in seiner Mitteilung über den Kabinettsbeschluss. Der Tarifverlauf soll wie der Grundfreibetrag um 4,4 Prozent angepasst werden. Das sei notwendig, weil sich andernfalls der Einkommenssteuersatz erhöhen würde. Auch würde der Effekt der „kalten Progression“ nicht beseitigt. Dieser Effekt wird durch inflationsbedingte Einkommenssteigerungen ausgelöst. Obwohl die Bürger nur einen Ausgleich für Preissteigerungen erhalten, müssen sie überproportional höhere Steuern bezahlen und können im Endeffekt weniger von ihrem Lohn kaufen als vorher. Durch die Änderung des Tarifverlaufs werde dafür gesorgt, „dass der Effekt der kalten Progression für alle im gleichen Umfang ausgeglichen wird“, schreibt das Finanzministerium. Ein Plus von monatlich 15 bis 25 Euro bei Ledigen beziehungsweise 30 bis 50 Euro bei Verheirateten mit mittlerem Einkommen sei ein „spürbarer Beitrag“, um die kalte Progression auszugleichen.

leinstehende/Ehegatten), auf die der erhöhte Steuersatz von 45 Prozent (sogenannte Reichensteuer) zu zahlen ist, wird nicht erfolgen“, versichert die Regierung. **»Mit Augenmaß«** In den Koalitionsfraktionen stoßen die Steuerpläne auf Zustimmung. Immerhin war eine Steuerreform im Koalitionsvertrag nach der Bundestagswahl 2009 in Aussicht gestellt worden. Zwar fällt Schäubles Steuerpaket eher bescheiden aus, aber in der CDU/CSU wird dies als „Steuerpolitik mit Augenmaß“ positiv bewertet. Die Koalition „verzichtet auf kostspielige und nicht zeitgemäße Steuerentlastungen, die nur auf Pump zu finanzieren wären“, freut sich Peter Weiß, der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der Union. Lohnhöhungen würden jedoch nicht mehr von einer überproportional anwachsenden Steuerbelastung aufgeessen: „Das ist ein Stück mehr Steuergerechtigkeit.“ Für den finanzpolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Volker Wissing, steht fest: „Die Koalition schafft mit dem Gesetzentwurf die Grundlage für ein gerechteres, transparenteres und leistungsfreundlicheres Steuersystem.“

Prozent. Die Koalition will die Kapitalbesteuerung bisher nicht antasten. Auch in den anderen Oppositionsfraktionen stehen die Signale vorrangig auf Belastung Vermögiger. „Nach einer Serie von Steuergeschenken an Reiche, Vermögende und Konzerne“ müsse es jetzt zu einer stärkeren Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen bei gleichzeitig höherer Belastung von Gutverdienenden, Vermögensmillionären und Konzernen kommen“, erklärt Barbara Höll, steuerpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Ihre Fraktion will die Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder einführen (17/453, 17/7338) und damit 80 Milliarden Euro pro Jahr einnehmen. Die Erklärungen der Regierung, kleine und mitt-

lere Einkommen würden entlastet, hält Höll für „pure Propaganda“. Die Grünen haben ebenfalls die Besserverdiener im Blick. Auf ihrem letzten Parteitag beschlossen sie einen Spitzensteuersatz von 49 Prozent ab 80.000 Euro Jahreseinkommen, wollen aber auch Geringverdiener entlasten. Vermögende sollen darüber hinaus eine befristete Abgabe zahlen. Zu den Steuerplänen von Union und FDP sagt Grünen-Fraktionsvorsitzender Jürgen Trittin, die Koalition halte daran fest, „vor allem der besser situierten Hälfte der Bevölkerung Steuergeschenke zu machen und diese auf Pump zu finanzieren“. Trittin rechnet dazu vor: „Einem Arbeitnehmer mit 1.200 Euro Bruttoverdienst bleiben ab 2013 rund zwei

Euro mehr, ab 2014 fünf Euro pro Monat mehr. Bei Monatsverdiensten von 6.000 Euro ist es fünf- bis sechsmal soviel.“ Die Linien der steuerpolitischen Debatte des nächsten Jahres sind damit skizziert: Union und FDP werfen der Opposition vor, nur Steuern erhöhen zu wollen. „Ungeniert würde der Staat in die Taschen der breiten Masse Arbeitnehmer, vor allem der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen greifen“, geißelt CDU-Mann Weiß die Vorstellungen der Opposition. Die Opposition kontert in Gestalt des früheren Finanzministers Peer Steinbrück (SPD) nicht weniger lautstark: Was Union und FDP vorhätten, sei „fiskalpolitischer Schwachsinn“. Hans-Jürgen Leersch

**Poker mit Ländern** Ob der Bundesrat dem Plan der Koalition zustimmen und ein neuer Steuertarif am Ende im Gesetzblatt stehen wird, ist eine ganz andere Frage. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), ein alter Fuchs im Bund-Länder-Poker, hat für die Sozialdemokraten mehrere Köder ausgeworfen. So stellt er die Anhebung des Grundfreibetrages als verfassungsrechtlich geboten dar. Das soll heißen: Die SPD kann nicht dagegen sein, wenn die Regierung ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung nachkommt und durch Erhöhung des Grundfreibetrages sicherstellt, dass das Existenzminimum steuerfrei bleibt. Zweiter Köder: Durch einen Tarifkniff stellt Schäuble sicher, dass Gutverdiener nur minimal entlastet werden. Damit kommt er der SPD ein kleines Stück entgegen. Die Sozialdemokraten wollen die Reichen auch nicht entlasten, sondern im Gegenteil stärker belasten. Rückenwind erwartet der Finanzminister zusätzlich von den sich bessernden Haushaltszahlen. Die auf 26 Milliarden Euro prognostizierte Neuverschuldung für 2012 könnte eventuell niedriger ausfallen. Die Regierungspläne sehen vor, den steuerlichen Grundfreibetrag 2013 zunächst um 126 Euro zu erhöhen und zum 1. Januar 2014 um weitere 224 Euro. Damit soll der Grundfreibetrag 2014 bei 8.354 Euro liegen. Dieser Betrag bleibt steuerfrei. Erst bei einem höheren Einkommen werden Steuern fällig. Zu diesem Grundfreibetrag erläutert das Finanzministerium, dass er alle zwei Jahre überprüft werden muss, damit er nicht unter das Existenzminimum sinkt. „Diese An-

**»Vor allem der besser situierten Hälfte werden Geschenke gemacht.«**  
Jürgen Trittin (Grüne)

hebung soll die prozentuale Entlastung ab Einkommen von 300.000 Euro und mehr auf 0,29 Prozent der bisherigen Steuerzahllast sinken. Hier wirke dann nur noch die vom Verfassungsgericht vorgeschriebene Anhebung des Grundfreibetrages. „Ein Ausgleich der kalten Progression für Einkommen oberhalb von 250.000/500.000 Euro (Al-



Der Grundbedarf muss steuerfrei sein.

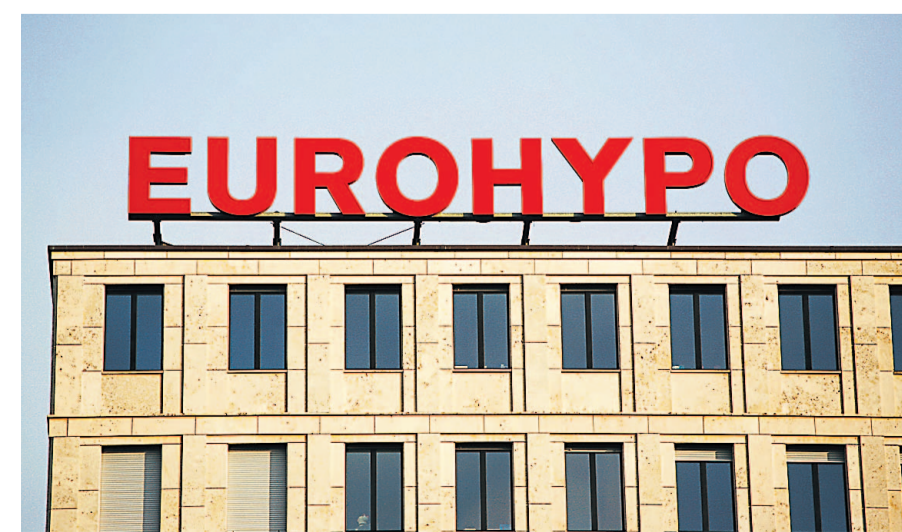
## Wenn Banken kein Geld mehr haben

**FINANZEN** Der staatliche Rettungsfonds soll für Problem Institute revitalisiert werden

Ausgerechnet den Banken, in deren Tresoren man die größten Schätze vermuten würde, geht das Geld aus. Betroffen sind finstere Adressen der deutschen Finanzindustrie. Zu den größten Problem Instituten gehört die Commerzbank, die bereits in der Finanzkrise gerettet werden musste und der jetzt schon wieder das Geld ausgeht. Und erneut soll der Staat einspringen, um das zweitgrößte deutsche Geldinstitut zu retten. Dabei hatten sich Bund, Länder und Gemeinden den Erhalt der Finanzindustrie bereits in und nach der letzten Krise einen dreistelligen Milliardenbetrag kosten lassen. Wie die Regierung auf eine schriftliche Anfrage des Abgeordneten Klaus Ernst von der Linksfraktion (17/6995) mitteilt, war der Staatsschuldenstand durch „Stützungsmaßnahmen zugunsten von Finanzinstitutionen“ im Jahr 2011 um 265,5 Milliarden Euro höher. Vom Bund wurden vor allem Commerzbank und Hypo Real Estate (HRE) gestützt. 2010 hatte der Betrag mit 337,8 Milliarden Euro noch höher gelegen, bis ein Zufallsfund von 55,5 Milliarden Euro bei der HRE-Abwicklungsanstalt den Staatsschuldenstand senkte. Ende 2010 hatte die Koalition aus der Finanzkrise die Konsequenzen gezogen und im Bundestag das Gesetz zur Bankenrestrukturierung (17/3024, 17/3407) durchgesetzt. In eine Schieflage geratene Banken sollen danach entweder saniert oder abgewickelt werden. Außerdem soll der Finanzsektor durch eine Bankenabgabe, die einen Fonds speisen soll, die Kosten für die Abwicklung einer systemrelevanten Bank selbst aufbringen. „Es kann den öffentlichen Haushalten nicht zugemutet werden, für die Bewältigung von Bankschieflagen

wie in der Vergangenheit einzutreten“, hieß es als Begründung für den Fonds. **Geldbedarf zu groß** Doch der Fonds füllt sich zu langsam, und der Geldbedarf einiger Banken ist zu groß. Daher besann sich die Koalition auf die Revitalisierung des Ende 2010 eingestellten „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SoFFin), mit dessen Garantien Institute wie Commerzbank, Deutsche Industriebank und HRE stabilisiert worden waren. Nutznießer der Revitalisierung könnte die Commerzbank werden, der ein Fehlbetrag von rund fünf Milliarden Euro nachgesagt wird. Die Probleme der Bank liegen besonders bei der im Staatsanleihengeschäft tätigen Tochterfirma „Eurohypo“. Die Beratungen über den SoFFin könnte der Finanzausschuss des Bundesta-

ges schon im Frühjahr 2012 abschließen. Nach bisherigem Plan soll der Rettungsfonds bis zu 400 Milliarden Euro Garantien und 80 Milliarden Euro an Krediten zur Verfügung stellen. Erörtert wird auch, ob die Bundesregierung sich über stille Einlagen direkt an Banken beteiligen kann. In diesem Fall soll eine Zustimmung des Bundestages notwendig werden. Für den Finanzausschuss ist die SoFFin-Revitalisierung nach der Steuerreform das wichtigste Projekt. Ein weiteres Problem sind die schärfer werdenden Eigenkapitalanforderungen der Europäischen Bankenaufsicht. Sie schrauben den Finanzbedarf der deutschen Institute weiter nach oben. Zuletzt war die Rede von 13 Milliarden Euro, die die vor leeren Tresoren stehenden Bankier verschämt zu Vater Staat schielen lassen (siehe Seite 12). hle



Bald am Ende? Commerzbank-Tochter Eurohypo



Petra Merkel (SPD), Florian Toncar (FDP), Klaus Hagemann (SPD) und Michael Luther (CDU) (im Uhrzeigersinn) leiten den Haushaltsausschuss und seine Unterausschüsse.

## Zukunftsprojekt Erde

**FORSCHUNG** Das Jahr 2012 wird im Bereich Forschung unter anderem von europäischer Zusammenarbeit und Sicherheitsforschung geprägt sein. So plant die Regierung ein Sicherheitsforschungsprogramm, das sich unter anderem der Frage widmen soll, wie der Schutz privater Daten und innere Sicherheit verknüpft werden können. Für das EU-Rahmenprogramm „Horizon 2020“ sollen in diesem Jahr unter anderem Förderschwerpunkte und Verteilung beraten werden. Im Jahr 2014 geht „Horizon 2020“ als Nachfolger des 7. Forschungsrahmenprogramms an den Start; Deutschland möchte das Programm entscheidend mitbestimmen. Mit rund 80 Milliarden Euro will die EU Forschung und Innovation innerhalb der Gemeinschaft fördern. Das Wissenschaftsjahr wird 2012 mit dem Slogan „Zukunftsprojekt Erde“ an den Start gehen. Mit der seit 2000 existierenden Initiative möchte das Ministerium für Bildung und Forschung die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf wissenschaftliche Themen richten. Der Schwerpunkt „Zukunftsprojekt Erde“ rückt in diesem Jahr unter anderem die Themen Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Ökologie und Energieeffizienz in den Fokus. Wichtige Zielgruppe des Wissenschaftsjahres sind Kinder und Jugendliche, die für das Thema Nachhaltigkeit sensibilisiert werden sollen. Außerdem richtet sich das Wissenschaftsjahr an Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft. **tyh**

## Vertrauen ist gut, Kontrolle besser

**RECHNUNGSPRÜFUNG** Einen Blick zurück wirft auch in diesem Jahr der Rechnungsprüfungsausschuss, den Michael Luther (CDU) leitet. Ihm gehören 15 Mitglieder an, die zugleich Mitglieder des Haushaltsausschusses sind. Ist der Haushaltsausschuss vor allem für die Bewilligung der Mittel zuständig, prüfen die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes und bereiten die Entlastung der Bundesregierung durch das Plenum des Bundestages vor. Grundlage der Beratungen sind dabei die Bemerkungen des Bundesrechnungshofes (BRH), der in seinem jährlichen Bericht (17/7600) Verschwendungen des Bundes in Milliardenhöhe auflistet. Erstmals hat der BRH die Einzellets analysiert. Beim Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) meldet er Zweifel an, ob sie ihre erhöhten Mittel sinnvoll nutzen kann. Die großen Forschungseinrichtungen fordere sie „in einem Umfang, der nicht erwartet lässt, dass das Geld überhaupt zielgerichtet ausgeben werden kann“. So habe die Helmholtz-Gesellschaft Reserven von 300 Millionen Euro aufgebaut. Bisweilen schützte das Ministerium auch mehr Euro aus als die Begünstigten überhaupt beantragt hätten. Beim Bundesverkehrsministerium missfällt dem BRH, dass der Bund die Autobahnen und Bundesstraßen finanziert, während die Länder sie bauen und unterhalten. Ein solches System, bei dem der eine bestelle und der andere bezahle, lade „zur Großzügigkeit ein“. Bei der zum Ministerium gehörenden Wasser- und Schifffahrtsverwaltung würden immer wieder Aufträge ohne Ausschreibungen vergeben und zu hohe Preise bezahlt. Den vorgeschlagenen Wasser- und Schifffahrtsdirektionen seien die Mängel bekannt, unternommen hätten sie nichts, kritisiert der Rechnungshof. **mik**

# Zahlen, bitte!

## HAUSHALT Nachtrag 2012, Etat 2013 und Euro-Rettungsschirme bestimmen die Ausschussarbeit

**D**rei Themen werden auch in diesem Jahr die Arbeit der 41 Mitglieder des Haushaltsausschusses bestimmen: Der Vollzug des Haushalts 2012, die Beratung und Verabschiedung des Etats 2013 und die haushälterische Ausgestaltung der Euro-Rettungsschirme (EFSE, EMS). Der Haushalt 2012, der am 25. November vergangenen Jahres vom Bundestag verabschiedet wurde, sieht Einnahmen und Ausgaben von 306,2 Milliarden Euro vor. Das ist gegenüber 2011 eine Steigerung von 0,1 Prozent. Politisch streiten die Koalition und die Opposition um die Höhe der Neuverschuldung. Hier sind für 2012 neue Kredite in Höhe von 26,1 Milliarden Euro eingeplant. Das sind rund sechs Milliarden Euro mehr als im vergangenen Jahr tatsächlich an neuen Krediten gebraucht wurden. Für die Opposition verstößt dies gegen den „Geist“ der Schuldenbremse, die eine ständige Reduzierung der Nettokreditaufnahme vorsieht. Die Koalition hat deshalb angekündigt, dass sie auch in diesem Jahr die vorgesehene Kreditaufnahme von 26,1 Milliarden Euro im Haushaltsvollzug unterschreiten will, so dass nicht nur die laut Schuldenbremse maximal zulässige Nettokreditaufnahme von 40,49 Milliarden Euro, sondern auch die tatsächliche Neuverschuldung von 2011 unterschritten wird. Dies könnte allerdings schwierig werden, da bisher noch keine Beiträge für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) eingere-

stellt sind, der statt 2013 schon in diesem Jahr starten soll (siehe Seite 7). Bisher waren dafür fünf Jahresraten in Höhe von 4,3 Milliarden Euro vorgesehen. Diese Summe könnte aber noch höher ausfallen. In jedem Fall wird Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) dafür einen Nachtragshaushalt vorlegen, der bis zur Sommerpause im Ausschuss beraten werden muss. In der zweiten Jahreshälfte bestimmt die Beratung des Haushalts 2013 die Arbeit des größten Bundestagsausschusses. Der Regierungsentwurf wird traditionell in der ersten Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause (10. bis 14. September 2012) eingebracht und beraten. Anschließend beschließt sich der Haushaltsausschuss bis Mitte November mit dem 3.000 Seiten dicken Regierungsentwurf. Verabschiedet werden soll der Etat des Wahljahres 2013 in der Woche vom 19. bis 23. November 2012.

**Ausgaben steigen** Nach ihrer Finanzplanung (17/6601) will die Regierung 2013 rund 311,5 Milliarden Euro ausgeben. Das wären knapp 1,8 Prozent mehr als in diesem Jahr. Neue Schulden sollen in Höhe von 24,9 Milliarden Euro gemacht werden. Nach der Schuldenregel wären 34,8 Milliarden Euro möglich. Investieren will die Regierung 2013 nach der Finanzplanung 29,7 Milliarden Euro. Mit den Haushaltsberatungen ist die Arbeit der Ausschussmitglieder mehr als gut ausgefüllt. Seit dem vergangenen Jahr wird dies aber überlagert durch die Euro-Rettung. Hier hat das Bundesverfas-

sungsgericht im September die Position des Bundestages und das Haushaltsrecht, das Königsrecht des Parlaments, gestärkt. Somit muss vor allen Entscheidungen der Regierung auf europäischer Ebene, die Geld kosten könnten, der Bundestag und hier vor allem der Haushaltsausschuss gehört werden – und zustimmen, bevor die Regierung auf europäischer Ebene Zusagen macht.

**Neuner-Gremium** Da die Entscheidungen oft eilbedürftig oder vertraulich sind, wählte der Bundestag am 26. Oktober vergangenen Jahres neun Mitglieder des Haushaltsausschusses (drei Abgeordnete der Union; SPD und FDP jeweils zwei, die Linke und Bündnis 90/Die Grünen jeweils einer) in ein Gremium nach § 3 Absatz 3 des Stabilitätsmechanismusgesetzes, das auch Neuner-Gremium genannt wird. Entscheidungen, die nicht eilig oder vertraulich sind, sollen im Ausschuss oder im Plenum herbeigeführt werden. Gegen dieses Neuner-Gremium klagen zwei Bundestagsabgeordnete der SPD vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Sie sehen ihre Rechte als Abgeordnete nicht ausreichend gewahrt. Die Konstituierung des Gremiums wurde deshalb nach einer Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Oktober 2011 ausgesetzt. Das endgültige Urteil wird im Januar dieses Jahres erwartet. Auch wenn das Neuner-Gremium dann endgültig vom Verfassungsgericht gekippt werden sollte, sieht sich der Ausschuss für eine sachgerechte Beratung

gerüstet. „Wir haben schon oft bewiesen, dass wir auch mit dem gesamten Ausschuss schnell und vertraulich beraten können“, betont die Ausschussvorsitzende Petra Merkel (SPD). Mit europäischen Fragen beschäftigen sich auch die zwölf Mitglieder des Unterausschusses zu Fragen der Europäischen Union. Unter Leitung von Klaus Hagemann (SPD) beraten die Abgeordneten die dem Haushaltsausschuss überwiesenen Europavorgaben von Rat, Europaparlament und Kommission. Arbeit wird wieder auf das Finanz-

markt gremium des Haushaltsausschusses zukommen, da einige Banken wieder die Hilfe des Bundes zu brauchen scheinen (siehe Seite 11). Dazu wird die Regierung im Januar einen zweiten Gesetzentwurf vorlegen. Das sogenannte SoFin-Gremium, überwacht die Banken-Rettungspakete des Bundes. Die neun Abgeordneten beraten geheim über grundsätzliche und strategische Fragen sowie langfristige Entwicklungen der Finanzpolitik. Vorsitzender ist der FDP-Abgeordnete Florian Toncar. **Michael Klein**

**> STICHWORT**

**HAUSHALT 2013 – Plan mit Schuldenbremse**

**> Haushaltsplan** Der Haushaltsplan wird gemäß Artikel 110 des Grundgesetzes jährlich vom Deutschen Bundestag beschlossen. Obwohl der Haushaltsplan nur eine Prognose ist, dient er als wichtiges Mittel zur Feststellung des voraussichtlichen Finanzbedarfs des Bundes.

**> Schuldenbremse** Die Schuldenbremse sieht vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern weitgehend ohne Neuverschuldung auskommen. Diese Regelung, die Bund und Ländern seit 2011 verbindliche Vorgaben zur Reduzierung des Haushaltsdefizits macht, wurde im Rahmen der Föderalismusreform im Grundgesetz verankert. Danach darf die strukturelle, also nicht konjunkturbedingte, jährliche Nettokreditaufnahme des Bundes ab 2016 jährlich nur noch maximal 0,35 Prozent betragen.

## Formulare schneller zum Altpapier

### WIRTSCHAFT Ein weiterer großer Schritt zum Bürokratieabbau steht bevor

Viele reden davon, und kaum jemand weiß, warum es im Detail geht: Die Rede ist vom Bürokratieabbau. „Von der Wiege bis zur Bahre – Formulare, Formulare“, lautet einer der Standardsätze des Präsidenten des Bundes der Steuerzahler, Karl-Heinz Däke. Aber wie genau die Belastung der Wirtschaft durch Bürokratie aussieht, ist kaum bekannt. Bekannt ist immerhin, dass die Bürokratiekosten seit 2006 um 10,5 Milliarden Euro und damit über 20 Prozent verringert wurden, worauf der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Bundestages, Ernst Hinsen (CSU), erfreut hinweist. Heute wird die Bürokratiebelastung auf rund 40 Milliarden Euro veranschlagt.

Wie solche Berechnungen zustande kommen, zeigt ein Beispiel des beim Bundeskanzleramt angesiedelten Normenkontrollrates, der zu den bürokratischen Auswirkungen der Gesetzgebung Stellung nimmt. So dauert das Ausfüllen einer Bescheinigung durch den Arbeitgeber drei Minuten. Der Stundenkostensatz wird mit 28,50 Euro angegeben. Bei 6,5 Millionen Bescheinigungen deutschlandweit im Jahr kostet also das Ausfüllen eines Formulars die Volkswirtschaft 9,26 Millionen Euro. Müssen wie bei einer Arbeitsbescheinigung noch Berechnungen ausgeführt, die Einträge überprüft, das Formular kopiert und archiviert werden, steigen die Bürokratiekosten nach diesem „Standardkosten-Modell“ auf 44,77 Millionen Euro. Man habe viel erreicht, sagt Hinsen, auch wenn das Ziel der Regierung, die Bürokratiekosten sogar um 25

Prozent zu senken, nicht ganz geschafft worden sei. „Wir dürfen jetzt nicht aufgeben“, verlangt der CSU-Politiker und fordert als „großen Wurf, die Aufbewahrungsfristen von Steuerbelegen und Unterlagen der Sozialversicherungen auf fünf Jahre zu verkürzen. Allein das würde eine Entlastung um drei bis fünf Milliarden Euro bedeuten.“

**Aufbewahrungsfristen** Genau das hat die Bundesregierung vor, wie aus den Mitte Dezember beschlossenen Eckpunkten zur Entlastung der Wirtschaft von Bürokratiekosten hervorgeht. Die „Reduzierung von Aufbewahrungsfristen von Rechnungen und Belegen gegenüber der Finanzverwaltung“ ist dabei ein wichtiger Punkt, der auch bald auf der Tagesordnung des von Hinsen geleiteten Wirtschaftsausschusses des Bundestages stehen dürfte. Einen Schub bekam der Bürokratieabbau durch den Normenkontrollrat, der sich selbst als „unabhängiges Beratungsorgan der Bundesregierung“ beschreibt. Er wird bereits früh in neue Regelungsverfahren der Bundesregierung einbezogen und „kann damit schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt des Gesetzgebungsverfahrens die Ermittlung und Darstellung der Bürokratiekosten kritisch hinterfragen und auf Defizite hinweisen.“ **Hans-Jürgen Leersch**



Immer umfangreicher werden die Steuerformulare.

## Weniger Lärm und weniger Unfälle

### VERKEHR UND BAU Mobile Sicherheit bleibt Dauerbrenner im Ausschuss

Die Arbeit des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wird oft durch Ereignisse bestimmt, die sich nicht voraussehen lassen. Das war in den vergangenen Jahren zum Beispiel der Ausbruch eines isländischen Vulkans, der den Flugverkehr in Deutschland tagelang lahm legte, oder das Winterchaos bei der Deutschen Bahn (DB AG) und bei der Berliner S-Bahn, die auch zur DB AG gehört. Da die Bahn nach eigenen Angaben in diesem Jahr besser vorgeplant sein wird, kann sich der Ausschuss unter Vorsitz von Anton Hofreiter (Grüne) seinen eigentlichen Aufgaben widmen, zu der neben der Mobilität und der Verkehrsinfrastruktur auch die Wohnungswirtschaft und der soziale Wohnungsbau gehören. Ein Thema wird auch der Schutz vor Lärm an Straßen, Schienen und Flughäfen sein. Bündnis 90/Die Grünen (17/4652) und die SPD-Fraktion (17/5461) haben dazu Anträge vorgelegt, über die nach einer öffentlichen Anhörung am 14. Dezember vergangenen Jahres weiter beraten wird. Ein weiterer Dauerbrenner ist die Verkehrssicherheit. Ziel ist es, die Zahl der Verkehrstoten (2010: 3.648) bis 2020 um 40 Prozent zu senken. Um dies zu erreichen, hat die Regierung ein Verkehrssicherheitsprogramm vorgelegt, das unter anderem das freiwillige Tragen von Fahrradhelmen und die serien-

mäßige Ausstattung von Motorrädern mit automatischen Anti-Blockiersystemen vorsieht. Auf Landstraßen könnte der vermehrte Einsatz von Rüttelstreifen sowie Spurhalteassistenten Systemen Unfälle verhindern. Schließlich wird auch die Zukunft der DB AG, die ausschließlich in Besitz des Bundes ist, weiterhin Thema bleiben. Erlöse aus einer Privatisierung von Teilen der DB AG sind auch in diesem Jahr wieder in den Haushalt eingestellt, dürfen aber nicht realisiert werden. Weiterhin geht es aber um den Wettbewerb auf den Bahnstrecken und die Trennung von Netz und Betrieb. Die Monopolkommission hält zum Beispiel in einem **Sondergutachten** (17/7248) die bestehenden Rahmenbedingungen für einen wirksamen und unverfälschten Wettbewerb im Eisenbahnverkehr für „nicht zufriedenstellend“. Weiter setzt sich die Monopolkommission für eine vollständige institutionelle Trennung von Netz- und Fahrbetrieb ein. So könnten die Anreize für die Infrastrukturbetreiber, be-

stimmte Eisenbahngesellschaften zu diskriminieren, erheblich reduziert werden. Nur ein unabhängiger Netzbetreiber behandle alle Transportunternehmer gleich. Auch dient aus Sicht der Monopolkommission die staatliche Beteiligung am Wettbewerb durch die Verkehrsunternehmen der Deutschen Bahn AG nicht dem öffentlichen Interesse. Dabei stellt die Kommission die negativen Auswirkungen einer Trennung nicht in Abrede. Jedoch überwiege der wirtschaftliche Nutzen „deutlich“. **mik**



Risiken im Straßenverkehr sollen minimiert werden.

**S**taustrauer in Nordkorea: Menschenmassen, die in Reih' und Glied hysterisch weinen; Männer und Frauen, die sich auf die Brust schlagen und vor Gram die Stirn auf den nackten Asphalt schlagen: Der „geliebte Führer“ Kim Jong-il ist tot, überraschend gestorben am 17. Dezember an einem Herzinfarkt in seinem gepanzerten Luxuszug. Er sei „extremen mentalen und physischen Belastungen ausgesetzt gewesen, verursacht durch seine ununterbrochene Führungstour beim Aufbau einer blühenden Nation“, hieß es in der nordkoreanischen Staatspresse. Zwischenzeitlich lag der tote Diktator aufgebahrt in einem gläsernen Sarg, gebettet auf weißen und roten Blüten, im Kumsusan-Palast in der Hauptstadt Pjöngjang. Zwei Tage hatte die Führung geschwiegen und derweil wohl erst einmal die Machtverhältnisse geklärt, erst dann ließ sie den Tod des „geliebten Führers“ verkünden. An der Spitze des 232 Mitglieder starken Beerdigungskomitees steht der dritte Sohn des Verstorbenen, Kim Jong-un. Zumindest nach außen hin ist dies ein Hinweis, dass dem Wunsch des toten Führers Folge geleistet und sein jüngerer Sohn an der Spitze des isolierten Staates beerben soll. Südkoreanische Medien fragen, ob der unerfahrene Endzwanziger tatsächlich in der Lage sein wird, die Fäden in der Hand zu halten. Südkoreas Geheimdienst, schreibt die Tageszeitung Chosun Ilbo, befürchtet einen Machtkampf zwischen Kim Jong-un und dem Schwager des verstorbenen Diktators, Jang Song-taek. Dieser ist die Nummer Zwei in Nordkorea. Die Nachrichtengattur Reuters zitierte Informationen aus Nord- und Südkorea, nach denen der junge Kim gemeinsam mit Song-taek und dem Militär herrschen werde.

**Sorgen der Nachbarn** Auch Peking macht sich Sorgen um die Stabilität im Nachbarland. Chinas designierter Premierminister Li Keqiang traf Vater und Sohn Kim jüngst noch beim Staatsbesuch in Pjöngjang. Kim Jong-un nahm damals allerdings nur an repräsentativen Terminen teil. In die aktuelle Außenpolitik war er kein bisschen involviert. Experten sagen, dass das Machtfundament des Sohnes noch allzu schwach sei. Nun wird der jüngste Kim wohl eher als eine Art Marionette für alte Kader wie seinen Onkel Jang Song-taek und die mächtigen greisen Generäle dienen, die die Regionen Nordkoreas kontrollieren.

Zuletzt hatte Nordkorea seine Kriegrethorik deutlich gemäßigt. Einen dritten Atomtest hatte die Regierung offenbar erst einmal gestoppt, und stattdessen bei Südkorea und den USA um Nahrungsmittelhilfe gebeten. In der vergangenen Woche hätte eigentlich Amerikas neuer Sondergesandter für Nordkorea, Glyn Davies, hochrangige Kader aus Pjöngjang in Peking treffen sollen. Washington hatte gehofft, die Atomverhandlungen wieder aufnehmen und womöglich positive Zusagen als Gegenleistung für Nahrungsmittelhilfe erreichen zu können. Doch all dies wird nun wohl erst einmal auf Eis gelegt, bis in Pjöngjang klar ist, wer das Sagen hat. Gut möglich, befürchten die Experten, dass das Regime nun erst einmal wieder mit dem Säbel rasselt, um zu beweisen, dass es fest im Sattel sitzt.

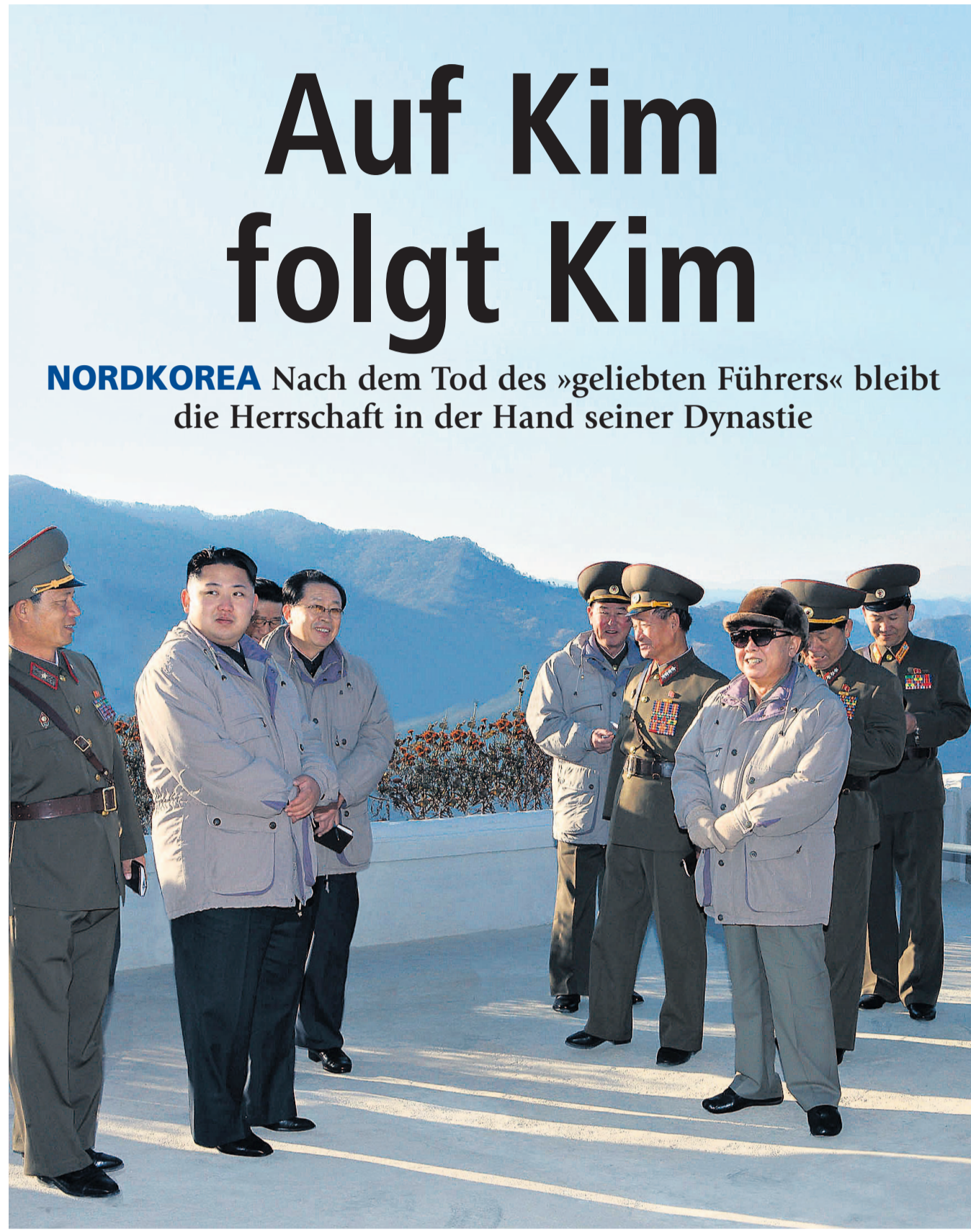
## Zum Tode Václav Havels

**NACHRUF** Bundestagspräsident Norbert Lammert hat den im Dezember verstorbenen früheren tschechischen Präsidenten und Schriftsteller Václav Havel gewürdigt. „Wir Deutschen und alle Europäer verlieren mit Václav Havel nicht nur einen Schriftsteller und Künstler, sondern einen Staatsmann von Welttrag. Er ist eine der herausragenden Persönlichkeiten, deren Name auf immer mit dem weltpolitischen Umbruch der Jahre 1989/90 verbunden sein wird.“ Sprache sei für ihn immer mehr als nur eine Möglichkeit der Kommunikation gewesen, sagte Lammert. „Sie war für ihn entscheidender Bestandteil einer jeden Kultur – ganz besonders auch der politischen.“ Durch das gesamte Werk Havels ziehe sich die Verachtung des Missbrauchs der Sprache, der vor der friedlichen Revolution auch in dessen Heimatland allgegenwärtig gewesen sei.

„Václav Havel war ein Visionär und ein Vorbild – als Schriftsteller und Künstler mit seiner grandiosen Ausdrucksgabe wie auch als Politiker und Staatsmann mit seiner Klugheit und Strahlkraft“, sagte Lammert. Geboren 1936 in Prag, wurde Havel in den 1960er Jahren Dramaturg. Er war in der Oppositionsbewegung gegen die Regierungspolitik der kommunistischen Partei aktiv und verbrachte deshalb fast fünf Jahre in Haft. 1990 wurde er zum Präsidenten der Tschechoslowakei gewählt, nach deren Auflösung 1993 dann zum ersten Präsidenten der Tschechischen Republik. vom ■



Václav Havel



Im Kreis der Generäle: Kim Jong-il (3. von rechts) und sein Sohn Kim Jong-un (2. von links) im Jahr 2010.

Südkorea hatte sofort nach der Nachricht vom Tod Kim Jong-ils seine Armee in höchste Alarmstufe versetzt. Gleichzeitig hatte Seoul sich direkt mit seinem strategischen Verbündeten Washington in Verbindung gesetzt. US-Außenministerin Hillary Clinton diskutierte mit ihrem japanischen Amtskollegen Koichiro Gamba die Lage per Telefon. Alle drei Staaten betonten ihr Interesse an einem friedlichen Übergang und einer stabilen koreanischen Halbinsel. China hingegen fürchtet sich vor neuen Flüchtlingsströmen und bangt um Mineralimporte aus Nordkorea. Chaos jenseits der rund 1.000 Kilometer langen gemeinsamen Grenze wäre schlecht für Peking.

## Ungleiches Doppel

**UKRAINE UND POLEN** Entfremdung zwischen den Gastgeberländern der Fußball-EM 2012

Wenn selbst der polnische Partner murrte, muss etwas im Argen liegen. „Können wir mit dieser Ukraine überhaupt gemeinsam eine Fußball-Europameisterschaft veranstalten?“, fragte kürzlich die „Gazeta Wyborcza“, Polens wichtigste liberale Tageszeitung. Der Kommentator äußerte erhebliche Bedenken, auch wenn niemand in Warschau oder Kiew ernsthaft eine Absage der sportlichen Großveranstaltung in Erwägung zieht. Doch der Fall der inhaftierten Oppositionsführerin Julia Timoschenko und die Menschenrechtslage in der Ukraine bereiten vielen Polen in Politik, Wirtschaft und auch Sport zunehmend Bauchschmerzen.

**Ehrgeizige Ziele** So recht in die Stimmungslage zwischen Ode und Bug mag das nicht passen. Die Regierung in Warschau hat soeben eine erfolgreiche EU-Ratspräsidentschaft hinter sich gebracht. Fazit: Polens Stimme hat in Brüssel Gewicht. Wirtschaftlich geht es im Land bei stabilen Wachstumsraten zwischen drei und sieben Prozent seit Jahren bergauf. Und der im November in seine zweite Amtszeit gestartete Ministerpräsident Donald Tusk hat weitere ehrgeizige Ziele vorgegeben. Er sagt es zwar nicht offen, aber mit seinem Programm für die kommenden vier Jahre lässt Tusk keinen Zweifel daran, dass Polen möglichst bis 2015 der Währungsunion beitreten möchte. „Wenn die Entscheidungen in der Euro-Zone fallen, muss Polen mit am Tisch sitzen“, erklärt der Ministerpräsident. Das aber gewährte nur die Mitgliedschaft im Euro-Club. Die Beziehungen zum Nachbarn im Südosten trüben allerdings die Jahresbilanz der Regierung Tusk. Polen versteht sich seit dem eigenen EU-Beitritt im Jahr 2004 als Anwalt der Ukraine in Europa – und dies vor allem aus ureigenem Interesse. Eine prosperierende Ukraine vor der Haustür

„Die Regierungen in der Region werden Nordkorea genau im Auge behalten und sich für eine Vielfalt von Szenarien vorbereiten“, sagt Sarah McDowall, Asien-Pazifik-Analystin beim Beratungsunternehmen IHS Global Insight. „Kims Tod wird auch bei derzeitigen geopolitischen und strategischen Verschiebungen eine Rolle spielen.“ Washington werde seine Strategie verstärken, sein Engagement in der Region zu vertiefen, während Chinas Wahrnehmung einer drohenden anti-chinesischen Eindämmungspolitik der USA wiederum dazu führen werde, dass Peking ein enger Freund seines langjährigen Verbündeten Nordkorea bleiben wird.

Alte Feinde und Verbündete werden nun abwarten müssen: Stellen sich die Kader hinter Kim Jong-un und regieren im Hintergrund, wird der Status Quo weitgehend erhalten bleiben, Nordkorea bleibe isoliert. Sollte der neue Mann an der Spitze womöglich graduell wirtschaftliche Reformen anstoßen, könnte sogar eine schrittweise Liberalisierung stattfinden. Sollte es aber zu einem Machtkampf innerhalb der Partei kommen, könnte das sogar einen Bürgerkrieg auslösen. In diesem Fall würden sich wohl die USA und Südkorea verpflichtet fühlen, zu intervenieren. *Sophie Mühlmann, Singapur* ■

Die Autorin ist Korrespondentin für „Die Welt“.

## Nach der Wahlparty droht der Kater

**KROATIEN** Mitte-Links-Regierung bereitet harten Sparkurs vor

Der Triumph der Mitte-Links-Opposition Kroatiens bei den Parlamentswahlen Anfang Dezember war so deutlich wie in den Umfragen vorausgesagt. Mit einer satten Parlamentsmehrheit kann die neue Regierung jetzt ihr Wahlprogramm, den so oft beschworenen „Plan 21“, ohne größere Rücksichten auf das frühere Regierungs- und heutige Oppositionslager umsetzen. Doch es gibt erste Zeichen, dass die Feierlaune nach dem Wahlsieg schnell einem ausgewachsenen Kater weichen wird. Der „Kukuriku“-Koalition (benannt nach dem Restaurant am Meer, in dem der politische Bund geschlossen wurde), stehen harte Zeiten bevor. Die Regierung ist noch nicht einmal im Amt, schon rudern ihre führenden Politiker zurück. Viele Ankündigungen aus dem Wahlkampf stehen plötzlich zur Disposition. „Wird Kukuriku den Schnellleistersrekord bei der Aufgabe der Wahlversprechen übertreffen?“, titelte die Zeitung „Danas“ (heute) in Zagreb. Der designierte Regierungschef Zoran Milanovic hatte seinen Wählern „Schweiß, aber keine Tränen“ versprochen. Viel zu verteilen gibt es nicht, die Staatskassen sind leer. Mehr noch: Kroatiens Schulden wachsen dramatisch. Das Adrialand hat Mitte Dezember den EU-Beitrittsvertrag unterschrieben und wird ab Juli 2013 das 28. Mitglied der Union. Allerdings muss das neue Mitglied seine wirtschaftlichen Probleme selbst lösen, hat die EU-Kommission wiederholt betont. Die Nationalbank hat das Sparpotential auf ein Mi-

nimum von 9 Milliarden Kuna (1,2 Milliarden Euro) beziffert. Das sind immerhin 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Rund fünf Milliarden davon sollen über Ausgabenkürzungen aufgebracht werden. Doch bei schmalen Renten und niedrigen Löhnen in Staatsverwaltung und Betrieben wird selbst das schwer.

**Entlassungen** Der Rest soll über Steuererhöhungen finanziert werden. Die Regierung dürfte nach ersten Andeutungen die Mehrwertsteuer von heute 23 auf 25 Prozent erhöhen. Damit flössen 3,5 Milliarden Kuna zusätzlich ins Staatsäckel. Weiter haben die Experten der neuen Regierung die Entlassung von 16.000 Beschäftigten der Staatsverwaltung ins Programm geschrieben. Aber auch die Rekonstruktion der schon seit langem unrentablen und subventionierten Werften des Landes könnte tausende Arbeitsplätze kosten. Doch sämtliche Experten stärken der neuen Regierung den Rücken, unpopuläre Entscheidungen zu Beginn der Legislaturperiode zu treffen. Mittelfristig könnte sich die Wirtschaftslage dann bis zu neuen Wahlen bessern. Schließlich verfügt Kroatien über einen blühenden Tourismus, der mit Einnahmen von knapp sieben Milliarden Euro noch längst nicht am Ende seiner Möglichkeiten angekommen ist. *Thomas Brey, Belgrad* ■

Der Autor ist Leiter des Balkanbüros der Deutschen Presse-Agentur in Belgrad.

## Vom Musterschüler zum Sorgenkind

**SLOWENIEN** Koalitionsbildung im Zeichen der Schuldenkrise

2012 wird Maribor, die zweitgrößte Stadt Sloweniens, Kulturhauptstadt Europas sein. Doch die internationale Finanzkrise, die das Land seit 2008 eingeholt hat, wirft ihren Schatten auf das Programm: Von den ursprünglich geplanten 50 Millionen Euro bleiben wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten nun noch 8,5 Millionen. Lange galt Slowenien in seiner wirtschaftlichen und politischen Entwicklung als ein Vorreiter nicht nur unter den früheren jugoslawischen sondern auch der osteuropäischen Staaten. 2004 trat das Land der Europäischen Union bei, bereits drei Jahre später folgte die Einführung des Euro.

**Überraschender Wahlausgang** Im September 2011 sprach das Parlament dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Borut Pahor das Misstrauen aus. Anfang Dezember fanden dann vorgezogene Neuwahlen in Slowenien statt, aus der der 58-jährige Bürgermeister der Hauptstadt Ljubljana, Zoran Jankovic, als klarer Gewinner hervorging. Seine Partei „Positives Slowenien“ hatte er erst kurz zuvor gegründet eigens für die Neuwahlen. Jankovic war Chef der größten Supermarktkette Mercator und versprach im Wahlkampf, das Land wie ein Unternehmen zu führen. Doch er muss sich Koalitionspartner suchen. Der geschlagene bisherige Premier Pahor kann sich mit nur noch zehn Prozent der Stimmen deshalb erneut Chancen auf eine Regierungsbeteiligung ausrechnen.

Gescheitert ist das alte Mitte-Links-Bündnis Pahors am Streit um die Herausforderung des Rentenalters. Eine Sanierung des überschuldeten Staatshaushalts kam nicht zustande. Eine Staatsverschuldung von nicht einmal 40 Prozent der Wirtschaftsleistung – verglichen mit anderen Euro-Ländern klingt das zwar moderat. Sorge bereitet aber der Anstieg der Verschuldung. Vor wenigen Jahren lag das Budgetdefizit noch bei Null. Im Zuge der Finanzkrise stieg es kräftig an. 2009 musste das Land einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um ganze acht Prozent hinnehmen. Zuletzt drohte die Ratingagentur Fitch Mitte Dezember Slowenien mit einer Herabstufung der Bonitäts-Einschätzung. Wichtigste Aufgabe der neuen Regierung ist nun die Verabschiedung eines neuen Haushalts, erwartet wird ein hartes Sparprogramm. In Maribor, das sich den Titel Kulturhauptstadt 2012 mit dem portugiesische Guimarães teilt, gibt es viele ehrgeizige Vorhaben. Ein Teil des vorgesehenen Geldes von der EU und auch vom Staat Slowenien ist jedoch bisher nicht eingetroffen. In den letzten Jahren haben etwa 5.000 Einwohner die Stadt verlassen. Richtung Ljubljana oder Richtung Westen, um dort Arbeit zu finden. Das Motto, mit dem sich die Kulturhauptstadt präsentiert, heißt „Turning point“. Wie dieser Wendepunkt aussehen wird, bleibt abzuwarten. *Joachim Hildebrandt* ■

Der Autor ist freier Korrespondent.

Anzeige

### DAS WILL ICH LESEN!

**Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Meinung.  
Mehr Parlament.\***

**Jetzt auch als E-Paper**

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253  
parlament@fs-medien.de  
www.das-parlament.de

**ENERGIEUNGENÜSSMASCHINE**  
Im Internet wird gelistetes Eigentum  
Blühend wie nie

**SUCHMASCHINE**  
Was ist im World Wide Web lauern, liegt  
in den Händen weniger Konzerne

**Thema: Zukunft des Wissens im  
digitalen Zeitalter**

## DasParlament

10. Ausgabe

**WOMIT DIE WOCHE**  
Retter der  
Doktorarbeiten

**BEGEHRTER ROHSTOFF**  
Informationen sind Kapital. Für die Gesellschaft und für den Einzelnen.

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus Polen und Osteuropa.

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 23. Januar 2012.

Ulrich Krökel, Warschau ■

## Das bewegte das Parlament 2011



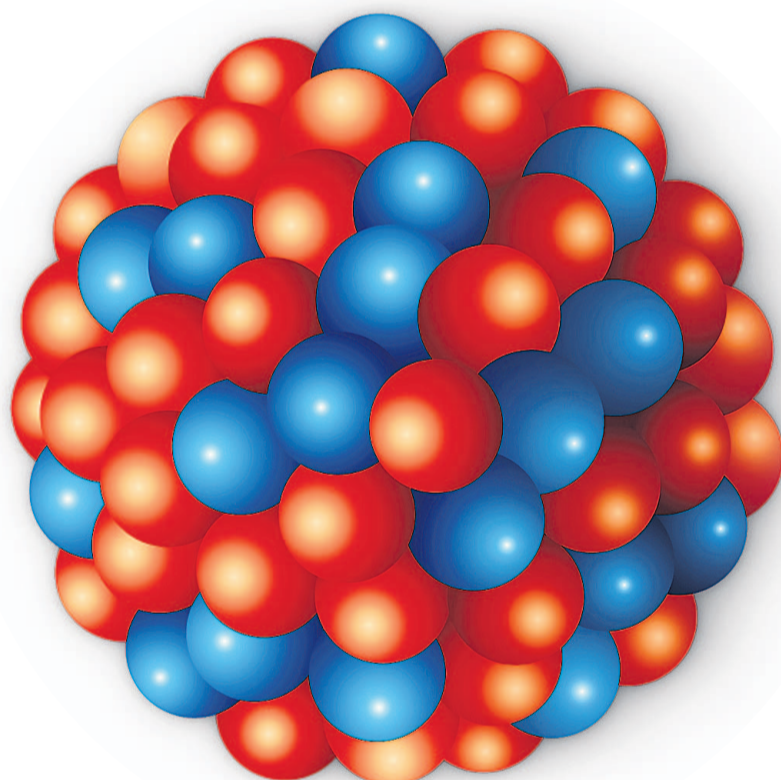
22. September: Der Papst (links) und Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) im Plenarsaal



7. Juli: Der Bundestag stimmt einer eingeschränkten Zulassung der Präimplantationsdiagnostik zu.



11. März: Reaktorkatastrophe in Fukushima. Das Parlament nimmt Anteil und...



...beginnt, über Kernkraft zu diskutieren. Am 30. Juni beschließt es den Atomausstieg.



30. September: Der Bundestag stimmt dem erweiterten Euro-Rettungsfonds EFSF zu.



23. Februar: Guttenberg nimmt im Plenum Stellung zu den Plagiatsvorwürfen.



22. November: Schweigeminute für die Opfer des rechtsextremistischen Terrors



24. März: Das Parlament verabschiedet die Aussetzung der Wehrpflicht.

© IST/Modell (1-2), picture-alliance/epa-Collage/Robert (4), Reuters (5), picture-alliance/epa (6-8)